Nr. 55. 14. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 6. März 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Ein Gedenktag für das Volk.

Zwanzig Jahre sind heut verflossen, seit einer der edelsten Menschen, einer der tapfersten Kämpfer für des Volkes Recht und Freiheit aus dem Leben geschieden ist. Am 6. März 1877 starb zu Königsberg i. Pr., seiner Vaterstadt, der Altmeister der deutschen Demokratie, unser Parteigenosse Johann Jacoby.

In unvergänglichen Zügen ist sein Name in die Tafeln der Geschichte eingetragen. Er hat in Preußen die Freiheitsarbeit und den Freiheitskampf organisirt, und mit Stolz können wir uns auf das Zeugniß Franz Ziegler's, eines wetterfesten Demokraten, berufen, der im Jahre 1870 aussprach: „Als wir alle noch in politischer Finsterniß lebten, trat Johann Jacoby aus dem Dunkel hervor, fertig, klar, glänzend, kühn", und ward der Schöpfer des politischen Lebens in Preußen." Die politische Thätigkeit Johann Jacoby's begann mit der Veröffentlichung der im Jahre 1841 erschienenen, einen überwältigenden Eindruck machenden Schrift „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen". Die Schrift forderte die Erfüllung des Versprechens, welches Friedrich Wilhelm III. in der Verordnung vom 22. Mai 1815 gegeben hatte — eine „Repräsentation des Volkes". An diese Zusage hatte der Provinzial-Landtag zu Königsberg im Jahre 1840 bei der Huldigung Friedrich Wilhelm IV. erinnerte, hatte sich jedoch keiner zustimmenden Antwort zu erfreuen. An die Ablehnung des Königs knüpften sich lange Berathungen des Provinzial-Landtages. Da, mitten in die schwächlichen Verhandlungen hinein, kam die das Volk zum Kampfe aufrufende Schrift Jacoby's, welche die vier Fragen: „Was wünschen die Stände? Was berechtigte sie? Welcher Bescheid ward ihnen? Was bleibt ihnen zu thun übrig?" dahin beantwortete: „Das, was sie (die Stände) bisher als Gunst erbeten, nunmehr als erwiesenes Recht in Anspruch zu nehmen". Die Schrift wurde in Preußen konfiszirt, von dem Bundestag verboten und dem Verfasser ein allerdings in zweiter Instanz mit Freisprechung endigender Prozeß gemacht. Damals, am 19. Januar 1843 bewahrheitete sich das Wort des Müller's von Sanssouci: „Es giebt noch Richter in Berlin". Das Berliner Kammergericht trotzte mit seinem Richterspruch der wilden Reaktion Rochow'schen Angedenkens. Jacoby aber schwieg nicht still. Als die Provinziallandtage sich zu keiner That aufraffen konnten, da erschienen zwei neue Schriften: „Preußen im Jahr 1845" und: „Das königliche Wort Friedrich Wilhelms III.", in denen die alte Forderung erneut wurde. Wieder gab es eine Anklage und wieder sprach das Kammergericht frei, nachdem die erste Instanz auf 2½ Jahre Festung erkannt hatte.

Es kam das Jahr 1848 heran und drängte Johann Jacoby aus der stillen Studierstube in die Arena des öffentlichen Kampfes. Er wurde in das Vorparlament und von diesem in den Fünfziger-Ausschuß gewählt. — Dann berief Berlin ihn in die Nationalversammlung. Schon damals war Johann Jacoby Sozialist und durchdrungen von der Nothwendigkeit internationaler Organisation. Zeugniß hierfür giebt die Rede vom 5. Juni 1848 vor seinen Berliner Wählern, in welcher er sich als „Revolutionär und Republikaner" bekannte, und die als der klassische Ausdruck seiner Erkenntniß gelten kann, daß einzig der Sieg des sozialdemokratischen Prinzips dem Volke Brot und Freiheit zu bringen vermag. Seine Forderungen faßte er in folgenden Sätzen zusammen: „So lange die innere sittliche Gewähr der politischen Freiheit fehlt — zumal beim plötzlichen Uebergang aus dem absoluten ins konstitutionelle Staatsleben. —" Jacoby hatte vorher ausgesprochen, daß der fürstlichen Souveränetät gegenüber die des Volkes durch die Revolution zur Geltung gelangt sei — „können äußere Schutzmittel nicht entbehrt werden. — Welcher Art diese sein müssen, lehrt die Geschichte. Sie zeigt uns, daß es vornehmlich zwei Handhaben sind, deren herrschsüchtige Fürsten sich zum Umsturz volksthümlicher Verfassungen bedienen: des — zu blindem Gehorsam abgerichteten stehenden Heeres und — der Furcht der Besitzenden vor den Besitzlosen!" Jacoby fordert daher: „Errichtung einer zweckmäßig organisirten Bürgerwehr — und Gerechtigkeit, volle Gerechtigkeit gegen die arbeitende Klasse!"

Die Rede schließt: „Bei all' unserem politischen Sinnen und Trachten — eins lassen Sie uns fest im Auge behalten: die staatliche Freiheit ist nicht der höchste, nicht letzter Zweck; — sie soll uns nur den Weg bahnen zur Lösung einer höheren — der gesellschaftlichen — Aufgabe, nur als Mittel dienen zur Erhebung und Veredlung des Menschen, zu dem — auf sittlicher Freiheit begründeten Wohlergehen aller! Dies Ziel — nicht durch ein einzelnes Volk, und wäre es noch so mächtig — nur durch das verständnißinnige brüderliche Zusammenwirken der Völker ist es erreichbar!" — — So dachte und sprach Johann Jacoby schon im Jahre 1848, und deshalb dürfen wir ihn mit freudigem Stolz den Unseren nennen. In voller Klarheit bekennt sich unser Vorkämpfer zu dem sozialdemokratischen Prinzip auch in seiner großen Rede vom 30. Januar 1868: „Das Ziel der deutschen Volkspartei", worin er der Bourgeoisie mahnend zurief: „Discite justitiam moniti!" und mit der Forderung, den demokratischen Grundsatz der Rechtsgleichheit Aller ebenmäßig auf den Gebieten des politischen, sozialen und nationalen Lebens zur vollen Geltung zu bringen, als Ziel einer wahren Volkspartei „den Friedens- und Freiheitsbund der Völker Europa's" bezeichnete. Und am 20. Januar 1870 sagt Jacoby in seinem Vortrage, „Das Ziel der Arbeiterbewegung": „Wie ist — ohne Beschränkung der Arbeitsfreiheit und ohne Beeinträchtigung des durch die Großproduktion gewonnenen Kulturfortschritts — eine gleichmäßige, dem Interesse Aller entsprechende Vertheilung des Volkseinkommens zu erzielen?" Die Antwort lautet: „Es giebt nur ein Mittel, das zum Ziele führt: **Abschaffung** des Lohnsystems und Ersatz desselben durch **genossenschaftliche** Arbeit." In dieser Rede fordert Jacoby auch unter anderem: „Abkürzung der Arbeitszeit und Festsetzung eines Normal-Arbeitstages." „Verbot der Kinderarbeit und Gleichhaltung des Lohnes für Frauen- und Männerarbeit." Verlassen von der bürgerlichen Demokratie, die es ihm nicht vergessen konnte, daß er die Selbstentmannung des Liberalismus im Jahre 1866 nicht mitmachte, und die den unbequemen Mahner und unversöhnlichen Gegner Bismarck's aus dem Parlament entfernt haben wollte, fand Jacoby einzig bei der Arbeiterklasse Verständniß für seine unentwegte Arbeit für die Befreiung des Volkes. Innerlich schon längst von dem alle Grundsätze wahrer Demokratie verleugnenden Liberalismus getrennt, grundsätzlicher Gegner des kapitalistischen Wirthschaftssystems, zielbewußter Vorkämpfer des um seine Befreiung ringenden Proletariats, wurde Jacoby von der Bourgeoisie bei Seite geschoben, um Anhängern des durch die Blut- und Eisenpolitik Bismarck's gekennzeichneten Regierungssystems Platz zu machen. Vergeblich hatte Jacoby gegen den 66er Krieg und seine Früchte, gegen die Spaltung Deutschlands, gegen die Entwickelung des Militärstaats und dessen Gefahren für die innere Freiheit protestirt; die flammenden Worte, die er den siegestrunkenen Gegnern ins Angesicht schleuderte, verhallten ungehört in dem chauvinistischen Taumel, der damals das Bürgerthum beherrschte, und der seinen Gipfelpunkt erreichte in der Annexion von Elsaß-Lothringen, gegen die Jacoby in mannhaften Worten den Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geltend machte — eine Handlung, die ihn bekanntermaßen auf die Festung Löwen führte. Als zwei Jahre später Bebel und Liebknecht in einem Tendenzprozesse, deren er selber so oft ausgesetzt war, zu langer Festungsstrafe verurtheilt waren, da hielt es Jacoby nicht länger, er trat öffentlich der in ihren Führern verfolgten Partei bei und bekundete damit vor aller Welt seinen Abscheu vor den Maßregeln, welchen die Sozialdemokratie ausgesetzt war.

Das Charakterbild des großen Todten würde unvollständig bleiben, wenn wir nicht der Episode gedenken würden, die sich im November 1848 im Schlosse zu Potsdam zugetragen hat. Das Ministerium Brandenburg war zur Staatsrettung berufen worden. Die Nationalversammlung hatte eine Deputation an den König gesandt, welche unter sehr drastischen Bewegungen der Zeichen der Ungnade und des Mißfallens empfangen wurde. Bezeichnend für den der Majorität der Deputation innewohnenden Mannesstolz vor Königsthronen ist übrigens die Thatsache, daß, auf Anregung des Führers der Deputation, des Abg. v. Unruh, die Herren nach der Audienz beschlossen, von den Formen des Empfangs kein Wort verlautbaren zu lassen. Ueber den Verlauf der Audienz lassen wir ein geschichtliches Dokument reden, welches am 3. November 1848 an den Straßenecken Berlins angeschlagen wurde:

„Das ist immer das Unglück der Könige gewesen, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen."

Der König hat die mit Ueberreichung der bereits bekannten Adresse von der Nationalversammlung beauftragte Deputation empfangen. Nach Verlesung derselben faltete der König die Adresse zusammen und wandte sich mit kurzer Verbeugung zum Fortgehen. Als nun der Präsident Unruh das Wort zu ergreifen zauderte, trat der Abgeordnete **Jacoby** vor und sprach dem, der Deputation in der Adresse ausdrücklich ertheilten Auftrage zufolge die Worte:

„Majestät! Wir sind nicht blos hierher gesandt, um eine Adresse zu überreichen, sondern auch, um Ew. Majestät mündlich über die wahre Lage des Landes Auskunft zu geben. Gestatten Ew. Majestät daher —"

Hier unterbrach der König mit dem Worte:

„Nein!"

Jacoby entgegnete:

„Das ist immer das Unglück der Könige gewesen, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen."

Der König entfernte sich.

Der Abgeordnete Jacoby hat sich hierdurch den Dank des gesammten Vaterlandes verdient. Möge er und seine Freunde in diesem hochwichtigen Augenblick nicht nachlassen, die in Wien wie in Berlin bedrohte Sache des Volkes und der Wahrheit zu vertreten, dann werden alle ihm mit Gut und Blut zur Seite stehen, um endlich eine von Fürstenlaune unabhängige Grundlage der Volksfreiheit und des Volksglücks zu erlangen.

Berlin, den 3. November 1848.

Der demokratische Klub.

Der demokratische Klub vom Jahre 1848 ist verschwunden. An seiner Stelle kämpft die jugendstarke Sozialdemokratie für „Volksfreiheit und Volksglück" und erinnert sich heute in treuem Gedenken des großen Todten, dessen stolze und wahre Worte gleich einem Flammenzeichen am Firmament stehen, die Völker des Erdkreises begeisternd und zum Kampf anspornend. Nicht prunkende Denkmäler hat die in der Sozialdemokratie politisch organisirte Arbeiterklasse zu vergeben, aber in den Herzen von Millionen von Arbeitern unauslöschlich eingegraben ist die Liebe, Dankbarkeit und Verehrung für Johann Jacoby, dessen Sterbetag das Proletariat mit dem Gelübde feiert, ihm nachzustreben und die geistigen Schätze, die er uns hinterlassen, zu benutzen zur Herbeiführung des von ihm gesteckten Zieles.

Am 1. Mai 1805 geboren, ist Johann Jacoby heut vor zwanzig Jahren dem Volke, für das allein er gelebt, gekämpft und gelitten hat, entrissen worden. Er hat das Banner, unter dem die Kämpfe des Völkerfrühlings geführt wurden, entrollt — sein Geist, seine Werke werden immer leben. So lange das Herz des Volkes für Freiheit und Recht erglüht, wird sein Name unvergessen sein.

Mit Erz und Marmor ehrt man Königsleichen,
Ehrt der Tyrann den vielgetreuen Knecht,
Das Volk verschmäht die viel mißbrauchten Zeichen —
Für seine Männer sind sie ihm zu schlecht.
Dem, der für's Volk voll Mannesmuth gelitten,
Der seinen Klagen eine Stimme lieh,
Der für des Volkes gutes Recht gestritten,
Wird reich'rer Lohn — das Volk vergißt ihn nie.

Sei gegrüßt Unsterblicher!

Politische Uebersicht.

Berlin, 5. März 1897.

Im preußischen Abgeordnetenhause wurde heute die vor acht Tagen abgebrochene Berathung des Etats der landwirthschaftlichen Verwaltung beim Titel „Gehalt des Ministers" fortgesetzt. Die Debatte drehte sich aber weniger um landwirthschaftliche als um solche Fragen, die mit der Landwirthschaft in gar keinem oder nur sehr entfernten Zusammenhange stehen. So brachte der Abg. Rickert (frs. Vg.) die bekannten Verfolgungen des Bauernbundes Nordost durch den Landrath v. Puttkamer zur Sprache und wies darauf hin, daß der mit seiner Königstreue so prahlende Bund der Landwirthe sogar gegen den Träger der Krone versteckte Angriffe gerichtet habe. Die Vertheidigung des Landraths v. Puttkamer übernahm Abg. v. Heydebrek (k.), der den Bauernverein Nordost agitatorischer und aufreizender Reden in einer Versammlung in Stolp beschuldigte und das Verhalten des Bundes der Landwirthe in Schutz nahm. Ebenso versuchte Abg. Hahn für den Bund eine Lanze zu brechen. Er bestritt, daß jemals ein Agrarier geäußert habe, er würde ins Lager der Sozialdemokratie übergehen; es sei nur gesagt worden, wenn die jetzigen Zustände so blieben, so könnte es vorkommen, daß im Lande der eine oder der andere „rabiate Geselle" Sozialdemokrat werden könnte. Thatsächlich aber gebe es keine Partei, die so königstreu, so loyal, so monarchisch und so abhold allem Demagogenthum sei, wie der Bund der Landwirthe. Die ebenfalls in der Presse bereits erörterten unberechtigten Angriffe der pommerschen Landwirthschaftskammer und des Abg. Graf Schwerin-Löwitz gegen die Stettiner Getreidebörse geißelte Abg. Brömel (freis. Vg.), der an den Minister die Bitte richtete, er möge die Landwirthschaftskammer zur Zurücknahme ihrer Beschuldigung veranlassen. Frhr. v. Hammerstein erwiderte, daß der Handelsminister zur Zeit die Angelegenheit untersuche, daß er aber einschreiten werde, falls sich belastendes Material ergeben würde.

Hatte sich die Debatte bisher noch einigermaßen in sachlichen Grenzen gehalten, so verlief sie sich nun auf rein persönliche Gebiete. Das unfreiwillige Verdienst, die Veranlassung dazu gegeben zu haben, daß sich die Sitzung zu einer so stürmischen gestaltete, wie sie sonst im Abgeordnetenhause nicht üblich ist, gebührt dem Abg. Hahn, der, statt über den landwirthschaftlichen Etat zu sprechen, zunächst eine kleine antisemitische Hetzrede und sodann eine größere Rede gegen die Sozialdemokratie hielt, in der er sich freilich, seiner Gewohnheit entsprechend, nur in Phrasen erging, während von selbständigen Gedanken in seiner ganzen Rede nichts zu entdecken ist. Seine Worte wären im Hause wahrscheinlich unbeachtet geblieben, wenn er nicht am Schluß seiner Rede den freisinnigen Parteien das monarchische Gefühl abgesprochen und dadurch den Zorn derselben erregt hätte. Abg. Gothein verbat sich in tiefster Entrüstung, daß irgend jemand es wage, ihm oder seinen Freunden das monarchische Gefühl abzusprechen und ebenso erklärte Abg. Ehlers es für unter seiner Würde, dem Abg. Hahn auf derartige Beleidigungen etwas zu erwidern. Selbst der einstmalige Demokrat Virchow hielt es für angebracht, seine monarchische Gesinnung als über jedem Zweifel erhaben hinzustellen. Damit haben die Freisinnigen das, woran freilich längst niemand mehr zweifelt, daß sie nämlich mit ihrer ganzen Vergangenheit gebrochen haben und daß sie, die ehemaligen Revolutionäre, sich der Thaten ihrer Vorfahren schämen, endlich einmal offen ausgesprochen.

Nach einer mehr persönlichen Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Virchow und Hahn, wobei letzterer nicht schlecht abschnitt, wurde endlich das Gehalt des Ministers bewilligt und nach Erledigung einiger unwichtiger Kapitel die Debatte auf morgen vertagt.

Die „uferlosen Flottenpläne“, von denen seit geraumer Zeit die Rede war, haben in der gestern stattgehabten Sitzung der Budgetkommission des Reichstags Fleisch und Blut erhalten. Der Staatssekretär für die Marine präsentirte und vertheidigte einen Flottenergänzungsplan, nach dem für die nächsten fünf Jahre nicht weniger als rund 293 Millionen Mark einmaliger Ausgaben gefordert werden. Dazu kommen noch die Unterhaltungs- und Ergänzungskosten für die vorhandene Flotte, Ausgaben, die sich jährlich ebenfalls auf eine erkleckliche Zahl von Millionen erstrecken, und eine entsprechende Erhöhung des ordentlichen Marinetats in dem Maße, wie die fertig gestellten Schiffe in Dienst genommen werden im Gefolge haben. Die Eröffnungen des Staatssekretärs der Marine riefen in der Kommission eine lebhafte Erregung hervor und veranlaßten die Kommission, die Berathung des Marine-Etats einstweilen auszusetzen. Näheres findet der Leser in dem Bericht über die Sitzung der Kommission. Nahezu 200 Millionen M. für neue Geschütze stehen in Aussicht und dazu kommen 300 Mill. für Ergänzungs- bezw. Erweiterungsbauten für die Marine, das ist eine halbe Milliarde Mark, um die wieder der Volksbeutel in den nächsten Jahren erleichtert werden soll. Die Todten reiten schnell. —

Ein Krieg zwischen Griechenland und der Türkei erscheint heute nicht mehr so unwahrscheinlich, wie in den letzten Tagen. Aus Athen wird gemeldet:

Heute Nacht wurde ein Ministerrath abgehalten, der bis 1 Uhr dauerte. Wie verlautet, wurden wichtige Beschlüsse gefaßt, unter anderen Maßnahmen betreffend die wahrscheinliche Aktion der griechischen Flotte an der makedonischen Küste. Der Wachtdienst in den Städten wird der Gendarmerie und dem Depotbataillon übergeben. Die Panzerschiffe „Spetzay“ und „Psara“ gehen heute früh mit versiegelten Ordres ab. Der Bestimmungsort wird streng geheim gehalten. Die Einschließung von Kandano wird immer enger. Die Aufständischen halten die Stadt von allen Seiten umzingelt. Der griechische Vizekonsul erklärte den Admirälen, daß er unter den Bedingungen, welche ihm dieselben gestellt, eine Intervention zu gunsten Kandanos nicht unternehmen könne. Die Admiräle halten deshalb heute Vormittag eine Besprechung ab. Die Zollbehörde in Kanea erhielt den Befehl, die Einfuhr von Explosivstoffen dringend zu verhindern.

Das amtliche Blatt veröffentlichte gestern eine Verordnung, durch welche die Reserven der Jahrgänge 1891, 1890, 1889 und 1888 innerhalb dreier Tage einberufen werden.

Dem von der „Berlingske Tidende“ nach Athen entsandten Berichterstatter gegenüber hat sich, wie das Blatt meldet, der König Georg in folgender Weise ausgesprochen: die Nation vermöge die aufreibende Erregung, welche die ununterbrochenen Revolutionen auf Kreta hervorriefen, nicht zu ertragen. Die griechischen Finanzen seien außer stande, die kretischen Flüchtlinge, deren Griechenland gegenwärtig 17 000 beherberge, zu unterhalten; nichts gedeihe in Griechenland, solange diese Frage nicht endgiltig gelöst sei. Autonomie sei für Kreta undenkbar, weil die Kreter solche verwerfen würden. Eine Zurückberufung der griechischen Truppen von Kreta würde das Signal zu neuen, größeren Metzeleien sein wegen des ungeheuren Fanatismus bei der muselmanischen Bevölkerung, die sich von sechs Großmächten unterstützt sehe. Die Großmächte ließen auf die christlichen Kreter, die sich nur gegen türkischen Angriff vertheidigten, schießen. Deutlich sei es gewesen, daß die Schiffe der Mächte diesen Angriff unterstützten, denn die Schiffe der Mächte hätten die siegreichen Kreter, die für ihre Freiheit und für das Kreuz kämpften, in dem Augenblick beschossen, als die Türken sich zurückziehen mußten.

Der „Figaro“ veröffentlicht ein Interview mit Delyannis, welcher erklärte, Griechenland werde seine Truppen aus Kreta nicht zurückziehen. [illegible] der Insel zufrieden. Ein Plebiszit durch das Volk würde das Resultat ergeben, daß Griechenland es vorziehe, eher von der Landkarte zu verschwinden, als daß es in der kretensischen Frage zurückweiche.

Aus London wird telegraphirt:

Etwa hundert Mitglieder des Unterhauses, darunter einige frühere Minister, sandten dem Könige Georg eine Depesche, in welcher sie sich anerkennend über die der Zivilisation auf Kreta erwiesenen Dienste aussprechen und ihren Wünschen für das Wohlergehen Griechenlands Ausdruck geben.

Aus Kanea meldet der Telegraph:

Die Kämpfe dauern in der Nachbarschaft aller Küstenstädte an. Die Aufständischen machten in der Nacht zum 3. d. M. den Versuch, die Telegraphendrähte bei Suda durchzuschneiden. Die Schiffe der Großmächte gebrauchten die Scheinwerfer und die Admirale ermächtigten die türkischen Forts, Feuer zu geben. Die Aufständischen zogen sich hierauf zurück.

Nach einem Telegramm der „Times“ aus Kanea vom 4. März erhielten die Begs aus Sitia die Nachricht, daß eine große Zahl von Mohamedanern in den Sitia benachbarten Dörfern getödtet worden sei.

Der „Köln. Ztg.“ wird aus Kanea gemeldet: Die Führer der Aufständischen bei Selino ließen die Aufforderung der Befehlshaber der fremden Schiffe, zu einer Besprechung an die Küste zu kommen, unbeantwortet. Die Muselmanen sind noch eingeschlossen und haben sich verschanzt. Englische und italienische Soldaten brachten 14 verhaftete Saptiehs nach Smyrna. — Der Athener Korrespondent desselben Blattes versichert, an eine Zurückberufung der Truppen sei nicht zu denken und zu einem allgemeinen Aufstande in Makedonien seien alle Vorbereitungen getroffen. Der Aufstand komme sofort zum Ausbruch, sobald Europa energische Maßnahmen treffe. Europa müsse sich zu energischem zielbewußten Handeln entschließen.

Aus Konstantinopel wird gemeldet:

Der am 3. März abgehaltene Ministerrath soll sich dahin entschieden haben, eine ausweichende Antwort auf die Note der Mächte zu geben. Es verlaute, daß die Pforte im Prinzip die Autonomie für Kreta annehme, es aber ablehne, Einzelheiten über dieselbe zu erörtern, bevor die griechischen Truppen die Insel nicht geräumt haben.

Der „Standard“ meldet aus Konstantinopel, zehntausend dort ansässige Griechen beabsichtigten nach polizeilichen Angaben, Unruhen anzustiften. Vom Yildiz-Kiosk seien Befehle ertheilt, außergewöhnliche Vorsichtsmaßregeln zu treffen.

Die Truppentransporte verzögern sich infolge von Stockungen, welche auf der Verbindungslinie mit Saloniki wegen deren mangelhafter Leistungsfähigkeit fortdauernd auftreten. Die Bahn hat seit dem 24. Februar nur 16 Militärzüge zu befördern vermocht.

Wichtiger als alle diese Meldungen ist die Thatsache, daß die Mächte sich über ein Vorgehen gegen Griechenland nicht einigen können und Griechenland somit in vollster Ruhe dem Ablauf der ihm gestellten Frist von sechs Tagen entgehensehen kann.

Die Antrittsrede Mac Kinley's, die wir unter den Telegrammen der letzten Nummer in ihren wesentlichen Absätzen wiedergegeben haben, ist ein Meisterstück von Popularitätshascherei. Die beiden Hauptpunkte des Programms seines Gegners, das Eintreten für den Bimetallismus und den Kampf gegen die Trusts erwähnte er in sehr sympathischer, fast direkt befürwortender Weise, obgleich er sich wohl hüten wird, dementsprechend zu handeln. Wichtiger als diese Redewendungen ist die Ankündigung, daß der Präsident den Kongreß zu einer außerordentlichen Sitzung zu Berathungen über die Tarifrevision einberufen habe.

Diese Berathungen können von größter Bedeutung für das Wirthschaftsgetriebe der ganzen Kulturwelt werden. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Braunschweig vor einigen Tagen der Kaufmann Paul Riemann verhaftet. Seine eingelegte Beschwerde gegen die Verhaftung ist durch Beschluß der zweiten Strafkammer, im Hinblick auf den bestehenden Fluchtverdacht wegen der Höhe der event. zu erwartenden Strafe verworfen worden. R. bleibt sonach in Untersuchungshaft. —

* * *

Deutsches Reich.

— **Die Frommen und die Kaiserrede.** Das Hauptorgan der bayerischen Zentrumspartei, die „Augsburger Postzeitung“ schreibt:

„Auf eine andere Wendung im offiziellen Text müssen wir schließlich noch besonders aufmerksam machen. Im vorletzten Absatz der Rede, wo von der Sozialdemokratie gesprochen wird, lautet ein Passus: „Diejenige Partei, die es wagt, die staatlichen Grundlagen anzugreifen, die gegen die Religion sich erhebt und selbst nicht vor der Person des Allerhöchsten Herrn Halt macht, muß überwunden werden.“ Nach dem offiziellen Sprachgebrauch ist mit der „Person des Allerhöchsten Herrn“ der Monarch gemeint. Wenn dies auch in der Kaiserrede so gemeint war, wie es den Anschein hat, dann müssen wir ganz entschieden Widerspruch dagegen erheben, daß bei der Korrektur der kaiserlichen Rede diese peinliche Stellung der Person des Monarchen über Gott und die Religion keine Aenderung erfahren hat.“ —

— **Konservatives.** Auf der am 7. März zu Dresden stattfindenden „konservativen Versammlung“ werden Frhr. v. Manteuffel über „Die konservative Partei“, Graf Limburg-Stirum über „Sozialpolitik und Sozialdemokratie“, Abg. Felisch über „Die Organisation des Handwerks“ und Frhr. v. Erffa über „Wirthschaftliche Fragen“ sprechen.

Wir hoffen, daß wir auch Limburg-Stirum's Rede überleben werden. —

Aus Meiningen. 4. März. (Eig. Ber.) Der politische Mollusk, genannt Freisinn, zeigt sich wieder einmal in seiner ganzen Glorie im Meininger Landtage anläßlich der Berathung des vielgenannten erzreaktionären Gemeindeordnungs-Entwurfs. Mußte es füglich angenehm überraschen, mit welchem Nachdruck die Freisinnigen in Salzungen und Sonneberg, speziell in letzterer Stadt, gegen die Bestimmungen betr. das Mehrstimmenrecht sich ins Zeug legten, so läßt sich das heute doch nur dahin erklären, daß diese Leute dabei eben nichts riskirten. Sie umgaben sich mit einem freiheitlichen Mäntelchen und versuchten der „Welt“ die Ueberzeugung beizubringen, daß es noch Demokraten giebt in Thüringen. Bei Lichte besehen sind sie aber auch danach; Thatsachen beweisen. Im Landtage hat nämlich der Führer der Freisinnigen, Amtsgerichtsrath Thomas den Antrag eingebracht, „den Artikel 178 des Gemeindeordnungs-Entwurfs (der je nach der Höhe der gezahlten Einkommensteuer das Mehrstimmenrecht bis auf 20 Stimmen festsetzt) nur auf dem Lande einzuführen, für die Städte aber das seitherige Verfahren (Einstimmenrecht bei geheimer direkter Wahl) bestehen zu lassen. Bis dahin wäre es ja ganz „gut“. Nun aber kommt der Pferdefuß, indem der Antrag fortfährt: „Für den Fall aber, daß der Landtag beschließen sollte, diese Ausnahmestellung der Städte zu beseitigen, dann die höchstzulässige Stimmenzahl für die Städte statt auf 20 auf 10 Stimmen festzusetzen.“ Wie zahm doch diese Herren sind. Abgesehen von der Prinzipienlosigkeit, welche aus dem ersten Theile des Antrages spricht, indem man dem Lande das verrottete, unmoralische, auf Besitz und Einkommen sich stützende Mehrstimmenrecht bedingungslos aufhalsen will, ist auch der letzte Theil des Antrags ein Nonsens, eine Albernheit. Spricht aus ihm schon zur genüge die Willfährigkeit, der „liberalen“ meininger Regierung in ihrem reaktionären Bestreben soweit als möglich entgegenzukommen, so hat der Antrag, in der Praxis angewandt, auch durchaus keine Bedeutung. Dies lehrt am besten das einschlägige Material, welches seitens der Regierung anläßlich der Berathung des fraglichen Gesetzentwurfs geliefert worden ist. Danach werden beispielsweise in Saalfeld von 1806 Personen 949 fein, welche nur je eine Stimme abzugeben vermögen, während die verbleibenden 857 Personen 2920 Stimmen werden abgeben können; würde der freisinnige Antrag durchgehen, so würde das in Saalfeld den Mehrstimmenberechtigten ganze zwölf Stimmen entziehen! Es ständen in dieser Stadt also anstatt 949 Personen mit ebensovielen Stimmen 857 Personen mit 2908 Stimmen gegenüber! In der Residenz Meiningen, wo 1012 Personen nur je eine Stimme abgeben würden, stehen diesen 1536 Mehrstimmenberechtigten gegenüber, welche nach dem Regierungsentwurfe 6246 Stimmen abzugeben in der Lage sich befänden. Durch den freisinnigen Eventualantrag aber würden dieser Wählerkategorie ganze 75 Stimmen verloren gehen; den 1012 Arbeiterstimmen würden also 6171 anstatt 6246 Stimmen gegenüberstehen.

Die ganze Ueberflüssigkeit und Zwecklosigkeit des freisinnigen Eventualantrages aber beweisen die einschlägigen Zahlen für die Stadt Themar, denn dort würde durch Annahme desselben den Mehrstimmenberechtigten sage und schreibe eine ganze Stimme entzogen werden! — Und mit solchen Albernheiten glaubt man das „demokratische Prestige“ retten und den Arbeitern Sand in die Augen streuen zu können! — Es ist übrigens heute nicht mehr daran zu zweifeln, daß auch der oben erwähnte reaktionäre § 17 des Gemeinde-Ordnungs-Entwurfs vom Landtage angenommen wird, wenn auch nur mit der, wie vorstehend geschildert, absolut bedeutungslosen Einschränkung der Höchststimmenzahl von 20 auf 10. Der Verhunzung des Gemeinde-Wahlrechts aber wird in kurzer Zeit die Verhunzung des Landtags-Wahlrechts folgen. Ob „man“ damit die sprichwörtliche Noth der Bewohner des Thüringer Waldes wohl als beseitigt ansehen wird? —

— **Der württembergische Landtag** hat in seiner Eröffnungssitzung auch über mehrere Petitionen betr. Abschaffung bezw. Abänderung des Submissionswesens berathen. Die Kommission (Berichterstatter Abg. v. Luz) erkennt an, daß das Submissionswesen Mißstände aufzeige, aber auch eine Aenderung erwecke Bedenken. Die Einführung der Submission habe einerseits bezweckt, die Behörden von dem Verdacht der Willkür zu befreien, anderseits die Bildung angemessener Preise herbeizuführen. Es werde bei Abschaffung namentlich ein bedeutender Mehraufwand entstehen. Beachtenswerth sei dagegen der Wunsch, daß kleinere Arbeiten ohne Submission vergeben werden. Auch bezeichnet es der Berichterstatter als zweckentsprechend, wenn das Bieten nach Prozenten aufhört und der Submittent in das Verzeichniß der Arbeitsleistungen seine Preise einsetzt. Die Kommission beantragt, die beiden Petitionen der Regierung zur Erwägung hinüberzugeben.

Abg. Kloß (Sozialdemokrat) beantragt thunlichste Berücksichtigung. Er führte nach der „Frankf. Ztg.“ aus: Durch die Submission und die Herabdrückung der Angebote werden auch die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter herabgesetzt. Eine bessere Zahlung der Handwerker und Arbeiter werde deren Kaufkraft heben. Von den Submittenten müsse verlangt werden, daß sie den ortsüblichen Tagelohn zahlen und die übliche Arbeitszeit innehalten. Der Abgeordnete bespricht die Uebelstände des Submissionswesens. Bei besonders billigen Angeboten würden oft Nachforderungen erhoben. Das Submissionswesen sei wahrscheinlich entstanden durch das Eingreifen des Kapitals in das Gewerbeleben und gediehen in der Schwindelperiode. Der Staat solle mit gutem Beispiel vorangehen. In seinen weiteren Ausführungen legt der Redner dar, daß das beste die Annahme des Mittelpreises wäre. Die Anträge der Kommission wurden zum Beschluß erhoben.

Nach Mittheilung des Präsidenten der Kammer ist die Session mit Vorlagen überlastet und eine lange Dauer der Berathungsperiode zu erwarten. —

St. Ludwig, 4. März. (Eig. Ber.) Das Vaterland ist wieder einmal gerettet und die Marseillaise aus dem Elsaß durch Gerichtsbeschluß verbannt. Vor der Strafkammer Mülhausen wurden gestern sieben Personen aus dem benachbarten Neudorf wegen Absingens der Marseillaise zu ziemlich schweren Geld- und Gefängnißstrafen verurtheilt. Zwei der Missethäter erhielten je 6 Wochen Gefängniß, fünf weitere Angeklagte — ausschließlich Frauen und Mädchen — wurden mit je 50 M. Geldstrafe gebüßt. Die Verurtheilten bestreiten aber, daß sie die französische Marseillaise gesungen haben. Sie erklären, sie hätten „En avant conscrits, sur le champ de bataille, il faut tuer l'ennemi“ gesungen, ein sehr harmloses Rekrutenlied. Der anzeigende Gendarm aber will die „Marseillaise“ gehört haben und so erfolgte die Verurtheilung wegen Ausstoßens aufrührischer Rufe.

Oesterreich.

— **Die Reichsraths-Wahlen** haben gestern in der fünften Kurie begonnen. Blos in den beiden Wahlkreisen der Bukowina wurde gestern gewählt, die Wahlen waren indirekt und für unsere Genossen ein Erfolg ausgeschlossen. Gewählt wurden die beiden von den Behörden unterstützten Kandidaten, der Jungruthene Ober-Landesgerichtsrath Winnicki und der Rumäne Dr. Popovici. Weit größeres Interesse als die Wahl in der Bukowina beansprucht die am Montag stattfindende Wahl in Triest. Dort wird in der Kurie des allgemeinen Wahlrechts direkt gewählt, starke nationale Gegensätze sind vorhanden, die Sozialdemokratie auch schon mehr vorgeschritten wie in der Bukowina. Der Kandidat unserer Partei, der auf eine ansehnliche Minorität rechnen darf, ist der Buchdrucker Carlo Ucekar. Von höchstem Interesse wird die Wahl am nächsten Dienstag sein. Niederösterreich, Salzburg, Kärnthen, Mähren und Schlesien wählen an diesem Tage. Am Mittwoch findet die Wahl in Krain, Görz und Istrien statt, am Donnerstag in Oberösterreich und Galizien. Freitag finden die Wahlen in der fünften Kurie ihren Abschluß durch die Wahlen in Steiermark, Tirol, Vorarlberg, Böhmen und Galizien. —

Ungarn.

Budapest, 5. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses theilte der Präsident mit, daß der Abgeordnete Morzsanyi sein Mandat niedergelegt habe.

Der würdige Parlamentarier ist bekanntlich in der bösen Korruptionsgeschichte, über die wir gestern kurz berichteten, arg verwickelt. —

Schweiz.

— **Unsere Genossen im Tessin** (italienische Schweiz) wollen nächsten Sonntag zum ersten Male selbständig in den Wahlkampf treten. Im Wahlaufrufe der Arbeiterunion wird folgendes Programm für die Wahl des Kantonsrathes entwickelt: Gründung einer Hilfskasse für Alte und Invalide. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Verbesserung der Stellung der Lehrer. Obligatorische Inventarisation im Todesfall. Gleiche und strikte Anwendung der Progression bei den Steuern im Sinne der Belastung der großen Kapitalisten, Einführung einer Seitenerbschafts- und einer Luxussteuer. Steuerfreies Existenzminimum von 1200 Fr. Rückkauf der Bahnen durch den Staat. Auch das Recht auf Arbeit, beziehungsweise auf Existenz wird wieder gefordert. —

Frankreich.

Paris, 4. März. **Deputirtenkammer.** Bei der Verhandlung über die Giltigkeit der Wahl des Abbé Gayraud als Deputirten für Brest hielt der Deputirte Louis Hémon eine Rede, in welcher er ausführte, daß der Klerus die Republik als einen Nothbehelf hinnehme, und in welcher er die Gefahren und Uebergriffe des Klerikalismus kennzeichnete. Die Kammer beschloß mit 310 gegen 131 Stimmen den öffentlichen Anschlag dieser Rede in allen Gemeinden Frankreichs. Das Haus entschied sich darauf mit 353 gegen 121 Stimmen für die Veranstaltung einer Erhebung über die in Rede stehende Wahl, um zu prüfen, welche Rolle der Klerus dabei gespielt hat. —

Belgien.

Repräsentantenkammer. De Brocqueville richtete gestern eine Anfrage an den Minister des Auswärtigen über die Stellung der Regierung angesichts der Möglichkeit des Abschlusses dauernder Schiedsgerichts-Verträge mit fremden Mächten; ferner interpellirte Genosse Devis über die Antwort der Regierung auf die Einladung der Schweizer Regierung, an der internationalen Konferenz zum Schutze der industriellen Arbeiten theilzunehmen. Der Minister des Auswärtigen de Favereau erwiderte, Belgien könne sich von keiner Frage fernhalten, welche die Bewahrung des Friedens bezweckt; er könne versichern, daß in keinem Lande wärmere Vertheidiger der Schiedsgerichtsfragen existiren, als in Belgien; indessen glaube er, der Minister, nicht, daß der Augenblick zur Errichtung eines ständigen Schiedsgerichtshofes bereits gekommen sei. Die belgische Regierung sei geneigt, der schiedsrichterlichen Regelung der mit anderen Nationen abzuschließenden Handelsverträge zuzustimmen und die betreffende Klausel aufzunehmen. Dagegen werde die Regierung die Initiative zur Organisirung eines permanenten internationalen Friedenshofes nicht ergreifen, weil sie die Wirksamkeit dieser vorgeschlagenen Institution für illusorisch halten müsse. —

Genosse Denis führte zu seiner Interpellation aus: Die Schweiz habe begriffen, daß, da die Berliner Konferenz praktische Erfolge nicht gezeitigt habe, der Versuch einer internationalen Verständigung von neuem gemacht werden müsse. Die Entwickelung der europäischen Exportländer sei eine so rapide gewesen, daß die Nothwendigkeit der internationalen Regelung der Arbeitszeit, der Frauen- und Kinderarbeit sich immer mehr aufdränge. Die Brüsseler Ausstellung dieses Jahres biete eine vortreffliche Gelegenheit, die Industriestaaten zu einer Konferenz nach Brüssel einzuladen Der Minister antwortete ausweichend, daß er eine Einladung seitens der Schweiz bis jetzt noch nicht erhalten habe. Er stehe einer internationalen Regelung des Arbeiterschutzes sehr sympathisch gegenüber, diese sei jedoch sehr schwer herbeizuführen.

Die Repräsentantenkammer nahm in ihrer heutigen Sitzung einstimmig eine Tagesordnung an, welche unter Billigung der bezüglichen Regierungserklärungen dem Wunsche Ausdruck giebt, daß die Begleichung internationaler Konflikte einem Schiedsgerichts-Verfahren anvertraut würde und daß zu diesem Zwecke ein permanentes Schiedsgericht gebildet werde. —

Brüssel, 5. März. Im Senat wurde heute Nachmittag die Abschaffung der Spielbanken beschlossen. Nur den Badeorten Spaa und Ostende soll auch fernerhin das Privilegium erhalten bleiben, Spielbanken zu unterhalten.

England.

London, 3. März. (Eig. Ber.) Gestern hatte das Parlament in beiden Häusern seine Debatte über Kreta. Von Bedeutung war indeß nur die Erklärung Salisbury's im Haus der Lords, die bei möglichster Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeiten der Festlandsmächte und der Erklärung, am Konzert der Mächte festhalten zu wollen, im ganzen den Griechen wohlwollend lautete. Die Opposition trat natürlich sehr viel entschiedener für die Griechen ein. Herr Harcourt kritisirte im Haus der Gemeinen mit großer Beredsamkeit die Halbheit der von den Mächten vorgeschlagenen Lösung und widerlegte in glücklicher Weise die lächerliche Redensart von dem „Rechtsbruch“, den Griechenland durch seine Aktion in Kreta begangen haben soll. Aber zu einer isolirten Aktion Englands rieth auch er nicht. Und so die meisten anderen Redner der Liberalen. Der in sozialpolitischen Dingen sehr radikale Abgeordnete Haldane erklärte sich sogar rund heraus für die Politik Salisbury's und zog sich damit vom „Daily Chronicle“ den Vorwurf zu, seine Rede habe „die Stimme eines Andern“ — nämlich des vom „Chronicle“ verworfenen Rosebery — zum Ausdruck gebracht. Wie die große Mehrheit der Redner rechts und links sprach jedoch auch Haldane den Wunsch und die Ueberzeugung aus, daß das Ende der Affäre die Vereinigung Kreta's mit Griechenland sein werde. In diesem Punkte erinnerte die gestrige Debatte an die besten Traditionen des englischen Parlamentarismus, und was man auch den englischen Konservativen vorwerfen kann, so viel demokratischen Geist haben sie doch eingesogen, daß, nachdem der ewige Jude des Sultans, Asimear Bartlett, sich für die Aufrechterhaltung von dessen Oberhoheit über Kreta ins Zeug gelegt, ein Redner der Partei erklären konnte, die Per-

sonen, die auf seiner Seite des Hauses die Ansichten des Herrn Bartlett theilten, hätten bequem in einer Droschke Platz. Für eine neue heilige Allianz, wie sie poetisch veranlagten Gemüthern in Deutschland Herzenswunsch zu sein scheint, ist England noch immer nicht reif. Soweit es in diesem kretensischen Handel der Politik der Festlandsmächte auch nachgegeben hat, eines darf jeder Engländer doch von sich sagen: als ein Volk Europa's sich erhob, um sein heiligstes Recht, sein nationales Selbstbewußtsein, zu erkämpfen, war es England, das ihm Ellbogenraum sicherte, indem es den Antrag auf Blockirung Kreta's verwarf. Und als das stammverwandte Griechenland den Kretensern zu Hilfe kam, war es nicht England, das eine Straferpedition gegen solch durchaus in der Natur der Verhältnisse begründetes Vorgehen in Vorschlag brachte.

Wann wird der Tag kommen, wo Deutschland als Großmacht seine Stimme für Rechte der Völker in die Waagschale wirft? —

London, 5. März. Die Antwort der belgischen Regierung auf den Antrag Lord Salisbury's, die Entscheidung über die Affaire Ben Tillet's einem Schiedsgerichte zu übertragen, ist gestern eingelaufen. Die belgische Regierung erklärt sich bereit, eine schiedsrichterliche Intervention anzunehmen. —

London, 5. März. Das Unterhaus nahm die erste Lesung der von Ritchie beantragten Bill an, durch welche die Einfuhr von in Gefängnissen angefertigten Gegenständen verboten wird. —

— Bei der letzten Ersatzwahl in Halifax (England) erlag bekanntlich der sozialistische Kandidat Tom Mann. Wie uns heute geschrieben wird, haben die bekannten englischen Gewerkschaftsführer und „Arbeitervertreter" Wilson, Leslie, Johnson und andere gegen ihren Klassengenossen und Gewerkschaftskollegen für den liberalen Bourgeoiskandidaten agitirt! Das ist allerdings ein starkes Stück und führt hoffentlich zu einem gesunden Rückschlag gegen solche „Arbeitervertreter". —

— Wie die englische Regierung sich ihrer Bürger — auch wenn sie Sozialdemokraten sind — annimmt, dafür liefert die Affäre Ben Tillet einen recht drastischen Beweis. Die belgische Regierung hatte bekanntlich Ben Tillet, als er zwecks Abhaltung einer Hafenarbeiter-Versammlung nach Antwerpen gekommen war, verhaften und ausweisen lassen. Dabei wurde Ben Tillet ins Gefängniß gebracht und dort in ungebührlicher Weise behandelt. Er wurde gezwungen, ein Bad zu nehmen, wodurch er sich eine Brustfellentzündung zuzog. Ben Tillet hat nun durch seine Regierung von der belgischen eine Entschädigung von 25 000 Franken fordern lassen. Die belgische Regierung verweigerte die Zahlung. Nach mehrfachem Notenwechsel hat die englische Regierung dem belgischen Auswärtigen Amte erklärt, „daß, wenn die Regierung des Königs der Belgier nicht die Nothwendigkeit begreift, den gerechten Forderungen des Londoner Kabinets gerecht zu werden, die englische Regierung entschlossen ist, die Frage einem internationalen Schiedsgerichte zu unterbreiten."

Italien.

Rom, 5. März. Die heute veröffentlichte Erklärung des Ministerpräsidenten Rudini an die Wähler, welche das Wahlprogramm der Regierung bildet, erörtert zunächst die afrikanische Frage und weist die beiden extremen Wünsche zurück, nämlich die vollständige Unterwerfung Abessyniens auf der einen, oder die gänzliche Aufgabe der afrikanischen Besitzungen auf der anderen Seite, mit Einschluß der Küstenplätze Assab und Massauah, die niemand Italien streitig mache und die leicht zu vertheidigen seien. Die Erklärung behandelt sodann die auswärtige Politik und führt aus, daß die blutigen Ereignisse im Orient Italien daran erinnerten, daß seine höchsten Interessen und sehr nahe gerückte Gefahren es ihm zur Pflicht machten, alle seine Kräfte für den Augenblick aufzusparen, in welchem sich die Probleme lösen müßten, welche ganz Europa beschäftigten, und von denen auch die Zukunft und die Größe des Vaterlandes abhängen könnten. Die italienische Regierung sei frei von Begehrlichkeit und Ehrgeiz und sei überzeugt, daß nur die Einigkeit unter den Mächten der zivilisirten Welt einen Krieg ersparen könnte, dessen Grenzen und Folgen schwer zu ermessen seien. Sie habe sich stets bemüht und bemühe sich auch ferner, in offenem und loyalem Sinne jeden Anlaß zu Meinungsverschiedenheiten und Zwistigkeiten zu beseitigen, welche den Frieden stören könnten. Alsdann verbreitet sich die Kundgebung über die Fragen der Finanzverwaltung und des Schatzes. Es wird gezeigt, daß die Finanzlage und die wirthschaftliche Lage in günstiger Entwickelung begriffen seien und die Neuordnung des Notenumlaufs bald eine vollendete Thatsache sein werde. Das Gleichgewicht des Staatshaushalts sei erreicht. Der wirthschaftliche und finanzielle Aufschwung, der die höchste Nothwendigkeit für das Land bilde, sei untrennbar von einer besonnenen und friedlichen auswärtigen Politik, von einer Afrikapolitik ohne Abenteuer, ohne Vergeudungen und ohne Thorheiten. Ferner wird auf Reformen zur Hebung der Produktion des Landes hingewiesen; es wird alsdann ausführlich die Frage der Verwaltungsreform besprochen und werden die hier erforderlichen Maßnahmen angeführt, darunter an erster Stelle die Einführung eines verbesserten Wahlverfahrens bei den Wahlen zu den Verwaltungskörperschaften. Diese Reform erklärt Rudini für besonders dringend und an der Spitze des Programms stehend. Was schließlich die soziale Frage angehe, so erklärt die Kundgebung, die Regierung habe die dringende Pflicht, die auf den Schutz der Arbeit und gegen die unvermeidlichen, durch Alter, Krankheit und Unfälle entstehenden Uebel gerichteten Einrichtungen zu fördern.

Die italienischen Wähler werden sich hoffentlich durch die schönen Worte des Marquese Rudini nicht abhalten lassen, Männer ihres Vertrauens zu wählen, die dem Ministerium Rudini Opposition machen und für die Zukunft des Landes sicherere Garantien geben als ministerielle Versprechungen. —

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner gestrigen Sitzung die Zustimmung ertheilt den Vorlagen: betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Betriebsordnung für die Haupteisenbahnen, der Normen für den Bau und die Ausrüstung der Haupteisenbahnen, sowie der Bahnordnung für die Nebeneisenbahnen, betreffend die Revision des internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahn-Frachtverkehr, und betreffend die Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Steinkohlen-Bergwerken, Zink- und Bleierz-Bergwerken und auf Kokereien im Regierungsbezirk Oppeln, schließlich der Vorlage betreffend eine anderweitige Abgrenzung der Schiedsgerichts-Bezirke der Privatbahn-Berufsgenossenschaft mit der Maßgabe, daß der Termin auf den 1. April dieses Jahres verlegt wird. Von dem Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts für das Jahr 1896 wurde Kenntniß genommen und über Eingaben verhandelt.

Die übrigen Beschlüsse haben wir in unserer letzten Nummer schon mitgetheilt. —

Budgetsitzung. Die gestrige Sitzung der Budgetkommission nahm einen nicht erwarteten Verlauf. Statt einer Berathung des Marine-Etats kam es zu einer Verhandlung über die künftige Entwickelung der Flotte, die durch das Eingreifen des Staatssekretärs der Marine, Hollmann, und der von ihm entwickelten Zukunftspläne zu einer Vertagung der Berathung führte. Die Sitzung begann mit einem einleitenden Referat des Abg. Lieber, der zum Schlusse seiner Rede sich Auskunft erbat über die Gründe, die dazu geführt, daß im Laufe des Januar dieses Jahres die drei großen Panzerschiffe „König Wilhelm", „Kaiser" und „Deutschland" aus der Reihe der Panzerschiffe aus und in die der Kreuzer eingerangirt wurden. Während der Rede des Abg. Lieber war ein Exposé der Marineverwaltung vertheilt worden, das bereits bei flüchtigem Durchblick eine lebhafte Erregung in der Kommission hervorrief und den Abgeordneten Richter veranlaßte, nach Schluß der Lieber'schen Rede die Vertagung der Verhandlungen zu verlangen, um Zeit zu haben, die eben hereingeschneite Denkschrift studiren zu können, die offenbar eine Reihe nicht angenehmer Ueberraschungen enthalte. Nach kurzer Berathung entschied sich die Kommission, zunächst die Erläuterungen des Staatssekretärs der Marine anzuhören, der sich bereit erklärte, Aufklärung zu gewähren. Herr Hollmann, der außerordentlich lebhaft und zeitweilig mit an ihm ungewohnter Entschiedenheit sprach, begann mit der Erklärung, er wolle der Kommission reinen Wein einschenken: Die eben vertheilte Schrift habe nur den Zweck, die Mitglieder der Kommission über die nächsten Pläne der Marineverwaltung zu informiren; er wolle zeigen, wohin der Kurs gehe, und daß es sich nicht um uferlose Flottenpläne handele — eine Charakterisirung des Strebens der Marineverwaltung, das ihr sehr viele Unannehmlichkeiten bereitet habe —, sondern daß, was jetzt gefordert werde, im grunde nicht über das hinausgehe, was die Denkschrift über die Entwickelung der Marine im Jahre 1873 als Ziel vorgesehen habe. In seinen weiteren Ausführungen geht der Staatssekretär das zur Vertheilung gebrachte Exposé Position für Position durch, um zu zeigen, daß die Entwickelung der Marine, reformirt durch die nothwendigen Umgestaltungen, welche die Rüstungen zur See seit 1873 erfahren hätten, die Ergänzungen haben müsse, die in dem Exposé gefordert würden.

Nach dieser Darstellung fehlen außer den im Bau begriffenen Schiffen 5 Panzerschiffe, 10 Kreuzer, 2 Kanonenboote, 5 Avisos und 22 Torpedofahrzeuge. Auf zwei im früheren Plan vorgesehene Monitors und zwei schwimmende Batterien wird verzichtet, weil dieselben durch die Schiffstechnik überholt seien.

Ein Theil der Schiffe, so führte der Staatssekretär weiter aus, sei in einem Zustand, daß er in einem Kampf gegen andere Schiffe nicht mehr aufkommen könne und nothwendig unterliegen müsse. Es seien darunter Schiffe, die bis 700 Mann Besatzung hätten; diese seien also in einem solchen Kampfe dem Untergang preisgegeben. Je kleiner aber die Zahl der Schiffe, die man besitze, sei, desto nothwendiger sei ein einheitlicher Charakter derselben. Die ganze Welt wisse, daß eine Anzahl der deutschen Panzer als Schlachtschiffe nicht mehr taugten, man brauche deshalb dringend Ersatz. Die Marine müsse darauf gefaßt sein, nicht blos die Küsten zu vertheidigen, sondern auch auf offenem Meer zu kämpfen, und sie wolle und werde kämpfen, möchten die Schiffe sein wie sie wollten; aber ihr Verlangen sei, möglichst gute, allen Anforderungen entsprechende Schiffe zu besitzen.

Im weiteren ergeht sich der Staatssekretär über die Unzulänglichkeit der Flotte im Falle eines Krieges und über die Wirkungen, die dieses für das Reich haben werde. Er verweist dabei namentlich auf Frankreich und Rußland und auf die Nothwendigkeit, hinter diesen nicht zurückzubleiben. Auch in Rücksicht auf die beschäftigten Arbeiter sei nothwendig, regelmäßige Bewilligungen zu erhalten, damit die Arbeiter nicht das eine Jahr überbeschäftigt seien und das andere entlassen werden müßten. Die allgemeine Lage gebiete, daß Deutschland seine Flotte auf der Höhe erhalte.

Nach dem Exposé würden sich die Forderungen für die nächsten fünf Jahre von 1897/98—1901/1902 auf rund 293 Millionen Mark belaufen, einschließlich der Armirungskosten, und zwar sollen nach dem vorliegenden Plan gefordert werden an Baukosten für 1897/98 62 165 000 M., für 1898/99 59 070 000 M., für 1899/1900 56 240 000 M., für 1900/1901 60 510 000 M., für 1901/1902 55 012 000 M. Nach der Rede des Staatssekretärs schlug der Vorsitzende eine Frühstückspause vor, statt dieser beantragte der Abg. Lieber die Vertagung der Sitzung. Die Kommission müsse Gelegenheit haben, das übergebene Material zu studiren, auch wolle er wissen, ob der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichsschatzamts Kenntniß von diesen Plänen besäßen; wichtig sei ferner, eine Uebersicht zu haben über die Ausdehnung der Küsten und die Größe der stehenden Heere, die für die verschiedenen rivalisirenden Staaten in betracht kämen. Abgeordneter Hammacher schließt sich sämmtlichen Anträgen des Abgeordneten Lieber an, er wünscht weiter Uebergabe der verschiedenen Marinedenkschriften an die Mitglieder der Kommission. Abg. Richter spricht sich in demselben Sinne wie die Vorredner aus, er wünscht ferner zu wissen, wie hoch sich die ordentlichen Ausgaben des Marine-Etats stellten, nachdem die geforderten Schiffsbauten fertig gestellt wären. Schließlich beschließt die Kommission, die Berathung des Marine-Etats bis zum Eingang des geforderten Materials auszusetzen und in der Sitzung am Sonnabend das der Kommission überwiesene Schuldentilgungsgesetz zu berathen.

Handelsgesetzbuch-Kommission. Die Berathung wird fortgesetzt mit § 241. Die §§ 241 bis 251 werden mit unwesentlichen redaktionellen Aenderungen angenommen. Bei § 252 entspinnt sich eine lebhafte Debatte. In dem Paragraphen wird nach der Regierungsvorlage verlangt, daß in den Geschäftsberichten angegeben werden soll, nach welchen Grundsätzen die Werthe in der Bilanz angesetzt und die Abschreibungen vorgenommen sind. Gegen die Regierungs-Vorlage sprechen sich mehrere Eingaben ganz entschieden aus. Diese erweiterte Oeffentlichkeit soll angeblich die inländische und besonders die ausländische Konkurrenz in den Stand setzen, Einblicke und Kenntnisse von dem jedesmal in Frage stehenden Betrieb zu erlangen, die für die Gesellschaft gefährlich werden könnten. Auch auf den Stand der Aktien sei eine solche Oeffentlichkeit nicht ohne Einfluß. Von den Nationalliberalen wird daher die Streichung beantragt. Da die Regierung — wahrscheinlich dem Druck der Interessenten nachgebend — ihren Standpunkt preisgiebt, wird dem Antrag entsprochen und die ominöse Stelle des Entwurfs abgelehnt. — Die §§ 253—262 werden angenommen. Dem § 263 wird als zweiter Absatz hinzugefügt:

Handelt es sich um einen Beschluß, durch welchen über das Gesetz oder den Gesellschafts-Vertrag hinaus Rücklagen oder Abschreibungen bewirkt oder den Beamten oder Arbeitern Zuwendungen gemacht werden sollen, so kann derselbe nur angefochten werden, wenn die Antheile der anfechtenden Aktionäre zusammen mindestens den 20. Theil des Grundkapitals erreichen.

Hierauf werden die §§ 264—282 mit kleinen, mehr redaktionellen Aenderungen angenommen. Ebenso die §§ 283—299. Im 5. Titel will Bassermann die Nichtigkeitsklage eines Gesellschafters oder eines Mitgliedes des Vorstandes oder des Aufsichtsraths beseitigen. Er beantragt entsprechende Aenderung der Ueberschrift und Streichung der die Berechtigung der Nichtigkeitsklage des Einzelnen festlegenden §§ 300—302. Die Bassermann'schen Anträge werden abgelehnt und die §§ 300—302 der Regierungsvorlage angenommen. — Im § 303 will Lenzmann die Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsraths oder der Liquidatoren, die mit Gefängniß und mit Geldstrafe bis zu 20 000 M. bestraft werden können, falls sie zum Nachtheil der Gesellschaft handeln, „bei Annahme mildernder Umstände" nur mit Geldstrafe belegen. Der Antrag Lenzmann wird angenommen. Die §§ 304—307, 309—325 werden ohne Veränderung akzeptirt und dem § 308 folgende Fassung gegeben:

Wer sich besondere Vortheile dafür gewähren oder versprechen läßt, daß er bei einer Abstimmung in der Generalversammlung in einem gewissen Sinne stimme oder sich der Abstimmung enthalte oder an der Beschlußfassung nicht theilnehme, wird u. s. w. wie in der Vorlage. — Sodann weiter:

Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher besondere Vortheile dafür gewährt oder verspricht, daß ein Aktionär bei einer Abstimmung in der Generalversammlung in einem gewissen Sinne stimme oder sich der Abstimmung enthalte oder an der Beschlußfassung nicht theil nehme.

Hierauf wird die Verhandlung abgebrochen.

Die Unfallgesetz-Novellen-Kommission tagte gestern von 10 Uhr morgens bis gegen 5 Uhr. Der wichtige § 50, der die Zusammensetzung und das Verfahren des Schiedsgerichts regelt, gelangte zu eingehender Diskussion. Entgegen der Vorlage beantragten unsere Genossen die Auswahl der Beisitzer nicht dem Belieben des Vorsitzenden zu überlassen, sondern eine Berufung von keiner festbestimmten (alphabetischen) Reihenfolge stattfinden zu lassen, sowie die Zahl der Schiedsgerichts-Beisitzer von je zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf je 3 zu erhöhen, um eine Beschlußfassung in einer Zusammensetzung des Gerichts mit nur drei Richtern zu verhindern. Dem Grundgedanken einer bestimmten Reihenfolge wurde zugestimmt, die Vermehrung der Beisitzerzahl jedoch lebhaft bekämpft. Unter Ablehnung der von unseren Genossen gestellten Anträge gelangte schließlich folgender vom Abg. Rösicke eingebrachter, vom Abg. Hitze amendirter, Zusatz zur Annahme: „Bei Beginn eines jeden Geschäftsjahres bezeichnet der Vorsitzende diejenigen am Ort des Schiedsgerichts oder in dessen näherer Umgebung wohnhaften Beisitzer aus der Klasse der Arbeitgeber und der Versicherten, welche bei etwaigem Ausbleiben der geladenen Beisitzer aushilfsweise zu den Sitzungen herangezogen werden sollen. Im übrigen werden die Beisitzer getrennt nach Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Regel in einer durch das Reichs-Versicherungsamt im voraus festgesetzten Reihenfolge zu den Sitzungen zugezogen. Will der Vorsitzende aus besonderen Gründen von dieser Reihenfolge abweichen, so sind die hierfür maßgebenden Gründe aktenmäßig zu machen. Dasselbe gilt hinsichtlich der Hilfsbeisitzer. Gegen die Abweichung von der Reihenfolge ist Beschwerde zulässig; dieselbe hat jedoch keine aufhebende Wirkung." Absatz 1 des § 50 wurde im übrigen unverändert angenommen. Die Absätze 2 und 3 wurden unter Ablehnung einer Erhöhung der Zahl der Beisitzer gestaltet wie folgt: „Das Schiedsgericht entscheidet in der Besetzung von einem Vorsitzenden, sowie zwei Arbeitgebern und zwei Arbeitnehmern als Beisitzern, ist jedoch schon beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden ein Arbeitgeber und ein Arbeitnehmer mitwirken. Wenn drei Beisitzer erschienen sind, so wirkt einer der Beisitzer aus der doppelt besetzten Kategorie nicht mit, und zwar scheidet der dem Dienstalter oder bei gleichem Dienstalter dem Lebensalter nach jüngere aus, sofern derselbe nicht zum Berichterstatter ernannt ist." Das Verfahren regelt das bestehende Gesetz in Uebereinstimmung mit der Novelle in der Weise, daß das Gesetz nur bestimmt, die Entscheidungen des Schiedsgerichts müssen nach Stimmenmehrheit erfolgen, im übrigen die Regelung des Verfahrens aber einer kaiserlichen Verordnung überläßt, die unter Zustimmung des Bundesraths zu erlassen ist. Als solche ist eine 27 Paragraphen umfassende Verordnung vom 2. November 1885 ergangen. Unsere Genossen regten für die zweite Lesung die Hineinarbeitung dieser Verordnung in das Gesetz an. Für diese Lesung beantragten sie Aufnahme von Bestimmungen nach 3 Richtungen: Zur Abkürzung der Verschleppung des Verfahrens durch Schiedsgericht begehrten sie die Aufnahme folgender Bestimmung: „Die Urtheile des Schiedsgerichts sind spätestens innerhalb drei Wochen nach ihrer Verkündung den Parteien zuzustellen. Dieser Antrag wurde mit 18 gegen 9 Stimmen angenommen. Ferner verlangten sie, daß der Arbeiter in Bestellung eines Bevollmächtigten unbehindert sein müsse. Sie begründeten diesen Antrag unter Hinweis darauf, daß in einigen Fällen Schiedsgerichte, wie anerkannt werden müsse, im Gegensatz zur Praxis des Reichs-Versicherungsamts, Vertreter aus Arbeiterkreisen, ja selbst Abgeordnete zurückgewiesen hätten, z. B. den Abgeordneten Löwenstein in Nürnberg, den Abg. Schmidt (Frankfurt) in Mainz. Bestünde eine Arbeiterorganisation, wie sie die Sozialdemokraten stets aber vergeblich verlangt haben, so könnten in ähnlicher Weise, wie dies die Berufsgenossenschaften mit ihren bezahlten Vertretern thun, ständige Vertreter für die Arbeiter bestellt werden. Da dies nun einmal unmöglich, so müßte mindestens den Arbeitern bei Auswahl ihrer Vertreter freie Hand gelassen worden. Dem wurde entgegnet, daß unleugbar die angeführten Fälle nicht zu billigen seien. Es seien das aber sehr vereinzelte Fälle. Auf der anderen Seite müsse es den Schiedsgerichten freistehen, Winkelkonsulenten, die in unsachgemäßer oder frivoler Art Arbeiter vertreten, zurückzuweisen. Von unseren Genossen wurde erwidert, sie hätten gegen solche Ausschließung nichts einzuwenden. Es müsse aber dem vorgebeugt werden, daß Arbeiter, Berufsgenossen des Verletzten, Mitglieder der Kasse oder der Gewerkschaft, welcher der Verletzte angehört, und Nicht-Winkelkonsulenten durch irgend einen Schiedsgerichts-Vorsitzenden zurückgewiesen wurden. Die gegen die Zurückweisung zulässige Beschwerde schütze den Arbeiter, dessen Prozeß inzwischen entschieden werde, nicht. Der abändernde Bescheid käme ja naturgemäß erst nach getroffener Entscheidung. Die ungeheure Macht der Berufsgenossenschaften, welche auch darin liegt, daß diese stets von ihrem die Vertretung geschäftsmäßig betreibenden Kommis (einem Assessor a. D. oder dergl.) vertreten werden, mache es für den Fall der Ablehnung ihres Antrages durchaus erforderlich, wenigstens in zweiter Lesung einem Antrage zuzustimmen, der verhindert, daß andere als unzuverlässige Winkelkonsulenten zurückgewiesen werden dürften. Nachdem von verschiedenen Seiten dem Grundgedanken solchen Antrages zugestimmt war, wurde der Antrag unserer Genossen gegen ihre Stimmen abgelehnt. Das gleiche Schicksal erfuhr ein Antrag von ihnen, der bestimmte Grundsätze für das Verfahren gesetzlich festlegen wollte. Zum Verfahren waren vom Abg. Müller (Waldeck) 2 Anträge gestellt, für die auch unsere Genossen stimmten. Der erste will festsetzen, daß dem Schiedsgerichte eingereichte Attesturkunden u. s. w. auf Antrag auch dem Verletzten mitgetheilt werden müssen. Dieser Antrag gelangte zur Annahme. Ein Antrag desselben Abgeordneten, dem Verletzten unter allen Umständen für den Fall seines persönlichen Erscheinens die durch das Erscheinen entstandenen Unkosten zu ersetzen, wurde abgelehnt. Abg. Hitze stellte den Antrag, daß, falls ein Vertrauensarztattest dem Schiedsgericht eingereicht oder ein solcher Arzt vom Schiedsgericht vernommen ist, auch auf Antrag des Verletzten ein von diesem zu bezeichnender Arzt vernommen werden müsse. Nach einem vergeblichen Versuch des Abg. v. Stumm, diesen Antrag zu verschlechtern, wird er mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen. Die Novelle schlägt zu § 50 nun vor: „Das Schiedsgericht ist befugt, den Betheiligten solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch unbegründete Anträge derselben veranlaßt worden sind" (!). Unsere Genossen sowie die Abgg. Rösicke und Müller beantragten die Streichung dieser exorbitanten Neuerung. Der Abg. v. Stumm sucht diese Neuerung durch das Amendement zu retten, statt „unbegründete" „frivole" zu setzen. Sein Rettungsversuch mißlang. Gegen 7 Stimmen wird der chikanöse neue Vorschlag abgelehnt. Die Vorlage trifft in § 50 endlich zur Beseitigung von entstandenen Streitigkeiten die Bestimmung, daß die Entschädigung, welche der Vorsitzende für Abhaltung von Terminen außerhalb des Schiedsgerichts zu beanspruchen hat, als eine im Gesetz verbotene Vergütung seitens der Genossenschaft nicht zu erachten sei. Auf Antrag des Abg. Rösicke beschließt die Kommission im entgegengesetzten Sinne. Seitens des Abg. v. Langen ist zu § 50 ein neuer Absatz beantragt, durch den es ermöglicht werden soll, die Sekretäre, Kanzlisten und sonstigen Hilfskräfte der Schiedsgerichte auf Antrag der Berufsgenossenschaften nach näherer Bestimmung der Landesregierung mit den Rechten und Pflichten von Staats- oder Kommunalbeamten zu bekleiden. Der Antrag, dessen Tragweite, soweit sie klar ist, den Berufsgenossenschaften neue Macht, den Kommunen neue Lasten aufzulegen und ihr Selbstverwaltungsrecht zu bedrohen geeignet ist, wird abgelehnt. — Die nächste Sitzung findet heute um 10 Uhr statt.

Partei-Nachrichten.

In den Gemeinderath des Dorfes Gaarden bei Kiel wurden die Parteigenossen Seegen und Krull mit 496 und 497 Stimmen als Vertreter der 3. Klasse gewählt. Die Gegner erhielten 235 und 242 Stimmen. Bei der Wahl im März 1895, wo in der 3. Klasse nur ein Mitglied zu wählen war, erhielt der Sozialdemokrat 331 und der von den Ordnungsparteien aufgestellte Kandidat 229 Stimmen. Innerhalb zweier Jahre hat also unsere Partei einen Stimmenzuwachs von 165 Stimmen zu verzeichnen.

Zur Maifeier. In Magdeburg ist am Vormittag des 1. Mai eine Versammlung, falls nicht ein Ausflug gemacht werden kann; und abends werden Versammlungen in vier Stadttheilen abgehalten. Den Gewerkschaften ist anheimgestellt, soweit es in ihren Kräften steht, für möglichst umfangreiche Arbeitsruhe zu sorgen. Die Parteigenossen, die am 1. Mai unbedingt die Arbeit nicht ruhen lassen können, werden ersucht, einen Theil ihres Arbeitslohnes an die Partei abzuführen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Schirmmacher! Die Schirmmacher der Schirmfabrik von Isidor Busse, Beuthstr. 6, haben wegen Kürzung der ohnehin schon niedrigen Löhne die Arbeit niedergelegt. Wir bitten die Kollegen, davon Notiz zu nehmen und sich an unseren Arbeitsnachweis zu wenden. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Der deutsche Hafenarbeiter-Verband ist nun glücklich auch als „politischer Verein" erklärt, und zwar vom Landrathsamt des hannöverschen Kreises Lehe. Die in Lehe bestehende Filiale des deutschen Hafenarbeiter-Verbandes suchte um Genehmigung zur Abhaltung eines Balles nach, worauf das Landrathsamt erklärte, die Erlaubniß könne nicht gegeben werden, da der Verband politisch sei und an seinen Veranstaltungen deshalb „Frauenspersonen, deren Betheiligung bei der Abhaltung eines Balles begriffsmäßig vorauszusetzen" sei, nicht theilnehmen dürften. Gegen diese Verfügung wird Beschwerde geführt werden.

Die Warnung vor Zuzug ist wieder einmal von einem Gericht, diesmal dem Schöffengericht in Köln, als „grober Unfug" erklärt worden. Der Redakteur Michels von der „Rheinischen Zeitung" wurde wegen zwei solcher Mittheilungen über Streiks zu Geldstrafe verurtheilt. Gegen das Urtheil wird selbstverständlich Berufung eingelegt.

In Lübeck dauert der Streik bei Karl Thiel u. Söhne fort. Die ausständigen Arbeiter hatten wieder mit der Firma verhandelt, da diese aber auf ihrem bisherigen Standpunkt beharrt, beschlossen die Arbeiter in einer Versammlung mit allen gegen acht Stimmen, den Streik fortzusetzen.

Die organisirten Schuhmacher Neubrandenburgs in Mecklenburg-Strelitz wollen am 10. März eine Lohnbewegung beginnen und bitten deshalb die auswärtigen Fachgenossen um Vermeidung des Zuzugs.

In Düsseldorf haben die am Bau der stehenden Rheinbrücke beschäftigten Zimmerer die Arbeit eingestellt, weil die Brückenbau-Gesellschaft Zimmerer aus Frankfurt a. M. engagirt hatte, denen sie einen um 50 Pf. höheren Lohnsatz gewährte, während den alten Arbeitern, die vorher diese Lohnaufbesserung verlangt hatten, nichts bewilligt worden ist.

Aus Dortmund berichtet die „Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung": Daß die Polizei Arbeiter, die sich an gewerkschaftlicher Agitation betheiligen, ihren Prinzipalen anzeigt und dadurch Maßregelungen hervorruft, wird von ihr meist in Abrede gestellt, eine dahingehende Behauptung von ihr sogar als Beleidigung, d. h. als ehrenkränkend, zuweilen strafrechtlich verfolgt. Am letzten Freitag wurden hier zwei Malergehilfen auf der Straße als der Absicht (!), gewerkschaftliche Flugblätter anzukleben, verdächtig verhaftet. Auf der Wache wurde ihnen bedeutet, es werde dafür gesorgt werden, daß sie vom folgenden Tage ab „streiken" könnten. (Die Herren von der Polizei verdammen doch sonst das Streiken!) Thatsächlich wurden sie denn auch, als sie sich nach achtzehn Stunden später (!) erfolgter Freilassung an der Arbeitsstelle wieder einfanden, sofort wieder weggeschickt. Der Unternehmer erklärte, von der Polizei über die Sache informirt zu sein und „für solche Leute" Arbeit nicht zu haben.

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Bei einem Gespräch über die Folgen des Streiks der Arbeiter der hiesigen Scheffel'schen Buchbinderei sagte ein Buchbinder zu zwei Arbeiterinnen der Firma: Wenn Sie nicht den Streikbrecher gemacht hätten, dann wären wir vielleicht alle bei der Arbeit. Obgleich die Mädchen in dieser Aeußerung selbst keine Ehrverletzung oder eine Aufforderung zur Betheiligung am Streik erblickten, verurtheilte das Schöffengericht den Angeklagten wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung zu fünf Tagen Gefängniß. Der Amtsanwalt hatte sich eines Antrages enthalten.

Die Schriftgießer Offenbachs haben ihren Tarif nun in allen Geschäften bewilligt bekommen und damit den Neunstundentag sowie eine Lohnerhöhung von 8—10 pCt. erreicht.

In Würzburg haben die Maler, Lackirer und Anstreicher den Meistern einen neuen Tarif vorgelegt.

Ausland.

Der schweizerische Schuhmacherverband hatte im zweiten Halbjahr 1896 aus 14 Sektionen 670 Fr. Einnahmen. Die Wanderunterstützung erforderte 240 Fr. Das Vermögen betrug Ende 1896 636 Fr.

Die streikenden Gasarbeiter von Brüssel haben noch keinen einzigen Streikbrecher zu verzeichnen, jedoch ist es der Direktion gelungen, nothdürftigen Ersatz zu finden, durch den die Arbeit nur mangelhaft bewältigt wird. Ein Herold-Telegramm meldet, daß die Streikenden aus der sozialistischen Arbeiter-Vereinskasse eine tägliche Unterstützung von 3 Franks pro Kopf erhalten.

Aus England wird uns geschrieben: Der Streik der Eisenbahn-Angestellten im Nord-Osten ist für den Moment beigelegt. Nachdem die Direktion der North-Eastern Railway sich bereit erklärt hatte, auf die gerichtliche Verfolgung der ohne Kündigung Ausgetretenen zu verzichten, hat am letzten Freitag der Vorsitzende der Union der Eisenbahner die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert, und dieser Aufforderung ist auch prompt Folge geleistet worden. Der Verlust, den die acht Tage Ausstand der Gesellschaft verursacht haben, soll sich auf 40 000 Pfund Sterling (800 000 M.) belaufen. Bemerkenswerth an der Abmachung zwischen der Direktion und Herrn Harford von der Eisenbahnarbeiter-Union ist die rückhaltlose Anerkennung der Union als Sachwalterin der Interessen der Angestellten. Zu Nutz und Frommen deutscher Unternehmer folge hier der betreffende Passus:

„Um jeder Gefahr eines Mißverständnisses zu begegnen, konstatirt die Gesellschaft, daß sie es zu ihrer Praxis macht, in Konferenzen zwischen der Direktion oder anderen Beamten der Gesellschaft und dem Arbeitspersonal über jegliche Art wichtiger Fragen einzuwilligen, so daß die Angestellten in der Lage sind, über jeden weiteren Punkt der aufgestellten Programme zu verhandeln.

Zusatz hierzu: Zu einer Zusammenkunft mit den Direktoren ist Freitag, der 12. März, disponibel."

Die Abmachung ist unterzeichnet von dem leitenden Direktor der Bahngesellschaft, Gibb, und dem Unionsvertreter Harford. Sie ist vom Gros der Aufständischen mit Befriedigung aufgenommen worden, nur auf einigen Nebenplätzen weigerte man sich, ihr sofort Folge zu leisten.

Zwischen den Unternehmern im Schiffbau-Gewerbe und der Gewerkschaft der vereinigten Maschinenbauer wird noch geplänkelt. Das Komitee der ersteren hat an den Vorstand der Gewerkschaft ein Schreiben gerichtet, in welchem es sich zu einer Konferenz behufs Schlichtung der obwaltenden Streitfragen bereit erklärt, aber zur Bedingung stellt, daß die zur Zeit ausständigen Mitglieder der Gewerkschaft bis zum 12. März an die Arbeit zurückkehren und bis zur Beendigung der Verhandlungen von jedem Versuch der Aenderung der bestehenden Betriebsordnungen abstehen. Würde darauf nicht eingegangen, so sähen sich die vereinigten Unternehmer gezwungen, allen bei ihnen beschäftigten Mitgliedern der Gewerkschaft zu kündigen. Der Vorstand der Gewerkschaft hat darauf geantwortet, er sei bereit, das Schreiben der Unternehmer „in ernsthafte Erwägung zu ziehen", sobald er auf einen, am 3. Februar in Sachen der Firma Armstrong abgesandten Brief Antwort erhalten habe. Da die Unternehmer in ihrem Schreiben den Fall Armstrong mit aufgeführt hatten, ist kaum anzunehmen, daß sie darauf eingehen werden, ihn besonders zu behandeln. Nichtsdestoweniger dürfte der Brief ihnen etwas unbequem sein, denn bei einem Kampf, der gegebenenfalls 40 000 Arbeiter direkt und mehr als hunderttausend indirekt in Mitleidenschaft ziehen würde, kommt es sehr darauf an, sich keinen Verstoß gegen die Regeln geschäftsmäßigen Verfahrens zu schulden kommen zu lassen. Mindestens mußte das Unternehmerschreiben angeben, daß und warum es jenen Fall nicht noch vorher besonders behandeln wolle. Damit, daß es den betreffenden Brief stillschweigend ignorirt, setzt es sich mindestens formell ins Unrecht.

Die Beschwerden der Unternehmer gegen die Gewerkschaft, beziehentlich gegen deren Mitglieder richten sich u. a. dagegen, daß dieselben auf den Werften in Sunderland, den Hartlepools, am Clyde, in Belfast und Barrow „willkürlich die Ueberzeitarbeit beschränkt" oder ausgesetzt haben. Es ist dies unzweifelhaft der wichtigste Punkt des Streiks, denn es handelt sich nicht um gelegentliche Unterbrechungen der Ueberzeitarbeit, sondern um einen Kampf gegen das ganze System des Ueberzeitarbeitens. Immer stärker bricht sich die Ueberzeugung Bahn, daß selbst bei höherer Bezahlung der Ueberzeitarbeit, wie sie im Maschinenbau-Gewerbe herrscht, diese, wo sie sich einbürgert, den Vortheil des begrenzten regulären Arbeitstages gänzlich zu nichte macht. Und so wird seit längerer Zeit darauf hingewirkt, mit dem ganzen System zu brechen und den vor einem Menschenalter erkämpften Neunstundentag, der auf vielen Werken ganz außer Gebrauch gekommen ist, endlich einmal wieder zur Wahrheit zu machen. Es ist dies der „neue Kurs" im Reiche der vereinigten Maschinenbauer, und wenn in anderen Punkten die Beschwerden der Unternehmer eine gewisse Berechtigung haben, in diesem sind die Arbeiter, wenn nicht formell, so doch sachlich im Recht. Ganz abgesehen von der möglichen Ausdehnung des Streiks oder Ausschlusses, ist er wegen dieses Punktes von der größten Bedeutung.

Soziales.

Nach einer Statistik der Buchdruck-Maschinenmeister gab es in Berlin im November v. J. 405 Buchdruckereien. Aus 228 derselben liegen Angaben über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maschinenmeister vor, während 177 Betriebe sich nicht an den Erhebungen betheiligten. In den ersterwähnten 228 Druckereien arbeiten 583 Maschinenmeister an 996 einfachen Maschinen; 95 Doppel- resp. Zweifarbenmaschinen werden von 69 Maschinenmeistern versehen und an 102 Rotationsmaschinen sind 60 Maschinenmeister thätig. Im Durchschnitt kommen auf 5 Maschinenmeister 9 Maschinen. In 18 Großbetrieben mit mehr als 14 Maschinen haben durchschnittlich 3 Maschinenmeister 4 Maschinen zu bedienen. Dagegen muß in den kleineren Druckereien im Durchschnitt je ein Maschinenmeister 2 Maschinen versehen. Nebenbei sind noch eine große Zahl von Tiegeldruck- und Bostonmaschinen zu bedienen. In einem Betriebe mit 5 Maschinen, und in 9 Betrieben mit je 4 Maschinen mußte je ein Maschinenmeister die Arbeit versehen. In 23 Betrieben mit je 3 Maschinen war je ein Maschinenmeister angestellt. Selbst in ganz großen Betrieben hat mitunter ein Maschinenmeister 2 und mehr Maschinen zu versehen. Es wird unter anderm ein Betrieb aufgeführt, der bei 16 Maschinen nur 8, zwei andere, die bei je 19 Maschinen 14 resp. 10, und 2, die bei je 20 Maschinen nur 9 resp. 8 Maschinenmeister beschäftigen. Erst in den allergrößten Betrieben ist das Verhältniß günstiger. Ein Betrieb mit 34 Maschinen hat 24, ein anderer mit 47 Maschinen 43, ein dritter mit 48 Maschinen 44 Maschinenmeister. Ein Betrieb mit 54 Maschinen weist auch 54 Maschinenmeister auf. 3 Kleinbetriebe mit je 2 und einer mit 3 Maschinen hatten ebenfalls für jede Maschine einen Maschinenmeister, in einem anderen waren an 2 Maschinen sogar 3 Maschinenmeister beschäftigt. Die Arbeitszeit ist in 161 Betrieben sowohl für die 442 Maschinenmeister (66 pCt.) wie auch für das Hilfspersonal eine neunstündige; von den im Tarif vorgesehenen Ausnahmen für die Maschinenmeister wird in diesen Betrieben kein Gebrauch gemacht. 126 Maschinenmeister (19 pCt.) in 14 Betrieben hatten jede dritte Woche einen freien Tag. 4 Maschinenmeister in 3 Betrieben bekamen jede Woche drei freie Stunden. In einigen Fällen war die Arbeitszeit noch anders, jedoch tarifmäßig geregelt, so daß insgesammt 594 Maschinenmeister (90 pCt. der gemeldeten) in 183 Betrieben eine tarifmäßige, dagegen 58 in 33 Betrieben eine nicht dem Tarif entsprechende Arbeitszeit haben. Ueberzeit-Arbeit kommt mehr oder weniger in 110 Betrieben vor. Die Wochenlöhne betrugen bei 257 Maschinenmeistern unter 30 M., 103 Maschinenmeister erhielten 30 M. und 302 über 30 M. Lehrlinge waren 289 vorhanden, so daß durchschnittlich auf 2,3 Gehilfen ein Lehrling kommt. In den Großbetrieben ist das Verhältniß der Lehrlingszahl zur Zahl der Gehilfen wie 4:15, in den übrigen wie 4:7. In den in dieser Statistik nicht einbegriffenen 177 Betrieben gab es bei 135 Maschinenmeistern 88 Lehrlinge, ein Verhältniß wie 4:6. Von den insgesammt in Berlin arbeitenden Maschinenmeistern gehören 524 dem Verband deutscher Buchdrucker an, und von diesen wieder 300 dem Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

An die literarische Zentralstelle für Berichterstattung über Arbeitsnachweis, die in der Redaktion der „Sozialen Praxis" mit dem 1. Januar eingerichtet worden ist, haben bis jetzt 37 öffentliche Arbeitsnachweise ihren Anschluß erklärt, darunter einer außerhalb des Deutschen Reiches: der Verein für Arbeitsvermittlung in Wien. Für den Monat Februar werden in der genannten Zeitschrift die Ergebnisse von 31 Arbeitsnachweisen veröffentlicht, von denen 25 vergleichbare Daten zeigen. Danach hat im Vergleich zum Februar vorigen Jahres der Andrang der Arbeitslosen zu den Arbeitsnachweisen an 16 Orten abgenommen, nämlich in Posen, Hamburg, Dessau, Gera, Essen, Köln, Wiesbaden, Darmstadt, Freiburg i. B., Karlsruhe, Mannheim, Kannstadt, Eßlingen, Heilbronn, Nürnberg, Wien, und nur in 9 Orten zugenommen Berlin, Rixdorf, Elberfeld, Düsseldorf, Straßburg i. Elsaß, Pforzheim, Stuttgart, Fürth, München.

Auf den Rückgang der Seemannsheuer in Hamburg ist während des Ausstandes wiederholt hingewiesen worden. Jetzt bringt das Hamburger „Fremdenblatt" unter Benutzung früherer Berichte des Seeamtes folgende Tabelle der durchschnittlichen Monatsheuer eines Hamburger Matrosen:

1881 . . .	43,38 M.	1889 . . .	57,85 M.
1882 . . .	48,27 „	1890 . . .	59,25 „
1883 . . .	50,— „	1891 . . .	59,91 „
1884 . . .	49,79 „	1892 . . .	56,91 „
1885 . . .	49,37 „	1893 . . .	55,78 „
1886 . . .	48,75 „	1894 . . .	50,52 „
1887 . . .	47,83 „	1895 . . .	50,48 „
1888 . . .	49,83 „	1896 . . .	50,25 „

Während die Jahre 1881—1891 eine Steigerung der Heuer aufweisen, tritt von da ab ein Rückschlag ein, der im Jahre 1896 seinen Tiefstand erreichte. Diese Erscheinung sucht das genannte Blatt durch die Behauptung zu erklären, daß in den letzten Jahren ein Rückgang des Handels eingetreten sei; das Blatt versucht damit die Lohndrückerei der Rheder zu rechtfertigen.

Unser Hamburger Parteiorgan weist aber nach, daß diese Annahme vollkommen unrichtig ist. Der Verkehr stellte sich im Hamburger Hafen wie folgt:

	Angekommen mit Ladung		Abgegangen mit Ladung	
Jahr	Schiffe	Register-Tons	Schiffe	Register-Tons
1891	7337	5 306 338	6208	4 172 314
1892	7146	5 200 175	6008	3 937 581
1893	7316	5 438 375	6290	4 086 107
1894	7455	5 808 882	6599	4 314 839

Diese Zahlen sind dem statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich entnommen; die noch fehlenden beiden Jahre werden zweifellos ebenfalls eine erhebliche Steigerung des Verkehrs ergeben haben. Der Rückgang im Jahre 1892 ist durch das Auftreten der Cholera erklärlich.

Die in Hamburg gezahlten Heuer stehen auch zurück hinter den in anderen deutschen Seestädten gezahlten. So betrug im Jahre 1895 die Monatsheuer in Bremen 54,42 M., in hannöverschen und oldenburgischen Seehäfen 60,66 M. und in Geestemünde 65,14 M.

Es ist also mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die Hamburger Rheder durch Zahlung niedrigerer Heuern eine Herabsetzung der Frachtsätze herbeizuführen suchten, um die Konkurrenz der übrigen Seehäfen erfolgreich zu bekämpfen. Die Arbeiter die Kosten des Konkurrenzkampfes tragen zu lassen, entspricht ja ganz der allgemein üblichen Kapitalistenmoral.

Die Zahl der Konkurse im volkswirthschaftlichen Sinne, d. h. der Fälle wirthschaftlichen Zusammenbruchs, hat sich im Deutschen Reiche im Jahre 1896 gegenüber dem Jahre 1895 etwas verringert. Im Jahre 1896 brachen 6764 Konkurse, d. i. 13,06 auf 100 000 Einwoher aus; im Jahre 1895 waren es 7111 = 13,73 auf 100 000 Einwohner. Von den im Jahre 1896 ausgebrochenen 6764 Konkursen betrafen: physische Personen überhaupt 5833, darunter weibliche 646, Nachlässe 592, Handelsgesellschaften 266, Genossenschaften 33, andere Gemeinschuldner 40.

Das hessische Ministerium hat das von den Mainzer Stadtverordneten beschlossene Statut des Arbeitsamtes genehmigt. Die Bürgermeisterei beabsichtigt, das Arbeitsamt am 1. April zu eröffnen.

Die Stuttgarter Bäckermeister sind mit ihrem Prozeß hereingefallen. Die Bäckergenossenschaft hatte bekanntlich den Bäckermeister Reichert veranlaßt, die von der Polizei vorgeschriebenen Arbeitstafeln aus der Backstube zu entfernen, um ein gerichtliches Urtheil über die Rechtsgiltigkeit der Bundesrathsverordnung herbeizuführen. Die Polizei übermittelte Reichert ein Strafmandat von 20 M., wogegen er richterliche Entscheidung beantragte. Nach wiederholter Vertagung hat das Gericht nun den Bäckermeister verurtheilt.

Arbeiterrisiko. Bei einem Kanalbau in Kannstatt in Württemberg stürzte eine Seitenwand ein und begrub zwei Arbeiter, die nach einigen Stunden als Leichen ans Tageslicht befördert wurden. Die übrigen Arbeiter konnten sich noch rechtzeitig retten.

Die Ergebnisse der Berufs-Statistik vom 5. Juni 1895, die bisher blos für einzelne Orte und Landestheile bekannt waren und von denen blos vorläufige Aufstellungen für das Reich publizirt waren, werden jetzt veröffentlicht. Der erste Band „Berufs-Statistik für das Reich I. Theil" liegt vor. 13 weitere Bände sollen folgen.

In dem rheinisch-westfälischen Verband evangelischer Arbeitervereine vollzieht sich ein Kurswechsel. Die Naumann'sche „Zeit" berichtet darüber:

„Seit der Wahl des neuen Vorsitzenden, Fabrikant Franken in Schalke, wird damit begonnen, die sozialpolitischen Erörterungen, die gerade in den rheinisch-westfälischen Vereinen niemals sehr bedeutend waren, nun völlig beiseite zu schieben und nur noch eine der inneren Mission verwandte Wohlfahrtspflege übrig zu lassen. Am 17. Februar erschien ein Aufruf des rheinisch-westfälischen Verbandsvorstandes zur Gründung einer Anstalt für alte und kranke Arbeiter, ähnlich wie es die an sich vortrefflichen Anstalten von Pfarrer Arndt in Volmarstein bereits bieten. Diesen Aufruf begleitet die „Kommission für Schriftleitung" mit einem Zusatz, der folgende längst bekannte Wendungen enthält: unfruchtbare Verhandlungen sozialistischer Theorie, uferlose Doktrinen, kathedersozialistische Neigungen! Es soll also von den Evangelischen Arbeitervereinen von nun an heißen: Ueber allen Wipfeln ist Ruh, in allen Wipfeln spürest du keinen Hauch! Demgegenüber ist es erfreulich, daß in Nr. 51 des „Volk" von offenbar sehr sachkundiger Seite (wir vermuthen Pfarrer Lic. Weber in M.-Gladbach) ein energischer Protest gegen diesen Versuch der langsamen Tödtung der Evangelischen Arbeitervereine erhoben wird. Einerseits wird die praktische Zwecklosigkeit des Gedankens dargethan, daß ein Verband von mehr als 20 000 Mitgliedern ein Haus für seine Mitglieder baut, und andererseits wird das Projekt des Herrn Franken deshalb abgelehnt, weil es die Evangelischen Arbeitervereine von ihren eigenthümlichen sozialen Aufgaben ablenken würde. Wir stehen unsererseits ganz auf dem Standpunkte des Protestes und erwarten, daß die mittel- und süddeutschen Verbände bestimmt erklären: wir lassen uns unsere Evangelischen Arbeitervereine nicht zu bloßen Wohlfahrtsvereinen machen, denn dann sind sie überflüssig. Sozialpolitische Bildung, genossenschaftliche Praxis und christlich-vaterländische Gesinnung sind das Fundament dieser Vereine, und es darf nicht geschehen, daß sie im Interesse einseitiger Fabrikantenwünsche geändert werden."

Die „Zeit" wird vermuthlich das Gegentheil ihrer Erwartung erleben. Die evangelischen Arbeitervereine sind gerade zu dem Zweck gegründet worden, um unter der Flagge des sogenannten christlichen Sozialismus die Arbeiter von den eigentlichen sozialen Aufgaben abzuziehen, wozu die energische Vertheidigung der Arbeiterinteressen gegen das Unternehmerthum in erster Linie gehört. Deshalb wurden sie von den Unternehmern und den Regierungen begünstigt. Nachdem Pfarrer Naumann aber den Sozialismus ernst genommen wissen will und die national-soziale Bewegung in die evangelischen Arbeitervereine hineintrug, müssen diese Organisationen die Gunst der herrschenden Kreise natürlich einbüßen, wenn sie „eigentlich soziale Aufgaben" weiter erörtern wollen, und da nur die wenigsten evangelischen Arbeitervereine die Kourage haben werden, sich vom Schürzenband der herrschenden Kreise loszumachen, so wird die sozialpolitische Tendenz der evangelischen Arbeitervereine mehr und mehr verblassen und die Frömmelei die Hauptsache werden.

Eine andere Wirkung auf diese Vereinigungen konnte, nach unserer Ansicht, die Gründung der national-sozialen Partei auch nicht wohl haben.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 5. März. (W. T. B.) Wie der „Hamburgischen Börsenhalle" gemeldet wird, ist der bei Newquay gesunkene Dampfer der zur Rhederei von Robert M. Sloman u. Co. gehörige Dampfer „Syrakusa". Die gesammte aus 30 Mann unter dem Befehle des Kapitän Rehden stehende Besatzung ist derselben Meldung zufolge mit dem Schiffe zu grunde gegangen.

Köln, 5. März. (B. H.) Hier wurde eine 48jährige Frau mit einem zu ihr in intimen Beziehungen stehenden Bautechniker verhaftet und zwar unter dem Verdachte, ihren Ehemann mittelst Gift getödtet zu haben.

Budapest, 5. März. (B. H.) Der Neffe des Honvedministers Fyervary hat sich aus bisher noch nicht bekannten Gründen in Leutschau erschossen.

London, 5. März. (W. T. B.) Unterhaus. Bei der Erörterung des Marine-Etats erklärte Goschen in Widerlegung von Ausstellungen, England habe seine Flotte schnell vermehrt und sei in verhältnißmäßig kurzer Zeit um 50 pCt. gesteigert; es könne die Flotte so schnell, als es nöthig sei, bemannen, an aktiven Seemannschaften besitze England 100 000, an Reserve 25 000 und an Pensionären 10 000 Mann; außerdem könne es im Nothfalle eine bedeutende Anzahl von Seemannschaften von außerhalb heranziehen. Was die Zahl der Schiffe und die Schiffsklassen anlange, habe England, falls morgen der Krieg erklärt würde, im Verhältniß zu den zwei großen Seemächten eine bedeutende Ueberlegenheit. Kein ausländisches Geschwader könne an Geschwindigkeit mit dem Kanal- und Mittelmeergeschwader konkurriren. Falls die russische Flotte nach dem Mittelmeer komme, habe England sein Gibraltar- und Kanalgeschwader und außerdem sein Mittelmeergeschwader. England behaupte den Vorrang in der Raschheit der Erbauung von Schiffen; es sei keine Gefahr, daß es an Zahl, Geschwindigkeit und Stärke seiner Schiffe hinter der Flottenmacht anderer Nationen zurückbleibe.

Athen, 5. März. (Meldung der „Agence Havas".) Die beiden letzten Jahrgänge der Reserve werden nunmehr auch einberufen werden.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Kommunales.

Die Verkehrs-Deputation hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Verhandlungen mit der Firma Siemens u. Halske über den Weiterbetrieb ihrer Linien, ebenso wie die Verhandlungen über die Umwandlung des Pferdebahnbetriebs auf der Linie der Charlottenburger Straßenbahn in einen elektromotorischen Betrieb zu vertagen, bis der zur Zeit der Stadtverordneten-Versammlung vorliegende Umwandlungsvertrag der Linien der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft und der Neuen Pferdebahn-Gesellschaft seine Erledigung gefunden hat. Ferner wurde beschlossen, nicht die zahlreichen, von den Unternehmern eingereichten Projekte zum Ausgangspunkte zu nehmen, sondern diese Projekte lediglich als Material zu benutzen bei der Feststellung, welche Linien man schaffen solle, um den Verkehrsbedürfnissen Rechnung zu tragen. Erst nach Herstellung eines Planes dieser Linien soll in die Erörterung eingetreten werden, wann und unter welchen Bedingungen die Zustimmung zur Ausführung und zum Betriebe der neuen Linien zu ertheilen sei. Diejenigen Unternehmer, die eine Verbindung mit den Vororten verfolgen, sollen sich zunächst mit den Inhabern der Linien, auf welchen der Vorortsverkehr in die Stadt hineingeführt werden solle, einigen.

Zu Mitgliedern des Etats-Ausschusses der Stadtverordneten-Versammlung sind gewählt worden die Stadtverordneten Bruns, Friederici, Heilmann, Dr. Langerhans, George, Dr. Gerstenberg, Liebenow, Mommsen, Wallach, Kalisch, Dr. Preuß, Louis Sachs, Michelet, Borgmann, Goldschmidt. Den Vorsitz wird der Stadtverordnete Dr. Langerhans führen, dessen Stellvertreter ist Stadtverordneten-Vorsteher Michelet.

Bekanntlich wird ein Umbau des hiesigen kgl. Opernhauses beabsichtigt, um die Feuersicherheit desselben zu erweitern. Zu dem Umbau ist eine 630 Quadratmeter große Fläche Straßenlandes erforderlich, welches die Intendantur der kgl. Schauspiele von der Stadt kostenfrei erbeten hat. Außerdem soll die jetzige Stallstraße kassirt werden und an deren Stelle eine grade Linie von der Ebertsbrücke bis zur Universitätsstraße angelegt werden. Hierfür will der Fiskus die erforderliche Landfläche hergeben. Die gegenwärtig am Kupfergraben befindliche Büchsenmacherei soll von der Stadt beseitigt werden, ohne jedoch an den Fiskus eine Entschädigung zu zahlen. Dagegen soll sich die Stadt verpflichten, zur Erbauung von zwei Brücken, deren eine über den Kupfergraben nach der Spitze der Museumsinsel zu, wo das Denkmal für Kaiser Friedrich III. errichtet werden soll, die zweite von der Spitze der Insel über die Spree nach dem Monbijougarten führen soll, einen Beitrag von 200 000 beziehungsweise 300 000 M. zu zahlen, jedoch unter der Bedingung, daß der Staat von der Spreebrücke an eine Verbindungsstraße bis zur Oranienburgerstraße kostenfrei für die Stadtgemeinde Berlin anlegt. Die seitens des Staats an die Stadtgemeinde abzutretenden Flächen betragen 4113 Quadratmeter, die theilweise mit Gebäuden besetzt sind, während die Stadtgemeinde lediglich Straßenland von 6143 Quadratmeter abtreten soll. Das Magistratskollegium hat dieses Projekt genehmigt und wird dasselbe der Stadtverordneten-Versammlung zur Zustimmung unterbreiten.

In ihrer geheimen Sitzung am Donnerstag hat die Stadtverordneten-Versammlung die Versetzung des Direktors Benecke von der Sophienschule, des Ober-Stadtsekretärs Heufelder I und des Gemeindeschul-Rektors Griese in den Ruhestand genehmigt. Ferner hat sich die Versammlung mit der Anstellung des praktischen Arztes und Turnlehrers Dr. Luckow als Oberturnwart, des Bibliothekars Dr. Buchholtz auf Lebenszeit und des Magistratssekretärs Engel I als Oekonomie-Inspektor bei der Irrenanstalt Herzberge einverstanden erklärt.

Lokales.

Der Großbetrieb im Berliner Droschken-Fuhrwesen nimmt immer mehr überhand. Angaben über das Droschken-Fuhrwesen sind im Berliner „Statist. Jahrbuch" jetzt bis 1894 veröffentlicht. Vergleicht man die Zahlen von 1894 etwa mit denen von 1884, so ergiebt sich, daß selbst für diesen kurzen Zeitraum die Verdrängung der kleinen Betriebe durch die großen schon recht merklich ist. Ende 1894 (in Klammern die Zahlen für Ende 1884) gab es in Berlin 4062 (1745) Droschken I. Klasse, 2461 (2448) Droschken 2. Klasse, 155 (153) Gepäckdroschken, zusammen 6678 (4346) Droschken, die in Händen von zusammen 2490 (1965) Besitzern waren. Unter den Besitzern waren: I. 1589 (1319) mit je 1 Droschke, II. 665 (500) mit je 2—5 Droschken, III. 103 (87) mit je 6—10, IV. 60 (32) mit je 11—15, V. 33 (11) mit je 16—20, VI. 20 (12) mit je 21—30, VII. 20 (4) mit je über 30 Droschken. Von 1884—94 haben also die Droschken um 2332 oder rund 54 pCt. zugenommen. (Doch kam diese Zunahme fast nur auf die Droschken I. Klasse, deren Zahl sich in 10 Jahren mehr als verdoppelt hat.) Dagegen haben die Besitzer zugenommen: im ganzen um nur 525 oder rund 27 pCt.; speziell in Gruppe I um 270 oder 20 pCt., II um 165 oder 33 pCt., III—VII zusammen um 90 Besitzer oder 62 pCt. Zugenommen haben auch die kleinen Besitzer (mit nur 1 Droschke), aber sie haben viel weniger zugenommen als die mittleren und diese wieder viel weniger als die großen Besitzer. Das ist aber gleichbedeutend mit einer Zurückdrängung der mittleren und noch mehr der kleinen Betriebe durch die großen. Wie sehr sich das Verhältniß zwischen den kleinen, mittleren und großen Betrieben von 1884 bis 1894 verschoben hat, lehren die folgenden Zahlen: Ende 1894 (in Klammern die Zahlen für Ende 1884) waren unter je 1000 Besitzern 638 (671) mit je 1 Droschke, 267 (254) mit je 2—5 Droschken, 95 (75) mit mehr Droschken. Diese Wandlung ist in der Hauptsache eine Folge der modernen wirthschaftlichen Entwickelung, die auch auf diesem Gebiete zu einer immer weiter gehenden Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb führen muß. Der kleine Droschkenbesitzer ist der steigenden Konkurrenz, die ihm aus der Vermehrung, Verbesserung und Verbilligung anderer Verkehrsmittel (Omnibus, Pferdebahn, Stadtbahn) entsteht, sowie den mancherlei anderen Erwerbserschwerungen (Wirthschaftskrise, Futternoth, Verlust von Pferden) natürlich viel weniger gewachsen, als der große Besitzer, der über Kapital verfügt. Er verschwindet jedoch, wenn er schließlich das Feld räumen muß, nicht immer gänzlich von der Bildfläche. Auch wenn er keinen eigenen Wagen mehr hat, kann er nach wie vor den Bock besteigen, aber freilich nur als Lohnsklave eines anderen Besitzers.

Ein hiesiger Berichterstatter behauptet, daß sich an dem Festzuge zur „Centenarfeier" nun doch Arbeiter betheiligen werden. Und zwar wird, als einziger allerdings, der Verein der Brauerei-Arbeiter genannt, der von den Direktoren gelegentlich des 1894er Bierboykotts gegründet worden ist, um ein „besseres Verhältniß" herzustellen. Ob diese Nachricht wirklich zutrifft, vermögen wir nicht zu sagen.

Das Heiligste des Deutschen. Wie sehr im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte der Bourgeoisie die Frau zum Schacherartikel geworden ist, dafür giebt das Treiben einer Charlottenburger Handlung mit lebendiger Menschenfleischwaare einen abermaligen, in seiner Ungenirtheit fast verblüffend wirkenden Beleg. In Provinzblättern findet sich zur Zeit folgende ständige wiederkehrende Annonce: Heirath. 280 reiche Partien und Prospekte sende umsonst. Schriftliche Angelegenheiten Journal Charlottenburg (Berlin). Wer sich schriftlich an diese Adresse wendet, erhält einen Prospekt, der wie folgt beginnt: Große Damen-Auswahl aus allen Ständen und allen Konfessionen! Strengste Diskretion! Adresse: Paul Pflaum, Charlottenburg, Knesebeckstr. 95. Berlin-Charlottenburg, Datum des Poststempels. Abtheilung für Heirathsgesuche. — Des weiteren wird dann in dem Prospekt mitgetheilt, daß den Reflektanten nach Erlegung von 14 M. Geschäftsunkosten sofort „die neueste Damenauswahl" zugestellt werde!!!

Geldheirathen, ob mit ob ohne Hilfe von Verkupplern, sind in der modern-bürgerlichen Welt die regelmäßige, selbstverständliche Erscheinung. Wer etwa höhere Ansichten über die Ehe hegt, läuft Gefahr, als Thor verspottet, oder, was unter Umständen noch schlimmer, als Umstürzler verdächtigt zu werden.

Antipathie gegen die Berliner Luft? Der zur Nachfolgerschaft du Bois-Reymond's bestimmte Hofrath von Kries soll jetzt definitiv den Ruf an die hiesige Universität abgelehnt haben.

Das Opfer an Menschenleben und Gesundheit, das vorgestern im Treptower Park der Profitwuth gebracht werden mußte, lehrt abermals, mit welcher Rücksichtslosigkeit und Leichtfertigkeit man sich hier über die selbstverständlichen sozialen Pflichten hinweggesetzt hat. Vor mehreren Wochen schon ging die von uns unter Widerspruch aufgenommene Mittheilung durch die Presse, daß die Sanitätswache im Treptower Park unnütz geworden und daher eingezogen sei. Das Unglück vom Donnerstag hat gelehrt, wie frivol die aufgestellte Behauptung war; und wohl nicht ohne Berechtigung macht sich jetzt in den Kreisen der Arbeiter die Meinung geltend, daß lediglich die Angst, Geld zu Zwecken der Humanität opfern zu müssen, die Schuldigen von ihrer Menschenpflicht abgehalten hat. Mit recht wird von anderer Seite angeführt, daß eine ständige Hilfsbereitschaft jetzt noch nothwendiger ist als zur Zeit der Ausstellung selbst, denn derartige halsbrecherische Leistungen, wie das Abbrechen des Eisengerippes des Wasserthurmes, werden in der Ausstellungszeit kaum von Arbeitern verlangt worden sein. Wie es möglich ist, daß eine mit acht Menschen belastete Plattform durch einen Windstoß in die Tiefe gestürzt werden kann, wird die Untersuchung lehren müssen; jedenfalls beweist der Unfall, dem bis jetzt zwei Menschenleben zum Opfer gefallen sind, daß man es bei den Abbruchsarbeiten an den erforderlichen Vorsichtsmaßregeln hat fehlen lassen. Daß aber erst von den zum theil recht weit entfernten Berliner Unfallstationen ärztliche Hilfe herbeigeholt werden mußte, ist höchst bedauerlich. Jetzt werden vielleicht, wenn nicht anders durch Zwang, die nöthigen Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, aber die getödteten Arbeiter kann keine Macht der Erde wieder zum Leben erwecken, und die verunglückten Arbeiter bleiben krank, vielleicht ihr Leben lang. Ein hiesiges Blatt meint, daß, abgesehen von dem Walten des Strafrichters, darauf Bedacht genommen wird, daß für die Hinterbliebenen auskömmlich gesorgt wird und die Verletzten möglichst ausreichend entschädigt werden.

Wie jetzt vorläufig festgestellt ist, hat die Schnee-Abfuhr der Stadt Berlin in diesem Winter über die dafür etatsmäßig festgesetzte Summe 864 000 M. gekostet. In Charlottenburg hat der „Charl. Ztg." zufolge die Stadtverordneten-Versammlung für Schnee-Abfuhr 37 000 M. nachträglich zu bewilligen.

Eine Gedenkfeier für den Philosophen Jakob Böhme beabsichtigt die Comenius-Gesellschaft am 4. April d. J. Müllerstr. 12 zu begehen, weshalb sich der Vorsitzende der Gesellschaft an den Magistrat mit der Bitte wandte, ihm zur Festfeier den Festsaal des Rathhauses zu überlassen. Der Magistrat will diesem Gesuche nachgeben und wird die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nachsuchen.

Der Fernsprech-Verkehr mit Vanders, Aalborg und Frederikshavn ist eröffnet worden. Die Gebühr für ein gewöhnliches Gespräch bis zur Dauer von 3 Minuten beträgt im Verkehr mit den neu zugelassenen Orten 2,50 M.

Eine Untersuchung des Sehvermögens der Eisenbahn-Bediensteten rücksichtlich der Sehschärfe und des Farben-Unterscheidungs-Vermögens hat der Minister der öffentlichen Arbeiten wiederum anordnen lassen. Mit der durch die Bahnärzte vorzunehmenden Untersuchung auf Farbenblindheit soll auch eine Prüfung des Hörvermögens des im äußeren Eisenbahnbetriebe beschäftigten Personals verbunden werden. Die königl. Eisenbahndirektion Berlin ersucht die Inspektionsvorstände ihres Bezirks, die Ergebnisse dieser Wiederholungsprüfungen binnen sechs Monaten zu den Personalakten der betreffenden Beamten einzureichen.

Ueberreicher Kindersegen. Dem Moldenhauer'schen Ehepaare hierselbst, Köpnickerstr. 1 wohnhaft, sind vorgestern Drillinge und zwar drei Mädchen geboren worden. In der Familie ist bittere Noth.

Ein umfangreiches Schadenfeuer brach gestern gegen Mittag in der Verbandstoff-Fabrik von Kahnemann, Spandauerstr. 3/4, aus. Die Feuerwehr hatte bis nach 1 Uhr zu thun, bis der Brand völlig gelöscht war, durch welchen die dritte Etage des Hauses fast vollständig verzehrt wurde. Die übrigen Stockwerke haben nur durch das Wasser gelitten. Der Betrieb der Verbandstoff-Fabrik erleidet daher keinerlei Unterbrechung.

Einen Unfall erlitt nach dem „B. T." Professor Mommsen Donnerstag Abend um 7 Uhr durch einen Radfahrer, der den greisen Gelehrten, als dieser an der Ecke der Berliner- und Marchstraße in Charlottenburg den Fahrdamm überschritt, umfuhr. Geheimrath Mommsen kam zu Fall, erhob sich jedoch bald und anscheinend unverletzt. Er bestieg einen Pferdebahnwagen und fuhr nach seiner in der Marchstr. 8 belegenen Wohnung. Der Radfahrer wurde als der Dreher Emil B. aus Charlottenburg festgestellt.

Vom Kutscherbock ist der Fuhrherr Ed. Schmier aus der Stettinerstraße gestern Mittag derart gefährlich abgestürzt, daß er an den Folgen der erlittenen Verletzungen bereits abends im Krankenhause starb.

Aufgeklärt ist jetzt das Verschwinden des Kassirers Fels von der hiesigen Orts-Krankenkasse der Schuhmacher, an der seinerzeit allerhand Vermuthungen geknüpft wurden. Wie der Droschkenkutscher Christian Böttcher, den man auch durch ein Verbrechen beseitigt glaubte, so ist auch Fels als Leiche im Wasser wieder gefunden worden. Der 53 Jahre alte Mann hatte anfangs November v. J. mehrere hundert Mark für seine Kasse eingezogen und machte sich am 7. Novbr., nachdem er in seiner Wohnung beim Schuhmachermeister Langner in der Borsigstr. 2 zu Mittag gegessen hatte, um 2 Uhr Nachmittags auf den Weg zum Geschäftslokal der Kasse in der Prenzlauerstr. 18, um das Geld abzuliefern. Er traf aber weder an der Geschäftsstelle ein, noch kehrte er nach Hause zurück. Alle Nachforschungen nach seinem Verbleib hatten keinen Erfolg. Gestern, Freitag, Nachmittag endlich landete man seine Leiche an der Lichtensteinbrücke in der Nähe des Zoologischen Gartens aus dem Landwehrkanal. Eine Kontrolle der Geschäftsführung des Kassirers hatte ergeben, daß diese durchaus in Ordnung war. Es fehlten nur die Beiträge, die Fels zuletzt eingesammelt und an die Kasse abzuliefern im Begriffe gestanden hatte. Dieses Geld ist nun bei der Leiche gefunden worden. Von einem Verbrechen kann hiernach keine Rede mehr sein. Fels war schon früher nervenleidend; man beließ ihn aber in seiner Stellung, weil er die Geschäfte stets ordentlich führte und weil man glaubte, daß das Leiden vorübergehen werde. Vielleicht ist der bedauernswerthe Mann in einem plötzlichen heftigen Anfalle ins Wasser gegangen.

Die That eines Wahnsinnigen. Am Donnerstag Abend stach auf der Waterloobrücke der 24jährige Arbeiter Herrmann D. anscheinend in einem Anfall von Geistesstörung ohne jede Veranlassung auf die ihm völlig unbekannte Frau Clara Jacob, geb. Görner, ein und verletzte sie erheblich am rechten Oberschenkel. Nach Anlegung eines Nothverbandes auf der Wache des 41. Polizeireviers wurde sie nach der Sanitätswache in der Alexandrinenstraße und von dort nach ihrer Wohnung gebracht.

Auf der Polizeiwache ist Donnerstag Abend eine Frau gestorben, deren Persönlichkeit man nicht feststellen konnte. Ein Schutzmann hatte sie betrunken auf der Straße aufgefunden und sie auf die Wache in der Langestr. 12 gebracht. Hier starb sie, wie berichtet wird, am Herzschlage.

Festgestellt ist die Persönlichkeit des Mannes, der sich, wie wir gestern mittheilten, in der Haide bei Tegel erschossen hat. Es ist der 61jährige Anstreicher Emil Hermann, der von seiner Frau getrennt bei dem Schuhmachermeister Giewald in der Chorinerstraße 69 wohnte. Hermann, der auf einem Bau in der Ziegelstraße verunglückt war, zeigte seit längerer Zeit Lebensüberdruß.

Straßensperrung. Wegen Anschüttung der Rampen für die im Zuge der Schönebergerstraße erbaute Hilfsbrücke wird das Schöneberger Ufer längs des Dienstgebäudes der kgl. Eisenbahndirektion vom 8. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt. Die in der Schönebergerstraße und am Schöneberger Ufer gelegenen Einfahrten zum Potsdamer Güterbahnhof werden durch die Sperrung nicht berührt.

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche der 60 Jahre alten Handarbeiterin Agnes Lange aus der Nostizstr. 2. Die Hauswirthin Frau Fritsch hörte, als sie die Treppe hinausging, ihre im zweiten Stock wohnende Mietherin, die bisher nicht krank gewesen war, stöhnen und holte einen Arzt. Als dieser kam, war die Kranke schon todt. Die Todesursache konnte der Arzt nicht feststellen.

Als Leiche wiedergefunden wurde vorgestern im Kanal zu Charlottenburg der 54 Jahre alte Schneider Dienegott Skalen aus der Kolbergerstr. 25, der dort eine Art Einsiedlerleben führte und seit dem 21. Dezember v. J. verschwunden war.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Steglitz werden vom 1. April an die Verbreitung des „Vorwärts" in eigene Regie übernehmen.

Die Parteigenossen Friedrichsbergs und der angrenzenden Ortschaften werden hiermit nochmals auf die morgen, Sonntag, vormittags 11½ Uhr, im Lokale von Spitzig, Frankfurter Allee 198, stattfindende Parteiversammlung aufmerksam gemacht.

Moderne Sozialreform in einer staatlichen Fabrik. Die Direktion der königlichen Munitionsfabrik in Spandau, in der zirka 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind, hat im Herbst v. J. versuchsweise feste Tagelöhne für die verschiedenen Gattungen des Arbeitspersonals eingeführt. Der Mindestlohn der Arbeiterinnen betrug danach 2 M., der Arbeiter und Handwerker 3,50 bezw. 5,50 M. täglich. Bei dieser Art der Löhnung ist aber gegen früher, wo Akkordarbeit bestand, eine erhebliche Minderproduktion konstatirt worden. Nunmehr hat, der „National-Zeitung" zufolge, die Direktion der Fabrik durch Anschlag bekannt gemacht, daß am 1. April wieder das alte Lohnsystem, die Bezahlung je nach der Leistung, eingeführt wird. — Unverhüllt bestätigt diese Mittheilung die alte Wahrheit, daß in staatskapitalistischen wie in privatkapitalistischen Betrieben gleichermaßen die Sorge um den Profit das A und O ist. Wie entsetzlich wäre es gewesen, wenn die Arbeiterschaft der königlichen Fabriken sich auf die Dauer hätte weniger anstrengen brauchen, als es bislang unter der Herrlichkeit der Akkordlöhnung der Fall war!

Der Eingemeindungsausschuß der Vororte hat gleichsam als Erwiderung auf den Beschluß des Provinzial-Landtags, der sich für Verleihung des Stadtrechts aussprach, an das Abgeordnetenhaus eine Petition gerichtet des Inhalts: „Das Haus der Abgeordneten wolle an die königliche Staatsregierung die Bitte richten, die Eingemeindung der Ortschaften Charlottenburg mit Westend, Kolonie Grunewald, Deutsch-Wilmersdorf, Schmargendorf, Schöneberg, Friedenau, Tempelhof (einschließlich des Garnison-Uebungsplatzes und der Hasenhaide), Rixdorf, Britz, Treptow, Stralau, Rummelsburg-Boxhagen, Lichtenberg-Friedrichsberg, Weißensee, Neu-Weißensee, Reinickendorf und Pankow, in Aussicht zu nehmen, demnächst die mit Berlin schwebenden Verhandlungen zum Abschluß zu bringen und dem Landtage der preußischen Monarchie schon in der nächsten Session eine dahingehende Vorlage zu unterbreiten."

Ueber eine wunderliche Behandlung der Lehrer in Neu-Weißensee berichtet die „Päd. Ztg.". Danach ist auf Veranlassung des dortigen Rektors, dem es nicht paßt, daß die Lehrer während der Unterrichtszeit einen bestimmten stillen Ort aufsuchen, eine Regierungs-Verfügung erlassen worden, in der für alle Lehrer ohne Ausnahme angeordnet wurde, daß jeder nicht nur seinen Hauptlehrer von einem Verlassen der Klasse Mittheilung zu machen, sondern außerdem in jedem Falle in seinem Lehrbericht zu vermerken habe, wann und wie lange eine Abwesenheit in der Klasse stattgefunden habe. Das Regierungsschreiben wurde den Lehrern vorgelesen, ohne daß ihnen gestattet wurde, selbst einen Einblick in das Schriftstück zu thun. Als einige Herren darum nachsuchten, wurde es ihnen ausdrücklich verweigert. Bemerkenswerth ist, daß allen Herren Anstandslosigkeit und Mangel an Selbstzucht in der Verfügung vorgeworfen wurde, obwohl der Rektor durch genaue Beobachtungen festgestellt hatte, daß eine Reihe von Kollegen niemals den verfehmten Ort durch ihr Erscheinen ausgezeichnet hatten. Uebrigens darf nicht unerwähnt bleiben, daß in besonders dringenden Fällen es erlaubt ist, statt der persönlichen Abmeldung beim Hauptlehrer einen Schüler (Schülerin?) dazu zu verwenden. Daß die Anordnungen auf das genaueste befolgt werden, dafür leistet, wie die Fachzeitung bemerkt, die Person des Rektors, der zugleich Lokalschulinspektor ist, mehr als genügende Bürgschaft.

Aus Storkow wird berichtet: Ein recht begehrenswerther Posten scheint die frei gewordene Bürgermeisterstelle unseres etwa 2500 Einwohner zählenden Kreisstädtchens zu sein. Die Zahl der Bewerber beträgt nicht weniger als 102, und es befinden sich darunter: 1 Oberbürgermeister, 14 Bürgermeister, 1 Oberstlieutenant, 2 Hauptleute, 3 andere Offiziere, 2 Zahlmeister, 1 Polizei-Inspektor, 2 Polizeikommissare, 2 Rechtsanwaltsbureau-Vorsteher, 2 — Studenten, 2 Landwirthe, 1 Mühlenbesitzer, 1 Registrator, 1 wissenschaftlicher Lehrer, 1 Stadtrath und endlich auch 1 — Schriftsteller.

Verschwunden ist der elfjährige Schüler Karl Krüger aus Weißensee. Seine dort in der Lehderstr. 15 wohnenden Eltern hatten ihn vor 14 Tagen nach Berlin geschickt; er hat jedoch die ihm angegebenen Adressen nicht aufgesucht und ist ebensowenig nach der elterlichen Wohnung zurückgekehrt. Der Verschwundene trug einen schwarzen Ueberzieher, einen braunen Jaquetanzug und eine schwarze Krimmermütze.

Kunst und Wissenschaft.

Es wird immer ein schweres Unterfangen bleiben, einen Abschnitt der biblischen Legende auf die heutige Bühne zu bringen. Wie man es auch anfassen möge, die Frommen im Lande wird man stets verletzen; ihnen wird das Wagnis als Profanation erscheinen; und die anderen werden verlangen, daß die Neudichtung von modernem Empfindungsgehalt beseelt sei. Sie werden auf Byron's Mysterium vom Kain oder wenigstens auf die Kunst des Malers Uhde hinweisen, der seinen erbarmungsreichen Christus unter Bauern und Tagelöhnern unserer Tage erscheinen läßt.

An solchem Maß gemessen sinkt der Werth von Adolf Wilbrandt's dramatischer Dichtung „Hairan", die am Donnerstag im Berliner Theater zum ersten Male aufgeführt wurde, tief herab. Hairan ist Gelehrtendichtung im übel verstandenen Wortsinn. Aus der langen Reihe jener literar-künstlerischen Arbeiten, zu denen die Pariser neu-katholischen Romantiker den ersten Anstoß gaben, wird Hairan unbemerkt verschwinden. Das Drama ist nur ein Beweis mehr, daß selbst so er-

fahrene literarische Kenner, wie Wilbrandt, der modischen Strömung, der Christianisirung der Kunst ihr Opfer darbringen.

In lehrhaften Bildern, die nicht viel über konventionelle Begriffe hinausgehen, wird die neuauftauchende christliche Kultur, deren Wortführer der Syrer Hairan ist, der vermodernden hellenischen Kultur gegenübergestellt. Schade nur, daß nicht Hairan der Kämpfer, sondern Hairan, der Verkünder, Held des Dramas ist. Der Kampf ist das Lebenselement des Dramas, und als Hairan auf die Bühne kommt, da hat er schon seinen Gott und Vater gefunden, da ist er schon der fertige Prophet. Wie er es geworden, wie er der antiken Herrenkultur seine Botschaft von der Erlösung des gemeinen Mannes entgegenstellen mußte, davon wird nichts in Wilbrandt's Dichtung verkündet; und gerade hier hätte moderne Erkenntniß, hätte moderne psychologische Vertiefung einsetzen können.

In Antiochia feiern sie die Dionysien. Von Hairans seltsamer Erscheinung wird Lysilla, die Tochter des Philosophen Diagoras, wie von Schauern ergriffen. Hairan wandert in die Berge, und von jähem Entschluß getrieben, folgt ihm Lysilla, mit dem Thyrsosstab in der Hand und dionysischer Freude voll. Aber Hairan muß rein bleiben, wenn er sein Opfer vollbringen soll. Er weist die frühlingstolle Lysilla von sich und auch den satanischen Versucher, der ihm in der Bergwildniß naht, leiht er kein Ohr. Rasch ist Hairan, dem Heiligen, das Volk von Antiochien zugefallen. Er heilt den bresthaften Flavius und bekehrt Lysilla, die im heidnischen Trotz und weil ihre Liebe von Hairan verschmäht war, sich dem ersten Besten an den Hals geworfen hatte. Lysilla wird neuen Geistes voll, als Hairan erklärt, niemand solle richten über sie, und sie netzt die Füße Hairan's mit ihren Thränen. Diese seelische Uebermacht Hairan's weckt die Nebenbuhlerschaft — ein triviales Motiv, das auch den unfrommen Mann verletzen kann. Karkinos, der Lysilla labt, nennt Hairan einen Gaukler, den Oberpriester der Kybele einen Lästerer der Götter und genau wie in der biblischen Legende entscheidet der Statthalter. (Aus dem Pilatus wird ein Rufinus.) Er giebt den Machthabern nach; noch siegt Fayphon, der Oberpriester, über Hairan und das Volk von Antiochien, das Hairan vorher mit Jubel eingeholt hatte, ruft jetzt: steinigt ihn! und Hairan wird gesteinigt. — Auch in diesem Abschluß verspürt man nichts vom Hauch der großen Tragödie; ein leeres Schaustück wird dargestellt. Sommerstorff spielte den Hairan mit wohlfrisirtem Christuskopf und edlem Anstand; dadurch wurde die platte Poesie Wilbrandt's noch süßlicher. Auch Frau Geßner überzuckerte die Lysilla. Nach dem zweiten Akte konnte Direktor Prasch im Namen des schwerkranken Dichters für beifällige Aufnahme danken, dann verflüchtigte sich die Theilnahme des Publikums; man hörte sogar vereinzelt zischen, eine große Seltenheit bei dem Publikum eines würdigen Familientheaters.

— Im Lessing-Theater gab man am Donnerstag „Ein Tropfen Gift" von Oskar Blumenthal. Auf den Inhalt des Stückes einzugehen, erübrigt sich. Das Stück war ja auch die Nebensache, Hauptsache war, daß Frau Niemann-Raabe auftrat. Um es rund heraus zu sagen, wir halten die Besetzung der Hauptrolle mit Frau Niemann für einen Mißgriff. Vor einem Jahrzehnt dürfte die Schauspielerin in dieser Rolle der jungen, geistreichen Frau, die „mit allen Männern macht, was sie will", wohl noch gewirkt haben, heute gehört zu diesem Glauben eine sehr große Phantasie. Würde man nicht aus dem Theaterzettel ersehen, daß sie die Frau von Erwin von Weidegg ist, dann würde man sie für dessen Mutter halten. Besonders unangenehm wirkte das stolze, wenn auch beabsichtigte Pathos des ersten Aktes. Man spürte die Absicht zu sehr. Im dritten Akte, wo die Ehre ihres Vaters von dem Makel reingewaschen wird, konnte man sich mit ihrer Rolle aussöhnen und ihrem Können Anerkennung zollen.

Von den anderen Schauspielern füllten Herr Max Löwenfeld und Carl Waldow ihre Rollen am besten aus. Die übrigen reichten nicht über das Niveau des Mittelmäßigen. —

März-Dichter-Feier. Wie wir schon neulich mittheilten, veranstaltet die Arbeiter-Bildungsschule am Sonnabend, den 20. März, im großen Saale der Brauerei Friedrichshain eine März-Dichter-Feier, die eine künstlerische Ehrung der vormärzlichen Dichter, vor allem Heine's, Herwegh's und Freiligrath's bedeuten soll. Die Feier wird wieder einen ähnlichen Charakter tragen wie die bisherigen Dichter-Abende. In einem einleitenden Vortrag wird „Die Bedeutung der Märzdichter für die Literatur und für das Volk" dargelegt werden. Der Schriftsteller Manfred Wittich aus Leipzig, als vorzüglicher Literaturkenner bestens bekannt, hat diesen Theil des Programms übernommen. Von besonderer Bedeutung für diesen Abend sind die Rezitationen aus den Werken der März-Dichter und es ist daher wohl mit Freude zu begrüßen, daß der als warmherziger Dichter wie als feinsinniger Rezitator gleich bekannte Schriftsteller Otto Ernst aus Hamburg dafür gewonnen ist. Bei der Ausführung der musikalischen Programm-Nummern (Kompositionen von Dichtungen der März-Dichter) werden die Herren Max Dietrich (Bariton), Herr Woldemar Sacks (Klavierbegleitung), Herr E. Hamann (Orgel) und der Männerchor „Liederlust" unter Leitung seines Dirigenten Suchsdorf betheiligt sein. Hoffentlich wird der Besuch dieser künstlerischen Veranstaltung seitens der Berliner Arbeiterschaft dem des Goethe-Abends entsprechen. Billets sind in den Zahlstellen der Schulen (siehe morgige Annonce) sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen zu haben.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater geht das Gastspiel des Herrn Pander am Dienstag zu Ende.

Im Schiller-Theater wird morgen, Sonntag, Nachmittag 3 Uhr „Wilhelm Tell" gegeben; abends geht Shakespeare's Lustspiel „Der Widerspenstigen Zähmung" in Szene. Rosegger's Volksschauspiel „Am Tage des Gerichts" kommt heute zur Wiederholung. — Im Bürgersaale des Rathhauses wird Sonntag, den 7. März, ein „Reuter-Abend" veranstaltet.

Als nächste Volksvorstellung unter Regie von Julius Türk wird am nächsten Sonntag, den 7. März, im Belle-Alliance-Theater „Die Jungfrau von Orleans" aufgeführt. Die Titelrolle spielt Martha Frey als Gast; die Sorel: Therese Freyburg als Gast; König: Richard Jürgas; Burgund: Wilh. Ruff; Lionel: Herm. Schulz als Gast; Dunois: Herr Frey; Talbot: Julius Türk.

Soziale Rechtspflege.

Für reisende Geschäftsleute ist eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts von Bedeutung, die dessen 2. Senat am 8. März gefällt hat. Der Viehkommissionär Outzen aus Tondern besuchte häufig den Markt in Husum und hatte dann stets sein Absteigequartier im Gasthof eines gewissen Möller, der ihm auch öfter seine Stallungen zum Unterbringen von Vieh zur Verfügung stellte. Vor dem Stalle und im Gastspeisezimmer schloß Outzen gewöhnlich die Verkaufsgeschäfte ab, auch beschäftigte er im Gasthause zeitweilig einen Schreiber. Der Magistrat von Husum zog ihn wegen dieser Umstände für das Steuerjahr 1895/96 zur Steuer heran, indem er sich darauf berief, daß Outzen in Husum eine Betriebsstätte habe. Mit seinem Einspruch wurde O. zurückgewiesen, beim Bezirksausschuß hatte er jedoch mit seiner Klage auf Freistellung von der Forensalsteuer Erfolg und das Ober-Verwaltungsgericht hat jetzt die Revision des Magistrats zurückgewiesen und ebenfalls auf völlige Freistellung von der Steuer in Husum erkannt. Es wäre nicht anzunehmen, daß O. eine Betriebsstätte im Sinne des Gesetzes in Husum besitze, denn es fehle ihm dort jeder, ihm allein zur Verfügung stehender örtlicher Mittelpunkt. Das Gast-Speisezimmer des Gasthofes könne als solcher nicht betrachtet werden und die Ställe des Gastwirths habe O. nur als Gast benutzt; der Wirth habe die Verfügung darüber behalten. Die Beschäftigung des Schreibers ändere an der Rechtslage nichts.

Gerichts-Zeitung.

Ein äußerst umständlicher Erpressungsprozeß nahm gestern fast die ganze Sitzung der dritten Strafkammer des Landgerichts I in Anspruch. Der Fabrikant Sp. sollte sich im Jahre 1895 des unlauteren Verkehrs mit jungen Mädchen unter vierzehn Jahren schuldig gemacht haben. Er erhielt zu damaliger Zeit eine Menge Drohbriefe von unbekannter Hand. Es wurde ihm fortwährend das Zuchthaus in Aussicht gestellt, der Schreiber, welcher sich als „Rother" bezeichnete, erklärte, daß er eine Schilderung der strafbaren Handlungen des Adressaten im „Vorwärts" veröffentlichen würde, wenn der Ueberbringer — in der Regel ein Dienstmann — nicht mindestens 500 Mark zurückbringe. Der Fabrikant Sp. opferte thatsächlich verschiedene hundert Mark, der Erpresser war aber unersättlich und ein Brief folgte dem anderen, alle mit demselben Inhalt. Um endlich Ruhe zu bekommen, wandte sich Sp. an die Kriminalpolizei. Die Folge war, daß allerdings auf die Erpresser gefahndet, aber auch, daß Sp. wegen Sittlichkeitsverbrechens unter Anklage gestellt und Ende 1895 vom Landgericht I dieserhalb zu zehn Monaten Gefängniß verurtheilt wurde. Inzwischen glaubte die Polizei auch, die Erpresser ermittelt zu haben. Die 13jährige Frida Klein war ebenfalls in dem Prozeß gegen Sp. verwickelt gewesen. Da ihre Eltern, der Militärinvalide Jakob Klein und dessen Ehefrau Marie Klein zu anderen Personen verdächtige Aeußerungen hatten fallen lassen, woraus zu schließen war, daß sie Kenntniß von dem sträflichen Verkehr ihrer Tochter mit dem Fabrikanten Sp. hatten, so wurde angenommen, daß sie zu der Erpressergesellschaft gehörten. Am Abende des 28. Dezember vorigen Jahres wurde eine dritte Person, der Buchdrucker Ernst Miers, unter eigenthümlichen Umständen in Haft genommen. Der Dienstmann Driesener gehörte zu denjenigen Personen, die einmal von einem fremden Herrn auf der Straße den Auftrag erhalten hatten, einen Brief zum Fabrikanten Sp. zu bringen und auf Antwort zu warten. Dem Adressaten war es darum zu thun, den Absender zu ermitteln, er übergab dem Dienstmann ein leeres Briefkouvert mit der Weisung, es dorthin zu bringen, wo der Auftraggeber den Bescheid in Empfang nehmen wollte. Er, Sp., folgte dann dem Dienstmann unbemerkt. Das Verfahren hatte aber in mehreren Fällen keinen Erfolg, der Auftraggeber mußte wohl Verdacht geschöpft haben. Der Dienstmann wurde aber auf Sp.'s Veranlassung dem Kriminalkommissar Damm vorgeführt, der sich den fremden Herrn beschreiben ließ und dem Dienstmann eine gute Belohnung versprach, wenn er denselben ermittelte und festnehmen ließ. Am Abende des 28. Dezember 1896 wurde Driesener in der Nähe der Kurfürstenbrücke von einem Herrn angeredet, in welchem er den Gesuchten sofort wiedererkannte. Derselbe fragte ihn, warum er ihm damals keine Rückantwort gebracht. Driesener erwiderte, daß dies ja nicht möglich gewesen sei, worauf der Herr ihm 20 Pfennige schenkte und sich die Burgstraße entlang entfernte. Driesener steckte seine rothe Mütze unter den Rock und folgte ihm unbemerkt, um sich durch die Verhaftung eine Belohnung zu verdienen. Der Herr merkte aber doch, daß er verfolgt wurde und fing darauf an zu laufen. Es begann eine tolle Jagd von einer Straße durch die andere. An der Mühlendammbrücke wurde der Verfolgte von einem Schutzmann gestellt und zur Haft gebracht. Seine Persönlichkeit wurde als die des Buchdruckers Ernst Miers festgestellt, der nun gestern nebst den Klein'schen Eheleuten unter der Anklage der vollendeten und versuchten Erpressung vor Gericht stand. Die drei Angeklagten, von denen Miers vom Rechtsanwalt Salomon, das Klein'sche Ehepaar vom Rechtsanwalt Dr. Halle vertheidigt wurden, bestritten mit aller Entschiedenheit ihre Schuld. Sie wollten sich zum ersten Male gesehen haben, als sie sich im Vorverfahren gegenübergestellt worden seien. Miers leugnete mit dem Auftraggeber identisch zu sein, es müsse bei ihm eine Personenverwechselung vorgekommen sein. An dem fraglichen Abende habe er sich allerdings auf der Straße in einen Laufschritt versetzt, aber nur, um noch vor Thoresschluß seine Wohnung zu erreichen, davon, daß er verfolgt werde, habe er keine Ahnung gehabt. Der Zeuge Driesener blieb dabei, daß er sich nicht irre, die übrigen Belastungszeugen waren in ihren Aussagen weniger bestimmt. Nach dem Gutachten des Schreib-Sachverständigen liege die größte Wahrscheinlichkeit vor, daß der Angeklagte Miers der Schreiber sämmtlicher erpresserischen Briefe sei. Staatsanwalt Kanzow hielt einen Beweis gegen das Klein'sche Ehepaar nicht erbracht und beantragte gegen dieses die Freisprechung. Den Angeklagten Miers hielt er aber für überführt, er beantragte gegen ihn neun Monate Gefängniß und zweijährigen Ehrverlust. Der Vertheidiger des Miers führte aus, daß das Belastungsmaterial gegen denselben keineswegs ausreichend sei.

Der Gerichtshof war ebenfalls zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Angeklagte Miers keineswegs genügend belastet sei, um ihn verurtheilen zu können, es wurden daher alle drei Angeklagten freigesprochen.

Da unser Blatt in der Verhandlung gestreift worden ist, wollen wir kurz des selbstverständlichen Brauchs erwähnen, daß Mittheilungen von allgemeinem Interesse, die der Presse nicht von ständigen Mitarbeitern zugehen, bei uns, wie in jedem anständigen Blatte, nur erst nach sorgfältiger Prüfung auf ihre Richtigkeit hin Aufnahme finden. Vielfach ist im Publikum noch die Meinung verbreitet, daß eine Zeitung ohne weiteres das Instrument sei, um irgend eine Angelegenheit, sei es auch zu unlauteren Zwecken, der Oeffentlichkeit preiszugeben. Der Hauptangeklagte in diesem Prozeß, Ernst Miers, war früher Metteur an unserem Blatte und mußte vor etwa 3 Jahren plötzlich entlassen werden. Daß diese Person im Ernst garnicht daran gedacht hätte, sich wieder auf unserer Redaktion sehen zu lassen, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.

Das Bild der Frau Cohn. Ein Rechtsstreit um die Aehnlichkeit schwebt gegenwärtig beim Landgericht I. Die Rentnerin Frau Cohn hatte bei der Porträtmalerin F. aus G. ihr lebensgroßes Bild bestellt, das mit dem Rahmen zwei Meter hoch werden und 600 M. kosten sollte. Als die Künstlerin das Bild ablieferte, waren die Kinder der Bestellerin zugegen. Entzückt riefen sie wie aus einem Munde: „Mama, Mama, wie schön bist Du getroffen!" Anderer Ansicht aber ist Frau Cohn. Sie behauptete, das Bild sei ihr nicht ähnlich, und verweigerte die Zahlung. Die Künstlerin verklagte nun die Frau Cohn und am Dienstag wurde vor Gericht verhandelt. Der Gerichtshof konnte zu keiner Entscheidung kommen, da Frau Cohn das Bild nicht mitgebracht hatte, und gab ihr auf, zu einem neuen Termin mit dem Bilde und in derselben Tracht zu erscheinen, in der sie sich hatte malen lassen. Darob gerieth Frau Cohn etwas in Verlegenheit, da dieses Kostüm sich wohl für einen großen Ball, aber nicht zum Erscheinen vor Gericht eignet. Der Gerichtshof milderte darauf sein Verlangen dahin, daß die Beklagte nur ein möglichst ähnliches Gewand anlegen solle. Auch beschloß er, den Professor Max Koner als Sachverständigen zu laden.

Einen betrübenden Abschluß einer unglücklichen Ehe bildete die Verhandlung, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I stattfand. Der Restaurateur Emil Schadewald heirathete im Jahre 1890 die unverehelichte Rabes. Er zweifelte an der Treue seiner Ehefrau und infolgedessen gestaltete sich das Zusammenleben höchst unglücklich. Schadewald mißhandelte seine Ehefrau und als er im Jahre 1895 mit einem Revolver in der Hand sie zu erschießen drohte, erstattete sie Anzeige und trennte sich von ihrem Manne. Gleichzeitig strengte sie die Scheidungsklage an. Das Gericht verurtheilte ihren Ehemann, monatlich 50 M. Unterhaltungsgelder bis zur Beendigung des Prozesses an sie zu zahlen. Da Schadewald dieser Verpflichtung nicht nachkam, so ließ seine Ehefrau ihn pfänden. Der Gerichtsvollzieher fand nicht genügende Pfandobjekte, vor, worauf Frau Schadewald ihren Mann den Offenbarungseid leisten ließ. Bei diesem Eid soll Schadewald eine Uhrkette im Werthe von 100 Mark nicht mit angegeben haben. Inzwischen war gegen ihn die Anklage wegen der Bedrohung mit dem Revolver erhoben worden. In dieser Sache soll Schadewald auf einen der Belastungszeugen, den Maurer Wehlig, eingewirkt haben, eine falsche Aussage zu machen. Schadewald wurde wegen Verdachts des Meineides und der Anstiftung dazu in Haft genommen und gestern dem Schwurgericht vorgeführt. Der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Schwindt hatte den vielen Belastungszeugen ein ebenso umfangreiches Entlastungsmaterial gegenüber gestellt. Die Verhandlung kam indessen nicht über die Vernehmung des Angeklagten heraus. Derselbe benahm sich in einer so sonderbaren Weise und führte so verworrene Redensarten, daß man an seinem Verstande zweifelte. Der Gefängnißarzt Dr. Menger begutachtete auch, daß der Angeklagte thatsächlich geistesgestört sei und an Wahnvorstellungen leide. Sanitätsrath Dr. Mittenzweig erklärte ebenfalls, daß der Angeklagte nicht verhandlungsfähig sei. Der Gerichtshof beschloß darauf, das Verfahren gegen den Angeklagten einzustellen und denselben, da er nicht gemeingefährlich sei, auf freien Fuß zu setzen.

Ein Fleischbeschaugamts-Vorsteher-Stellvertreter wurde gegen die Stadtgemeinde klagbar, ihm vom Tage seiner Entlassung, 1. Mai 1889 bis vorläufig 31. Dezember 1896, sein Gehalt im Gesammtbetrage von 3066 Mark zu zahlen. Das Landgericht I Berlin hat den Kläger indessen kostenpflichtig abgewiesen. Derselbe gründete seinen Anspruch darauf, daß er städtische Beamtenqualität besitze. Das Gericht hat indessen diese Behauptung für unbegründet erachtet. Nach § 56 Nr. 6 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 sind die Gemeindebeamten vom Magistrat anzustellen, nachdem die Stadtverordneten hierüber vernommen worden sind. Im vorliegenden Falle sei nun eine derartige Anstellung nicht erfolgt, vielmehr sei Kläger lediglich vom Kuratorium des städtischen Vieh- und Schlachthofes zum zweiten Vorsteher-Stellvertreter des Fleischschau-Amtes gewählt worden. Auch sein Engagement sei nur auf Widerruf erfolgt und müsse dieser Widerruf erfolgen, sobald das königliche Polizei-Präsidium seine Zustimmung zur Annahme zurücknähme. Es sei mit der Natur des Beamten-Verhältnisses nicht vereinbar, daß durch bloße polizeiliche Verfügungen einem Beamten die Qualifikation zur Ausübung seines Amtes abgesprochen werden könnte. Schließlich sei Kläger nur als Sachverständiger zu betrachten, er sei daher lediglich durch Dienstvertrag in ein privatrechtliches Dienstverhältniß zur Stadt getreten.

Das Kreditiren von Getränken eine Förderung der Völlerei. Ein Verfahren auf Konzessionsentziehung war gegen den Gastwirth Kohn eingeleitet worden, weil die Räumlichkeiten seines Gasthofs nicht den polizeilichen Anforderungen entsprachen und er nicht die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen sollte. In letzterer Hinsicht warf ihm die Polizei vor, zweimal wegen Uebertretung der Polizeistunde bestraft zu sein. Kreisausschuß und Bezirksausschuß entzogen ihm denn auch die Konzession. Der Bezirksausschuß sprach jedoch ausdrücklich in seinem Urtheil aus, daß wegen der Räumlichkeiten Kohn kein Vorwurf mehr zu machen sei, und daß auch die zweimalige Uebertretung der Polizeistunde die Entziehung der Konzession nicht rechtfertige. Für allein ausschlaggebend erachte das Gericht den neuen Einwand der Polizei, es wäre daraus auf eine Förderung der Völlerei in der Zukunft zu schließen, daß Kohn entgegen einer Polizeiverordnung an ländliche Arbeiter und ländliches Gesinde Spirituosen auf Borg verabreicht habe, in einzelnen Fällen bis zu 15 M. — Kohn legte beim Ober-Verwaltungsgericht Revision ein und machte geltend, es sei ein Mangel des Verfahrens, daß der Vorderrichter die Nachprüfung jedes einzelnen Borgfalles unterlassen habe. Es sei so zum Beispiel nicht festgestellt worden, in welcher Zeit den einzelnen Arbeitern für 15 Mark geborgt worden sei. Die näheren Feststellungen würden dann ergeben, daß nicht auf eine Förderung der Völlerei zu schließen wäre. Auch sei der neue Vorwurf erst während der mündlichen Verhandlung vor dem Bezirksgericht gemacht worden und ihm sei infolge dessen seine gründliche Widerlegung unmöglich gewesen. Der III. Senat des Ober-Verwaltungsgerichtes verwarf indessen die Revision am 4. März mit der Begründung, daß er einen Rechtsirrthum oder einen wesentlichen Mangel des Verfahrens nicht entdecken könne.

Ueber die Ausbeutungspraktiken, die der Musikmeister Görner an seinen Lehrlingen übt, haben wir am 25. Februar unter Gerichtszeitung berichtet. Dieser Tage hat das Amtsgericht in der Zivilklage, welche die Väter zweier bei Görner beschäftigten Lehrlinge auf Aufhebung des Lehrkontrakts anstrengten, entschieden, und zwar wunderlicher Weise dahin, daß die Klage abzuweisen sei. Mithin ist die für die Gesundheit und Sittlichkeit der jungen Leute in hohem Grade gefährliche Geschäftspraxis dem Musikmeister nach wie vor gestattet, trotzdem ein Militärkapellmeister die Ausbildung der Lehrlinge als durchaus ungenügend bezeichnet und der Kreisphysikus über den Zustand der den Lehrlingen zugewiesenen Schlaf- und Wohnräume ein geradezu vernichtendes Urtheil gefällt hatte. Die Kläger wollen die Angelegenheit weiter verfolgen; es soll ihnen geglückt sein, eine Fülle von neuem Material herbeizuschaffen, das namentlich in sittlicher Beziehung belastend ist.

In der Beleidigungsklage gegen den Schneidermeister Schönsee, über welche wir gestern berichtet haben, lautete das Urtheil nicht, wie wir irrthümlich mittheilten, auf 500 M., sondern auf 100 M. Geldstrafe. Diese Strafe hatte auch der Staatsanwalt beantragt.

Ein Mann polnischer Abkunft, dessen Taufschein auf Krüger lautet, hatte seinen Namen einmal Krygier, also polnisch geschrieben. Die Behörde ging daraufhin auf grund der Kabinetsordre vom 15. April 1822 gegen ihn vor. Darin heißt es, daß ohne landesherrliche Erlaubniß niemand seinen Namen ändern dürfe. Krüger wurde vom Schöffengericht freigesprochen, von der Strafkammer aber zu 150 Mark eventuell 4 Wochen Haft verurtheilt. Das Landgericht war der Meinung, der festgestellte eine Fall genüge zur Strafbarkeit und einer unlauteren Absicht bedürfe es nicht. Krüger legte Revision ein und machte geltend, sein Vater habe sich auch schon Krygier geschrieben und der Pfarrer sei beim Ausstellen des Taufscheins vielleicht nicht ganz korrekt verfahren. Der Strafsenat des Kammergerichts hob am 4. März die landgerichtliche Entscheidung auf und wies die Sache in die Vorinstanz zu anderweiter Entscheidung zurück. Zur Begründung führte der Vorsitzende aus, für die Strafbarkeit der Namenänderung sei wesentlich bestimmend, ob die Absicht vorliege oder vorgelegen habe, den andern Namen dauernd zu führen oder die neue Schreibart dauernd anzuwenden. Wenn einmal gelegentlich ein deutscher Name polnisch geschrieben werde, dann sei das noch nicht strafbar.

Einer jener landläufigen Erpressungs-Prozesse, welche die moderne Justiz, wie sie sich seit dem Emporstreben der Arbeiterbewegung im Klassenstaate entwickelt hat, so scharf charakterisiren, kam vorgestern vor dem Reichsgericht zum endgiltigen Austrag. Vom Landgericht Leipzig war am 12. Januar der Buchbinder Emil Rudolf Ludwig Kloth wegen versuchter Erpressung zu 10 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Im Sommer v. J. war in den meisten größeren Städten unter den Buchbindern eine Bewegung im Gange, welche auf Abkürzung der Arbeitszeit und tarifmäßige Festsetzung der Löhne für die einzelnen Arbeiten abzielte. In Leipzig hatte sich zu diesem Zwecke eine Lohnkommission gebildet, zu deren Vorsitzenden der Angeklagte gewählt worden war. Die von den Gehilfen gestellten Bedingungen wurden diesen von der Scheffel'schen Buchbinderei bewilligt, nicht aber auch den Arbeiterinnen. Da nun der Inhaber dieser Buchbinderei mit Rücksicht auf diese von ihm getroffene Entscheidung die Wiedereinstellung einer Anzahl von Arbeitern verweigerte, so schrieb Kloth am 27. September 1896 an ihn im Auftrage der Lohnkommission einen Brief, in welchem er für den Fall, daß jene Arbeiter nicht wieder eingestellt würden, mit der Verhängung der Sperre drohte. Das Gericht erblickte hierin die Androhung eines Uebels zur Erreichung eines rechtswidrigen (!) Vermögensvortheils für die ausgesperrten Arbeiter, die einen Anspruch auf Wiedereinstellung nicht gehabt hätten. — Die Revision des Angeklagten, welche diese Ausführungen als auf Rechtsirrthum beruhend hinzustellen suchte, wurde vom Reichsgericht verworfen.

Versammlungen.

Eine gut besuchte Versammlung der Allgemeinen Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 1. März in Henke's Salon. Genosse Peus referirte über das Thema: „Die wahre Selbsthilfe der Arbeiter". Zur Diskussion sprachen Schüler, Bittau, Schicke und Schmidt. Frau Dmoch und Gubela gingen des näheren auf die Zustände in der Konfektionsindustrie und auf die Verhältnisse in der Velvetfabrik ein.

Der Verband der Graveure, Ciseleure 2c. hielt am 2. März seine regelmäßige Versammlung ab, in der Herr Damaschke über „Bodenbesitzreform" einen Vortrag hielt. In der Diskussion betonen sämmtliche Redner die Nothwendigkeit der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel, um die arbeitende Klasse zu befreien.

Eine öffentliche Versammlung der in der Kartonbranche Beschäftigten, die am 3. März im „Englischen Garten" stattfand, besprach die Mißstände, die in verschiedenen Werkstätten herrschen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der in betracht kommenden Werkstuben waren hierzu ausdrücklich eingeladen. Greifenberg leitete die Diskussion durch Darlegung der abzustellenden Zustände in den einzelnen Betrieben ein. So würden bei Böhme, Luisen-Ufer, die gesetzlich festgelegten Pausen seitens der Arbeiterinnen nicht innegehalten, weiter fehle ein Umkleide- und Garderobenraum, eine Waschgelegenheit; einen Napf zum Platz reinigen, um die Arbeiten vorschriftsmäßig sauber herzustellen, müssen sich die Arbeiterinnen selbst mitbringen. Charakteristisch für die Lohnverhältnisse sei die Thatsache, daß der Arbeit ausgebende Kollege (Werkführer) es während seiner 28jährigen Thätigkeit bei Böhm auf 22 M. Wochenlohn gebracht habe, außerdem werde verschiedenerseits über grobe Behandlung geklagt. Bei Krefter herrsche immer noch eine Arbeitszeit von über 9 Stunden. Bei Heinersdorf werde 9 Stunden gearbeitet, doch die Löhne seien sehr gedrückt, desgleichen bei Päckel, hier sei über grobe Behandlung ebenfalls zu klagen. Bei Erdmann werde zehn Stunden gearbeitet, und da über ½9 Uhr hinaus gearbeitet werden dürfe, müßten die Arbeiterinnen in der flotten Zeit des Morgens vor 7 Uhr beginnen. Bei Guttmann u. Meyer wurde seit November versucht, die neunstündige Arbeitszeit einzuführen, der Fabrikant versprach, nach Neujahr dieser Forderung stattzugeben, bisher sei jedoch noch nichts derartiges erfolgt. Eigenartige Vorkommnisse lägen von der Firma Jakobsohn vor: In Kürze feiere der Fabrikant, der nebenbei zum Millionär geworden sei, sein 25jähriges Jubiläum; unverständlicher Weise hätten sich die dort Beschäftigten zu bedeutsamen Sammlungen veranlaßt gesehen, um ein werthvolles Geschenk zu stiften. Meister und Komptoirpersonal hätten 10 M. und darüber gezeichnet, während die Arbeiter resp. Arbeiterinnen 4 M. und darüber zeichneten. Bei dem über 200 Personen betragenden Personal käme die stattliche Summe von zirka 1500 M. zusammen. Um alle Fühlung mit der Allgemeinheit zu hintertreiben, habe das Komptoirpersonal einen Vergnügungsverein gegründet, in den wohl das sämmtliche Arbeitspersonal eintreten soll. Angesichts solcher Zustände wäre es dringend nothwendig, zu deren Abänderung in die geplante Bewegung einzutreten, doch die schwache Betheiligung der Interessirten mache diesen Schritt gegenwärtig noch nicht angängig. In der Diskussion wurden die Ausführungen Greifenberg's verschiedenerseits bestätigt, doch wurden auch Stimmen laut, die zwar positiv nichts widerlegten, doch für den „guten" Chef auf mildernde Umstände plädirten. Zum Schluß wurden die Versammelten verpflichtet, überall für Benutzung des Arbeitsnachweises zu agitiren, desgleichen für Anschluß an die Organisation, außerdem wurde eifrigere Betheiligung an den Werkstuben-Besprechungen für dringend nothwendig erachtet und jeder Fabrik anheimgegeben, zu der alle 14 Tage bei Deter, Holzmarktstr. 8, stattfindenden Sitzung Vertretung zu entsenden. Diesen Verhandlungen voran ging ein mit regem Beifall aufgenommener Vortrag der Genossin Mesch über: Die Stellung und Werthschätzung der Frau.

Maurer. Am 3. März fand eine Baudeputirten-Sitzung der Maurer statt, die über die Frage zu verhandeln hatte: Ist die jetzige Bauthätigkeit geeignet, unsere Forderungen hochzuhalten? Die Kommission berichtete, daß auf 14 Bauten die Kollegen die Forderung auf Erhöhung des Lohnes auf 55 Pf. pro Stunde oder Einführung der neunstündigen Arbeitszeit gestellt haben und überall ist die Forderung bewilligt worden. Außerdem sind die Kollegen noch auf einer Reihe von Bauten vorgegangen, jedoch ist hiervon der Kommission über den Erfolg nichts gemeldet worden. Dieser günstige Verlauf ist auf die Einmüthigkeit der Kollegen besagter Bauten zurückzuführen. Hinzu kommt noch, daß das Unternehmerthum genau weiß, was wir wollen, und wird ein ernsthafter Widerstand uns fast nirgends entgegengestellt. Darum sei zu empfehlen, daß die Kollegen auf den Bauten recht einmüthig vorgehen mögen. Jedoch der Kommission sei möglichst vorher Kenntniß davon zu geben. Die Frage, sind unsere Forderungen hochzuhalten, sei darum zu bejahen. Die Deputirten stimmten dem zu. Beim Bericht von den Bauten wurden recht traurige Mißstände entrollt. So wird über große Schinderei und brutale Behandlung geklagt. Pfuscharbeit und 25 bis 30 Minuten Ueberarbeit herrscht auf dem Bau Brunsch, Warschauerstraße. Chausseestr. 53 werden 3—4 Ueberstunden täglich und Sonntags gearbeitet. Mit einer Anregung zur strikten Durchführung der Kontrollkarte wurde die Sitzung geschlossen.

Die Parquetbodenleger wählten in ihrer letzten Versammlung Kollegen Nerre in die Werkstätten-Kontrollkommission. Die Kollegen von Rosenfeld u. Ko. weigern sich, den Tarif zur Durchführung zu bringen. Weitere Mißstände verschiedener Firmen werden der Kommission überwiesen.

Eine äußerst stark besuchte öffentliche Putzerversammlung tagte am Mittwoch Abend im Lokal Königsbank, in der Dietrich den Bericht der Kontrollkommission über „Die stattgefundene Aufnahme der Arbeitsverhältnisse im Putzergewerbe" erstattete. Er bemerkt eingangs, daß die augenblickliche Agitation unter den Putzern nicht als Anfang einer neuen Lohnbewegung zu gelten habe, vielmehr handle es sich um Erhaltung der bereits früher behaupteten Position. Nach der statistischen Aufstellung der Kommission arbeiten bisher auf 93 Bauten Berlins und der Umgegend 569 Innen- und 573 Façadenputzer, zusammen also 1142 Putzer. Seitdem dürften weitere 50 in Arbeit getreten sein, sodaß die Zahl von 1200 Arbeitenden erreicht wäre. Weitere 90 Bauten müssen in den kommenden vierzehn Tagen mit Putzern belegt werden, sodaß mit Abzug der bis dann fertig gestellten Mitte März über 150 Bauten im Angriff sind. Gleichzeitig habe die Enquete die Behauptung, daß über 2000 Putzer ihr Domizil in Berlin haben, widerlegt, indem sich deren Zahl auf höchstens 1850 bis 1900 beläuft. Weiter habe die Umfrage ergeben, daß allein auf 10 Bauten bisher die Putzarbeiten an sogenannte Putzmeister, darunter zwei verkrachte Bauspekulanten, vergeben sind. Von diesen haben nur zwei, Scharf und Langnick, die Arbeiter gegen Unfall versichert, wogegen aber letzterer keine Rüstung liefert. Redner ersucht dringend, in Rücksicht auf die unendlich vielen Prozesse am Gewerbegericht in dieser Hinsicht die größtmöglichste Vorsicht obwalten zu lassen, wollen die Putzer nicht, daß sie die Zeche bezahlen. Unter dem Minimallohn von 7 M. gearbeitet wurde auf 4 und die Auskunft auf 2 Bauten von Façadenputzern verweigert. Auf das unfreiwillige Feiern der Putzer eingehend, stellt Redner fest, daß prozentual jeder 15 Wochen pro Jahr aussetzen müsse, somit — ausgeschlossen Krankheits- und Regentage — der Jahresverdienst 1556 M., der durchschnittliche Tagelohn 4,80 M. betrage. Angesichts der überanstrengenden Thätigkeit der Putzer gebe solch Exempel gewiß zu denken und mehr denn je sei es drumm nothwendig, daß bisher Errungene festzuhalten und zu vertheidigen. Im Namen der Kommission schlägt Redner folgende Resolution vor: „Die heute am 3. März im Lokal „Königsbank" tagende öffentliche Versammlung der Putzer Berlins und Umgegend beschließt: In Erwägung, daß in diesem Frühjahr einzelne Unternehmer versuchen, den Tarif zu durchbrechen, auch thatsächlich schon mehrere Kolonnen der Putzer unter dem festgelegten Lohnsatz arbeiten, beauftragt die heutige Versammlung die Kommission, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die betreffenden Kollegen zum Widerstande zu bewegen, um einem weiteren Sinken der Minimalpreise vorzubeugen. In weiterer Erwägung, daß nur durch ein geschlossenes und einmüthiges Zusammenstehen der Kollegen die bisher errungenen Positionen behauptet und gefestigt werden können, auch zur vollständigen Durchführung des Tarifs neue Kämpfe unausbleiblich erscheinen, verpflichtet sich jeder in Berlin und Umgegend arbeitende Putzer, vom Montag, den 15. März, ab bis auf weiteres pro Arbeitswoche 25 Pf. zum Streikfonds der Putzer zu zahlen, welche durch Marken auf dazu auszustellenden Karten zwecks Ausweises zu quittiren sind. Die Diskussion ergab, daß nicht nur seitens der Schwindelfirmen, sondern auch seitens sogenannter reeller und renommirter Firmen Abzüge gemacht, ja sogar am Lohntage gar nicht ausgezahlt wurde. Gleichfalls wurden diverse Bauten namhaft gemacht, auf denen unter dem Tarif geputzt wird. Ein Antrag, pro Woche 50 Pf. zu steuern, wurde abgelehnt, die Resolution gegen drei Stimmen angenommen. Anschließend wird darauf verwiesen, daß Kollegen, die nur drei Tage pro Woche arbeiteten, von der Zahlung des Beitrages entbunden, hingegen die mit vier Tagen Arbeit zahlungspflichtig sind. Der vorhandene Kassenbestand der Kommission beträgt 4400 M.

Das Resultat über die stattgefundene Abstimmung betr. Einführung eines Arbeitsnachweises unterbreitete Vogel. Er bedeutet, daß dies noch sehr lückenhaft. Bis zum Abend waren eingelaufen 798 Erklärungen, und zwar 421 für und 349 gegen den Nachweis. 28 Stimmen seien ungiltig, 510 stehen noch aus. Während der Versammlung waren noch 91 Stimmen abgegeben, die an vorstehendem Resultat nichts ändern. Das endgiltige Ergebniß wird am Sonntag in der Mitgliederversammlung der Organisation der Putzer publizirt werden.

Charlottenburg. Am 28. Februar tagte in Bismarckshöhe eine öffentliche Bauarbeiter-Versammlung. Hier erstattete der Delegirte der Charlottenburger Bauarbeiter M. Reimann Bericht über den 4. öffentlichen Kongreß. Der Beifall der Anwesenden bewies, wie sehr dieselben mit den Beschlüssen des Kongresses einverstanden sind. In der Diskussion wurde von verschiedenen Kollegen die Frauenarbeit in Süddeutschland einer scharfen Kritik unterzogen. Mehrere Redner brachten noch Uebelstände auf den Bauten vor. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend Abend von 6—8½ Uhr: Südost-Schule, Waldemarstr. 14: Nationalökonomie (Allgemeine Uebersicht der verschiedenen Wirthschaftsstufen. Entwickelung der bürgerlichen theoretischen Nationalökonomie. Die Marx'sche Werth- und Mehrwerth-Lehre) Herr Dr. Conrad Schmidt. — Nord-Schule, Brunnen-Straße 25: Natur-Erkenntniß. Antike und moderne Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Alterthum. Griechische Weisheit und biblische Ueberlieferung. Die Entthronung der Erde aus ihrer bevorzugten Stellung im Weltenall. Mechanistische Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einreihung des Menschen in das Naturganze (Lamark-Darwin). Das Seelenproblem. Atomismus und Materialismus. Grenzen der Natur-Erkenntniß. Herr Dr. C. Joël.

Die Lesehalle der Arbeiter-Bildungsschule, Brunnenstr. 25, ist wochentags von 6—9 Uhr, Sonntags von 4—9 Uhr, unentgeltlich für jedermann geöffnet. Die Geschäftsstelle der Schule N., Brunnenstraße 25, die den Vereinsvorständen zur Vermittelung von Vorträgen wissenschaftlichen Charakters zur Verfügung steht, ist ebenfalls von 6—9 Uhr nachmittags geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Pasewalkerstr. 3. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 80, 2. Hof, 4 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an P. Gent, S. Dresdenerstraße 107/8.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 7. März 1897, vormittags 9 Uhr, Rosenthalerstr. 38: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr vorm. ebendaselbst: Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: „Harmonie."

Tischler-Verein. Heute Abend 8½ Uhr, Melchiorstr. 16: Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Wollheim. Damen haben Zutritt.

Moabiter Naturheilverein. Sonntag, den 7. März, abends 8 Uhr, bei Schulze, Reinickendorferstr. 28. Vortrag und Diskussion.

Vergnügungsverein „Eintracht". Sonntag, den 7. März, nachmittags 5½ Uhr: Geselliges Beisammensein im Kludhaus „Nord-Ost", Gr. Frankfurterstraße 59.

Theaterverein „Tata-Toto". Heute Abend: Maskenball in Schneider's Gesellschaftssälen, Belfortstr. 18.

Arbeiter-Bildungsverein Schöneberg. Montag, den 8. März, abends 8 Uhr, bei Ohl, Grunewaldstr. 116: Versammlung. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Peus über „Revolution einst und jetzt".

Konditoren. Sonntag, den 7. März, nachmittags 4½ Uhr, bei Babiel, Rosenthalerstr. 57: Versammlung. 1. Vortrag über eine Million Vagabunden. 2. Delegirtenwahl zum Verbandstage.

Berliner Arbeitervertreter-Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Buske, Grenadierstr. 38, abends 8½ Uhr. Unentgeltlicher Rath wird ertheilt:

Im Norden Berlins: Für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung, abends von 7—9 Uhr: W. Buchholz, Hussitenstraße 36, v. 3 Tr. A. Daehne, Temminerstr. 66, v. 3 Tr. R. Gutbeil, Wiesenstr. 293, von 8—9 Uhr abends. F. Pieschel, Gartenstr. 55, v. 2 Tr. E. Simanowski, Gartenstr. 78, Portal 2, 2 Tr. M. Studlmann, Oderbergerstr. 37, 4 Tr., von 6—9 Uhr abends. M. Tamm, Hussitenstraße 8, von 8—9 Uhr abends. A. Voigt, Eliesenstraße 41—43. G. Warnke, Kolbergerstraße 7, von 6—7 Uhr abends. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Blume, Strelitzerstr. 59. P. Reimann, Sellermannstr. 83. F. Trapp, Schulstr. 56, von 7—8 Uhr abends.

Im Nord-Osten: Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: W. Mohs, Schönhauser Allee 62.

Im Osten: Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: G. Bader, Gr. Frankfurterstr. 34, v. 4 Tr.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: Schalthoff, Michaelkirchstr. 18.

Im Süden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung: F. Stügelmaier, Grimmstraße 30. — Nur für Invaliditäts- und Altersversicherung: P. Keller, Camphausenstr. 5.

Im Süd-Westen: Nur für Unfallversicherung: G. Hänel, Solmsstr. 44.

Im Nord-Westen: Nur für Unfallversicherung: J. Krause, Wittenbergerstraße 19. R. Stephan, Lessingstr. 34.

Im Zentrum: Nur für Unfallversicherung: G. Löffler, Klosterstr. 81.

Bei sämmtlichen vorgenannten Personen, bei denen hier keine Sprechzeit angegeben, ist dieselbe Wochentags von 7—9 Uhr.

Vermischtes vom Tage.

Vg. **Die Lepra** ist jetzt nach einer soeben von den Regierungspräsidenten erlassenen Verfügung unter diejenigen ansteckenden Krankheiten aufgenommen worden, bei denen die Gefahr einer Uebertragung durch die Schulen vorliegt. Es finden daher alle in der Ministerialanweisung vom 14. Juli 1884 betr. die Verhütung der Uebertragung ansteckender Krankheiten durch die Schulen enthaltenen Vorschriften jetzt auch auf die an Aussatz leidenden Schulkinder Anwendung, mit der Maßgabe jedoch, daß mit Rücksicht auf die lange Dauer und die anscheinende Unheilbarkeit der Krankheit den Eltern durch die Ortspolizeibehörden die Verpflichtung aufzuerlegen ist, für den Unterricht der Kinder in anderer geeigneter Weise Sorge zu tragen. — Eine zweite Polizei-Verordnung der Regierungspräsidenten betrifft die Anzeigepflicht über den Ausbruch der Lepra. In dieser Verordnung heißt es: Jeder auf Aussatz (Lepra) verdächtige Krankheitsfall ist bei der Ortspolizeibehörde (städtische Polizeiverwaltung, Amtsvorsteher) unverzüglich zur Anzeige zu bringen. Hierzu sind die Familienhäupter, Haus- und Gastwirthe, die Medizinalpersonen, Geistlichen und Lehrer bezüglich der zu ihrer Kenntniß gelangenden Fälle verpflichtet. Die Nichtbefolgung dieser Vorschriften zieht Geldstrafen bis zum Betrage von 60 M., im Unvermögensfalle entsprechende Haft nach sich. —

— „Norddeutsche Allgemeine" Weisheit. „Was da als „soziale Gesinnung" angepriesen wird, ist nichts als ein ganz unklarer und irreführender Ausdruck für eine Verabsolutirung der humanitären Idee, welche in der eudämonistischen Fassung, die sich im achtzehnten Jahrhundert und in noch stärkerem Maße durch Karl Marx und seine Jünger erhalten hat, begrifflich identifizirt worden ist mit der Idee des Kommunismus, der Gütergleichheit." —

Berlin. Von einer vergessenen „Größe". Bei Lepke wurden einige Gemälde verauktionirt, die von dem verstorbenen Maler Gustav Graef stammten. Für das große Galleriebild „Wikinger's Ende", das seinerzeit 10000 M. gekostet hatte, wurden 600 M. bezahlt, die beiden Allegorien auf Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich III. waren für 420 M. zu haben. —

— In der Garnisonkirche zu Hannover wurde ein Läuter, als er beim Abendläuten unter einer schwingenden Glocke durchkriechen wollte, von der Glocke am Hinterkopf getroffen. Er stürzte in die Tiefe und war sofort todt. —

— Im Büchener Walde bei Hamburg wurden drei Männer verhaftet, die längere Zeit hindurch die dortigen Eisenbahnen beraubt hatten. Im Gehölze wurde ein bedeutendes Lager gestohlener Gegenstände in einem höhlenartigen Versteck aufgefunden. —

— In Marxloh (Kreis Mülheim a. d. Ruhr) legte sich ein Bergmann eine Dynamitpatrone auf die Brust und zündete sie an. Er wurde ganz in Stücke gerissen. Der Mann hatte wegen der Kostgänger seit längerer Zeit Zank und Streit mit seiner Frau gehabt. —

— Transportdirektor Winkler, der wegen des Löbauer Eisenbahnzusammenstoßes zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, tritt am 1. Juni in den Ruhestand. Winkler war ständiger Begleiter der Königs- und der Kaiser-Sonderzüge. —

— Der Bildungsdrang im Volke. Die naturwissenschaftlichen Fächer der volksthümlichen Universitätsvorträge in Wien sind so besucht, daß die betreffenden Hörsäle die Zahl der Hörer kaum mehr zu fassen vermögen. Zu dem Kursus über elektrische Beleuchtung und Kraftübertragung mußte bereits ein Parallelkurs eingerichtet werden.

— Unter sich. Dr. Theodor Wähner ist Wiener Gemeinderath, antisemitischer Stadtrath und Herausgeber der „Deutschen Zeitung" in Wien. Welcher Ton in dem Blatte des Dr. Wähner herrscht, ist aus nachstehender in der antisemitischen „Ostdeutschen Rundschau" vom 22. Februar 1897 publizirten Entgegnung eines von ihm attakirten antisemitischen Genossen zu beurtheilen. Da heißt es wörtlich:

Nur den Herrn Dr. Wähner möchte ich höflich ersuchen, mir nicht gar zu unverschämt mit der „Hundspeitsche" vor der Nase herumzufuchteln, weil mich das im Schreiben stört. Auch kalkulire ich, daß ich eines Tages die Geduld verlieren könnte und es für diesen Herrn dann nicht gut wäre, wenn ich eine Hundspeitsche im Griffbereiche fände, denn ich würde kaum der Versuchung widerstehen, ihn übers Knie zu legen und sein eigenes Sitzleder damit grün und blau zu färben.

Im übrigen habe ich gerade jetzt keine Zeit, auf die Einzelheiten des gegen mich gerichteten Gekläffes zu horchen, bin daher leider gezwungen, mich an das türkische Sprichwort zu halten: „Uet havlar — kjarawan getscher" auf deutsch: „Der Hund bellt — die Karawane zieht weiter." Karl Horn.

— Vor den schwedischen Gerichten schwebt gegenwärtig ein sensationeller Mordprozeß. Der Marinelieutenant E. v. Taube beschuldigt seine Mutter, die Kammerherrin v. Taube, ihren Mann vergiftet zu haben. —

— London. Nach einer bei Lloyds eingegangenen Depesche aus Newquay (Grafschaft Cornwall) ist ein Dampfer in der Nähe von Newquay gescheitert; nur die Masten sind über dem Wasser sichtbar. Man befürchtet, daß die Mannschaft ertrunken ist und man glaubt, der Dampfer sei der „Syrakus" aus Hamburg. —

— Der Amtsarzt zu Dolna-Tuzla (Bosnien) ist eine Frau, Med. Dr. Krajewska. Jüngst hielt sie in Krakau einen Vortrag und erzählte von den Erfahrungen, die sie in Bosnien gemacht. Dabei kam sie auch auf die Honorare zu sprechen, die sie erhalte. Von armen Personen bekomme sie gar nichts, von besser situirten bisweilen Aepfel und Nüsse; reiche Leute zahlen — jedoch blos für die erste Visite. —

— Achtung, hier kann man die Zunge brechen! Das Arthriticin, ein neues Desinfektionsmittel, heißt mit seinem wissenschaftlichen Namen:

„Monohydrophenoläthyldiäthylendiaminamidoacetonitril". —

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags, Freitags und Sonnabends, abends von 7—8 Uhr statt.

J. G., Königstraße. Sie sind schon auf der richtigen Fährte. Der gute Freund in Cleveland, den die „Deutsche Warte" in ihrem Unterhaltungsblatt vom 5. März zu Worte kommen läßt, lebt thatsächlich in Berlin. Beweis: Wir haben das Geschichtchen schon am 28. November gebracht und haben keinen Korrespondenten in Cleveland.

Kottbus. Mitreis werden an deutschen Börsen nicht gehandelt. Wir können Ihre Anfrage nicht beantworten. Wenden Sie sich an eine solide große Bank und Sie werden dann nicht übervortheilt werden.

M. T. Wenden Sie sich an Dr. B. Borchart, Wilmersdorf, Kaiser-Allee 112.

Witterungsübersicht vom 5. März 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduzirt auf d. Meeresspiegel	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 0° R.)
Swinemünde	752	SSO	4	wolkig	2
Hamburg	748	S	2	bedeckt	4
Berlin	752	SO	2	Schnee	2
Wiesbaden	750	SW	1	Regen	5
München	754	O	4	wolkig	1
Wien	757	NW	1	wolkenlos	1
Haparanda	764	NO	2	halb bedeckt	—21
Petersburg	760	O	2	bedeckt	—8
Cork	744	NW	5	wolkig	8
Aberdeen	736	WNW	3	wolkig	2
Paris	750	SSW	3	wolkig	3

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 6. März 1897.
Zeitweise heiter, vielfach wolkig mit geringen Niederschlägen und frischen westlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
(Mitgliedschaft Berlin.)

Montag, 8. März, abends 8½ Uhr, in Feuerstein's oberem Saal, Alte Jakobstr. 75:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung vom Verbandstag. 2. Mitgliedschaftsangelegenheiten und Verschiedenes. 25/9

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht dringend **Der Vorstand.**

Sonnabend, den 13. März 1897:

Feier des X. Stiftungsfestes

in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 20—21,

unter gütiger Mitwirkung des berühmten „Berliner Ulk-Trio" und der turnerischen Vereinigung „Feste Riege".

Die Konzert- und Ballmusik wird von den Mitgliedern der „Fr. Vereinigung der Zivil- und Berufsmusiker" unter Leitung des Herrn R. Bühle ausgeführt.

Nach dem Konzert: **Großer Ball.**

Herren, welche am Tanze theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Anfang 8½ Uhr. — Programme am Eingang gratis.

Eintrittskarten à 25 Pf. sind in sämmtlichen Zahlstellen, im Bureau, Annenstr. 50 (Geschäftsstunden 8—1 und 3—6). Am Festabend nur in der Zahlstelle Restaurant zur „Neuen Post", Beuthstr. 21, sowie bei den Kommissionsmitgliedern zu haben. 25/10

Um zahlreiche Betheiligung der Kollegen und Kolleginnen ersucht

Die Vergnügungs-Kommission.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 6. März.
Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. König Heinrich IV.
Deutsches. Die versunkene Glocke.
Berliner. Renaissance.
Lessing. Ein Tropfen Gift.
Neues. Marcelle.
Ostend. Zu hoch hinaus.
Westen. Die berühmte Frau. Nachm.: Wilhelm Tell.
Residenz. Associés.
Linden. Indigo und die vierzig Räuber.
Thalia. Frau Lieutenant.
Schiller. Am Tage des Gerichts.
Zentral. Ein fideler Abend.
Volks. Von Stufe zu Stufe.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Heinrich Heine.
Alexanderplatz. Endlich allein. Eine Partie Klabbrias.
Passage-Panoptikum. Affentheater.
Apollo. Spezialitäten.

Belle-Alliance-Theater

Volks-Vorstellung
unter Regie von **Julius Türk.**

Sonntag, den 7. März, nachm. 3 Uhr: Gastspiel der Damen **Martha Frey** und **Therese Freyburg**; der Herren **Heinrich Schulz** und **Wilhelm Ruff.**
Zum ersten Male:
Die Jungfrau von Orleans.
Romantische Tragödie von Fr. Schiller.
Johanna: Martha Frey. Agnes Sorel: Therese Freyburg. König: Richard Jürgas. Dunois: Heinrich Frey. Burgund: Wilhelm Ruff. Lionel: Heinrich Schulz. Talbot: Julius Türk.
Die Kostüme, Requisiten, Waffen sind aus den kunstgewerblichen Werkstätten von P. Hildebrand.
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Geschäften zu haben.

Schiller-Theater (Wallner-Theater).

Sonnabend, abends 8 Uhr: **Am Tage des Gerichts.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Wilhelm Tell.** Abends 8 Uhr: **Der Widerspenstigen Zähmung.**

Friedrich Wilhelmst. Theater.

Sonnabend nachm. 4 Uhr zu kleinen Preisen (Kinder-Vorstellung): **Frau Holle.** Zaubermärchen mit Gesang und Tanz in sechs Bildern von E. Prudens. Abends 8 Uhr und die folgenden Tage: Gastspiel des Herrn **Carl Pander vom Thalia-Theater in Hamburg.** 8¾ Uhr: **Heinrich Heine.** Lustspiel in drei Akten von A. Mels. Hühneraugen-Operateur und Lotterie-Kollekteur Hirsch: **Carl Pander** a. G. — Vorher 8 Uhr: **Eine Tasse Thee.** Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen von W. Drost.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Klassiker-Vorstellung zu kleinen (Abonnements)-Preisen: **Der Trompeter von Säkkingen.** Romantisches Schauspiel mit Gesang in 3 Akten (7 Bildern) von Emil Hildebrandt und Julius Keller.
In Vorbereitung: **Moderne Jungfrauen.** Berliner Posse mit Gesang in 3 Akten von Alfred Schmasow und R. Alwil. Musik von Albert Wicher.
Billets sind schon drei Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben. Außerdem im Invalidendank, Unter den Linden 24, bei Paul Romeick, Leipzigerstraße 6, und Julius Lengenfeld, Markgrafenstr. 50.

Alexanderplatz-Theater.

Sonnabend nachmitt. 4 Uhr: Ensemble-Gastspiel der kleinen Hänsel und Gretel-Darsteller Geschw. Seitz: **Hänsel u. Gretel.** Märchenspiel mit Gesang und Tanz in 5 Bildern. Abends 8 Uhr: Einmaliges Gastspiel des Gebrüder Herrenfeld'schen Budapester Possen-Theaters. **Endlich allein** u. **Eine Partie Klabbrias.**
Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: Kinder-Vorstellung. **Frau Holle,** Zaubermärchen mit Gesang u. Tanz in 6 Bildern von E. Prudens. Abends 8 Uhr und die folgenden Tage: **Eine pikante Ehe.** Berliner Posse mit Gesang und Tanz in vier Akten von E. Prudens.
Billets sind ohne Vorbestellgebühr schon drei Tage vorher an der Theaterkasse zu haben. Vormittags 11—1 Uhr und abends von ½7 Uhr an.

Circus Renz

Karlstrasse.
(Jubiläums-Saison 1896/97.)
Sonnabend, den 6. März 1897, Abends 7½ Uhr:
Grande Soirée equestre.
Durchschlagender Erfolg.
Novität!
Aus der Mappe
eines
Riesengebirgs-Phantasten.
Außerdem die hervorrag. Nummern des Repertoirs. 4 arabische Vollblut-Schimmelhengste, als Fahnenpferde dress. und vorgef. v. Dir. **Fr. Renz. El Bolero,** spanische hohe Schule, geritten von 6 Damen u. 6 Herren. **Mr. Gaberel** mit dem Schulpferde **Albarac. 16 Spring-Akrobaten.**
Sonntag, den 7. März 1897: **2 grosse Vorstellungen 2** Nachm. 4 Uhr (ermäßigte Preise und 1 Kind unt. 10 Jahren frei): **Lustige Blätter! Gr. elektrisches Ballet.** Abends 7½ Uhr: **Aus der Mappe eines Riesengebirgs-Phantasten.**

Urania, Tauben-Strasse No. 48–49.

Naturkundliche Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. **Eintritt 50 Pf.**
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62 Lehrter Stadtbahnhof. Täglich von 7½ Uhr abends ab **50 Pf.** Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet. Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.

Vom 6. März ab:
32 Mädchen aus **Samoa.**

Castan's Panopticum.

Die beiden indischen **Pygmäen** die kleinsten Menschen der Welt!
Damen-Wettschwimmen.

Münz- u. Kaiser Wilhelmstr.-Ecke
Winkler's grosses Anatomisches Museum
Freitag von 2 Uhr ab: **Damentag. Entree 50 Pf.** 126M

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**
Sonnabend:
Zu hoch hinaus!
Volksstück in 4 Akten von M. Günther. Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Zum letzten Male: **Der Walzerkönig.** Abends 7½ Uhr: **Berlin, wie es weint und lacht.**

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30. Dir. Rich. Schultz.
Abends ½8 Uhr: Zum 29. Male:
Ein fideler Abend.
Morgen Sonnabend: Zum 30. Male: **Ein fideler Abend.**

Thalia-Theater.

(vormals **Adolph Ernst-Theater**).
„Frau Lieutenant."
Vaudeville in drei Akten von Paul Ferrier und Antony Mars. Deutsch von Hermann Hirschel. Musik von G. Serpette und B. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant."
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Trilby.**

Circus Busch

Bahnhof Börse.
Sonnabend, den 6. März 1897, Abends 7½ Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung. Nach Sibirien.
Außerdem: Dir. **Busch** als Schulreiter auf dem ostpreußischen Hengst Thucydides. 4 Fuchshengste als Thurmspringer, dress. u. vorgef. v. Dir. **Busch. Adjunkt,** ostpr. Hengst, ger. v. Mme. **Maria Doré. Der große u. der kleine Ungar. Mr. Goleman** m. sein. dress. Hunden und Katzen. **Broth. Lilly.** Elite-Akrobaten. Spezialitäten ersten Ranges. Vorzügl. Klowns.
Morgen: **2 Vorstellungen.** Nachm. 4 Uhr (1 Kind unter zehn Jahren frei): **Zischens.** — Abends 7½ Uhr: **Nach Sibirien.**
Freitag, den 12. März: **Wohlthätigkeits-Vorstellung zum besten der Kriegerverbände.**
Der Ertrag gelangt am Zentenariage zur Vertheilung an bedürftige Invaliden.

Cöpenick

(Klein's Hotel).
Heute, Sonnabend, den 6. März:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader).

Anfang **8** Uhr.
Kassenöffnung **6½** Uhr.
Entree **50** Pf. — Logensitz **75** Pf.
Großartiges, neues Programm!
Sonntag:
Konzerthaus Sanssouci.

Feen-Palast, Burgstraße 22.

Direktion **Winkler & Fröbel.**
Heute Sonnabend
wegen Privatfestlichkeit geschlossen!
Sonntag und die nächsten Tage:
Große
Künstler-Vorstellung.
Neues Programm.

Berliner Possen-Theater

Münzstrasse 17.
(Eingang Königsgraben.)
Direktion: **Joseph Aschinger** und **Leonhardy Haskel.**
Allabendlich punkt ½10 Uhr:
Novität! Novität!
Baruch und Sohn.
Neue Specialitäten!
Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Entree **30** Pf. Die Direktion.

Alcazar

Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Annenstraße 42/43.
Geschwister
Gottlieb.
Prof. Roberts. Wendini.
Anfang: Sonnt. 6 Uhr, Wochent. 8 Uhr
Freikarten in der Woche giltig.
Entree **30** Pf. **Die Direktion.**

Concordia Variété-Theater

Brunnenstr. 154.
Täglich: **Grosse Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Das beste Programm d. Nordens.
Neu! Troupe Richardt (1 Herr, 1 Dame, 1 Kind) Akrobaten.
Neu! Kathi Richter, Tyrolienne.
Neu Long and little Adolfi, Tanzduettisten.
Neu! Ein geplagter Dichter. Posse.
Anfang Wochentags 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Umtausch-Billets haben Giltigkeit.

Apollo-Theater.

Durchschlagender Erfolg des März-Programms!
5 Sisters Lorrison
Maggy, Aggy, Fanny, Cissy u. Netty am Strande v. Trouville
Carmencita
Der vollkommenste und beste
Kinetograph
mit dem Sensationsbilde:
Endlich allein!
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.

Welt-Restaurant

Variété- und Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstraße 97.
Novität! Novität! Novität!
Das tanzende Berlin.
Im vorderen Saal täglich:
Künstler-Frei-Konzert.

Anfang:	Entree:
Wochent. 7½ Uhr.	Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr.	Sonntags 30 Pf.

Möbel-Einrichtung, neue bestellte Arbeit, bill. verk. Admiralstr. 8, vorn 1 Tr. links.

Achtung! Kartonarbeiter.

Allen Freunden und Kollegen die traurige Nachricht, daß unser Kollege
Franz Maass
am 3. d. M. nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. März, von der Halle der Markus-Gemeinde in Wilhelmsberg um 2 Uhr statt. 158b
Um rege Betheiligung bitten
Die Kollegen von Ed. Jacobsohn.

Verband der Buchbinder 2c.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kartonarbeiter
Franz Maass
am Mittwoch, den 3. d. Mts., verstorben ist. — Die Beerdigung findet morgen, Sonntag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle der Markus-Gemeinde in **Wilhelmsberg** statt.
Um zahlreiche Betheiligung bittet
25/11 **Der Vorstand.**

Ersatz für **Tafelbutter,** feinste **Margarine,** pro **Pfund 65 Pf. Krumpelt,** Magdeburgerhalle Stand 110, Zimmerhalle Stand 196.

Möbel-Kaufgelegenheit,

passendste Gelegenheit für Brautleute. In meinem Möbelspeicher, Neue Königstraße 59, und **Möbel-Magazin, Gneisenaustraße 15,** sollen viele Wohnungseinrichtungen, verliehen gewesene und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise verkauft werden. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verliehen gewesener Möbel, welche fast neu sind und zum halben Preise abgegeben werden. Durch große Gelegenheitseinkäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 100, 300 Mark abzugeben. Ebenfalls hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 5000 Mark, Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Kleiderspind 15 Mark, Kommoden, Küchenspind 12, Stühle 2 Mark, Nußbaum-Kleiderspinden, Verticows 36 M., Muschelspinden 35, Bettstellen mit Matratzen 18, Sophas 18, Säulenspinden, hochelegant, Trumeaux mit Säulen und Kristallglas 60, Buffets in allen Größen, Herrenschreibtisch, Damenschreibtische, Schreibsekretär 30, Garnituren 60 Mark, Paneelsophas, Bücherspinden, Frisirtoiletten, Chaiselongues, Salongarnituren, Portièren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 6 Mark. Vollständig ausgestattetes, dekorirter Salon, Speisezimmer und englisches Schlafzimmer stets zur Ansicht. Gekaufte Möbel können 3 Monate kostenfrei lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt, auch nach außerhalb.

Achtung! Achtung!
Empfehle allen Kollegen und Genossen meine Restauration 1170L*
Zur Metallarbeiter-Börse.
Vereins-Zimmer mit Piano bis 40 Personen zu vergeben.
Achtungsvoll: **W. Hansen,** Restaur., Danzigerstr. 93.

Heute und jeden folgenden Sonnabend großes 1156L*
Schlachte-Fest.
Frische Blut-, Thüringer- u. Leberwurst bester Qualität zu mäßigen Preisen. Gleichzeitig empfehle mein gut eingerichtetes **Fremden-Logis,** sowie **Saal** nebst **Vereinszimmer** und **Kegelbahn** zur gefl. Benutzung.
F. Wilke,
Andreasstrasse 26.

Schulz' Festsäle, vorm. Paster
Neue König-Strasse 7.
Jeden Donnerstag: 892L*
Damen-Kränzchen.
Jeden Sonntag:
= Großer Ball. =
Vereinszimmer. Saal für Versammlungen frei. **Ed. Schulz,** Gastwirth.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 7. März, vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße 33:
Branchen-Versammlung der Einsetzer.
Tagesordnung: Besprechung über das Vertrauensmännersystem. Verlegung des Lokals. 87/8
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Obmann.**

Fachv. der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Mitglieder-Versammlung
am Montag, den 8. März 1897, abends 8½ Uhr, im Lokal des Herrn J. Henke, Raunynstraße Nr. 27.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Georg Wagner** über: „Die Presse und die Sozialdemokratie." 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Aufnahme neuer Mitglieder. — Um zahlreichen Besuch bittet
142/3 **Der Vorstand.**

Verband der Möbelpolirer.

Montag, den 8. März, abends 8½ Uhr, im Lokale Swinemünderstraße 35 (neue Nr. 42): 146/11
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Händel** über: „Adam und Eva." 2. Diskussion. 3. Wahl. 4. Verschiedenes. **Der Vorstand.**

Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgen.

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 7. März, nachmittags 5 Uhr, Oranien-Straße 51:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Ingenieur **Schmidtsdorff** über: Elektrische Glühlampen und deren Fabrikation. 2. Verschiedenes. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. [138/10] **Der Vorstand.**

Kistenmacher.

Montag, den 8. März, abends 8½ Uhr, in den „Arminhallen", Kommandantenstraße 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Die Streitigkeiten in den Werkstellen. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Verlegung des Arbeitsnachweises. 94/7

Sonntag, den 14. März, nachmittags 5 Uhr, Annenstr. 16:
Versammlung mit Damen. Nachher: **Tanz.**

Rixdorf.

Sozialdemokr. Verein „Vorwärts".
Dienstag, den 9. März, abends 8½ Uhr:
Mitglieder-Versammlung
in den „Viktoria-Sälen", Hermannstraße Nr. 49—50.
Tages-Ordnung: 232/10
1. Vortrag des Herrn **Damaschke** über: „Grund- und Bodenreform im Interesse des Gemeinwesen." 2. Diskussion. 3. Abrechnung von der „Urania" sowie vom Weihnachtsvergnügen. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste willkommen. Um besonders zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

Achtung! Wedding. Achtung!

Sonntag, den 7. März, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Schulze, Reinickendorferstr. 2a (Wedding-Platz):
Vortrag des praktischen Naturheilkundigen Herrn Müller.
Diskussion. — Fragekasten. 154b
Hierauf: **Gemüthliches Beisammensein.**
Eintritt frei. **Der Moabiter Naturheilverein.**

Fachverein der Klempner

Berlins und Umgegend.
Da die Aufnahme unserer Mitglieder in den Deutschen Metallarbeiter-Verband nur auf dem **Zentral-Bureau, Fischerstr. 22,** vollzogen werden kann, so bitten wir die Mitglieder, ihr Buch mit genauer Angabe ihrer Wohnung bei **Stramm, Ritterstr. 123,** abzugeben; von da wird das weitere besorgt. Die Kommission tagt Sonntag, abends 6 Uhr, bei Stramm.
89/9 **A. Winter.**

Belle-Alliance-Theater.

Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.
Morgen, Sonntag, den 7. März, nachmittags 3 Uhr:
Zum ersten Male: 230/6
Die Jungfrau von Orleans.

Für **Gewerkschaften** habe passende Räume zu **Herbergszwecken** und **Vereinszimmer** im Zentrum der Stadt zu vergeben. Offerten unter „Vereinszimmer" nimmt d. Exp. entg.

Schiebebude, gutgeh., m. Platz, Woche 50 M., verk. sof. Mariannenplatz 13, Lt.

Wichtig für Brautleute!
Eine wenig gebrauchte Wohnungseinrichtung, nußb., ist billig zu verkaufen bei **Julius Apelt,** Skalitzerstr. 6.

Achtung! Achtung!
Künstliche Zähne von 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtödten bei Bestellung umsonst.
Guckel, Lausitzerplatz 2, Elsasserstr. 12, Steglitzerstr. 71 I.

Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Goldwaaren spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6.

Betten, Steppdecken, Wäsche, Gardinen, Portièren, Teppiche, Regulatoren, Remontoituhren, Granat-Armbänder spottbillig in der Pfandleihe **Neanderstraße 6.**

Möbel
unter Garantie guter Arbeit. Theilzahlung gestattet. 1154L*
Frz. Müller, Alte Jakobstr. 65.

Freundl. Hofwohnungen von 12 bis 16 M. Swinemünderstr. 51/52.

Wohnungen von 3, 2 u. 1 Stube, Küche u. Zubehör, Pferdeställe u. Remisen, Lagerkeller bill. z. verm. Frankfurter Allee 16/16a. Nahe a. Bahnhof.

Schlafst. verm. Binasch, Treskowstraße 54, v. 4 Tr. 160b

Möbl. Zimm. f. 2 H. bill., od. möbl. Schlafst. f. 2 Herren. Frau Stechert, Manteuffelstr. 5, v. 2 Tr. r. 152b

Vogelbauer, gebrauchte, Eichkatze mit Bauer, Waldvögel sehr billig. **Zigarrenhandlung Sorauerstr. 6.**

Herren- und Knaben-Hüte billiger wie überall i. Fabriklager **G. Klietmann, Mariannenstr. 33 pt., kein Laden. Mützen u. Cravatten enorm billig.**

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren Reelle Waare. **Franz Tutzauer,** Tischlermeister, Blücherstr. 14. Ganze **Wohnungs-Einrichtungen** in Nussbaum u. Mahag. zu soliden Preisen.

Arbeitsmarkt.

Uhrmacher-Lehrling verlangt
Scharnow, Am Moritzplatz **Oranienstr. 152.**

Schneiderin empfiehlt sich zur bill. Anfert. von Kleidern, sowie jeder Art Wäsche. Frau Stechert, Manteuffelstraße 5, v. 2 Tr. r. 151b

Tücht. Gesellen für engl. Taillen u. Jaquettes find. d. hoh. Lohn dauernde Arbeit. Tietzner, Krausenstr. 69.

Farbigmacher u. Verfild. a. Leisten verl. Rixdorf, Berlinerstr. 89. 159b

36 Korbmacher
sofort auf Kugelkörbe verlangt.
161b **Zimmer,** Blumenstr. 37.

Belegerinnen werden perl. Hugo Naucke u. Co., Fichtestr. 3.

Der Krieg auf Kreta!

Neuester Schlager von **Siegwart Genthes**
in
Kaufmann's Variété
als
Sultan der Türkei.

Unsinn!!
ist es, viel Geld für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute und elegante Sachen z. B.:

	von M. an
Knaben-Filzhüte	1,—
Herren-Filzhüte	1,50
Cylinderhüte	4,—
Haarfilzhüte	4,80
Einsegnungshüte	1,—

Chapeaux claques, Reise-, Loden- u. Jagdhüte enorm billig im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert, Hut-Engroslager, part. rechts im Komptoir. **Waldemarstr. 44, Kein Laden.**
Nur moderne Waaren in grosser Auswahl.

Konfirmandenhüte Stück 1 M.
verkauft aus der Fabrik im Komptoir **Barnimstrasse 4—5.**

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobsy in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Volkswirthschaftliche Rundschau.

Nationaler Klassencharakter des Hamburger Streiks; zur Charakteristik der Hamburger Hafenarbeiter-Verhältnisse bei zunehmendem kapitalistischen Betriebe; die technische Entwickelung der Schifffahrt ohne Nutzen für die betheiligten Arbeiter; technischer Fortschritt und englische Gewerkvereine; ein englisches Kartellprojekt.

Hamburger Streik. Der große Hamburger Streik, dessen gewaltig aufrüttelnde Bewegung in den Streitigkeiten einzelner Hafenarbeitergruppen mit ihren „Arbeitgebern" noch gegenwärtig nachzittert, hat die ganze Situation in Deutschland grell beleuchtet. Er hat die Begeisterung und den Opfermuth der deutschen Arbeiter, ebenso wie die feudal herrschsüchtige Koalition des Unternehmerthums und die Alliance der Regierung mit den kapitalistischen Interessen in großen unauslöschlichen Zügen der Erinnerung des Volkes eingeprägt. In dem anscheinend blos lokalen Ausstand stießen die großen Klassengegensätze, durch welche die Nation zerklüftet ist, in hartem Anprall aufeinander. Nicht die unmittelbar betroffenen Hamburger Rheder-Kapitalisten, sondern der Hamburg-Altonaer Arbeitgeber-Verband, der im Jahre 1890 gegenüber der geplanten Maidemonstration als Arbeitertrutz gegründet worden, hat die Taktik und den Ton bestimmt. Und dieser Verband fühlte sich und handelte als der Vertreter der gesammten Kapitalistenklasse. Sein Ziel war die Demüthigung und gewerkschaftliche Schwächung nicht allein der Hamburger, sondern der gesammten deutschen Arbeiterschaft. „Zum kommenden Frühjahr" — wir führen die Worte des durchaus bürgerlich gesinnten Herausgebers der „Sozialen Praxis" an — „standen namentlich Lohnerhöhungs-Forderungen in der Metallindustrie, im Maschinenbau, Schiffbau u. s. w. bevor. Die Industriellen aller Branchen hatten, da der Streik einmal vorhanden war, ein Interesse daran, durch möglichst lange Dauer desselben die Kriegskosten der Streikenden zu erhöhen, durch die nothwendig werdenden Darlehen u. s. w. die Kraft aller Gewerkschaften in ganz Deutschland zu schwächen und für die nächste Zeit kampfunfähig zu machen." Kein Ausstand in Deutschland hat so wie dieser die Interessensolidarität des Kapitals gegenüber der Arbeiterschaft zum klaren Ausdruck gebracht.

— — Lage der Hafenarbeiter. Der Verlauf des Streiks und die aus ihm für die deutsche Arbeiterschaft sich ergebende allgemeine Lehre, sich wirksamer zu organisiren und die Lohnbewegung einer strafferen gewerkschaftlichen Disziplin zu unterwerfen, ist in unserer Presse ausführlich erörtert worden. Wenn wir an dieser Stelle auf den großen Kampf noch einmal zurückkommen, so geschieht es, um über die wirthschaftlichen Verhältnisse der Hamburger Hafenarbeiter, wie sich dieselben bei der fortschreitenden kapitalistischen Entwickelung des Schifffahrtswesens gestaltet haben, einiges Detail, das unmittelbar auf weitere dem Arbeiterinteresse naheliegende Erwägungen allgemeiner Art hinüberführt, nachzutragen.

Professor Tönnies, einer der Unterzeichner des bürgerlichen Aufrufs zu gunsten der Streikenden, veröffentlicht in dem neuesten Hefte von Braun's „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik" eine höchst lehrreiche, durchgehends auf unanfechtbares Material gegründete Studie über die „Hafenarbeiter und Seeleute in Hamburg vor dem Streik 1896/97". Vor allem werden die verschiedenen Gruppen der Hafenarbeiter in ihrer besonderen Arbeitsthätigkeit, ihrer Anzahl, ihren Lohn- und Arbeitszeitverhältnissen klar geschildert und so der kapitalistische Mythus von ihrem Wohlbefinden gründlich zerstört. Vielleicht noch interessanter als diese eingehende Darstellung des Thatbestandes sind die Streiflichter, die der Verfasser dabei überall auf den Entwickelungsgang dieser Verhältnisse, auf die Einwirkung des immer kapitalistischer werdenden Betriebes fallen läßt.

Die zwölf Arbeiterkategorien, die Tönnies aufzählt, lassen sich in drei große Gruppen zerlegen, in eine Gruppe, die irgendwie Verladungsarbeiten und was damit zusammenhängt leistet, eine zweite, welche mit Aufbesserung und Reinigung der Schiffe beschäftigt ist, woran als dritte Schicht sich die Flußmaschinisten und eigentlichen Seeleute anschließen.

Zur ersten Kategorie gehören vor allem die Schauerleute (5000 Mann), die das Laden und Löschen der aus- und einlaufenden Schiffe zu besorgen haben; sie bildeten das Rückgrat des ganzen Streiks; ferner die Ewerführer (rund 2000), welche die Güter in Kähnen (sogenannten Ewern oder Schuten) von den Schiffen abholen und hinbringen; die Quai-Arbeiter (1800 feste, 7—800 Hilfsarbeiter), die an den theils staatlichen, theils der Hamburg-Amerika-Linie gehörigen Quaischuppen Schiffe und Eisenbahnwaggons verfrachten; die Kohlen-, die Getreide- und die Speicherarbeiter (diese an 1800); endlich zum theil auch noch die Bagger- und Ballastarbeiter (rund 500). Die zweite Gruppe setzt sich zusammen aus den Schiffsreinigern (etwa 400), ein paar hundert Schiffsmalern und etwa 400 Kesselreinigern, der schlechtgestellteste Schicht, die für ihre bei 40 Grad Reaumur im Kessel selbst zu leistende Arbeit zwei Mark Tagelohn erhält und dabei oft 48 Stunden hintereinander arbeiten muß. Was die Besetzung der dritten Gruppe angeht, so beläuft sich die Zahl der auf Fluß-, Bugsirdampfern 2c. angestellten Maschinisten gegenwärtig auf 400, die eigentliche Seemannschaft der Hamburger Flotte (die Monatsheuer für Matrosen ist während des letzten Jahrfünfts auf 50½ M. gesunken), zählte dagegen schon im Jahre 1890: 13 000 Mann.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in diesen hier in kurzem Ueberblick zusammengefaßten Gruppen natürlich mannigfach verschieden. Der Raum verbietet leider eine ausführliche Reproduktion der von Tönnies gesammelten Angaben. Zur allgemeinen Charakteristik genügt es, auf die Schauerleute und Ewerführer, diese großen und im Streik am meisten hervorgetretenen Arbeitergruppen, hinzuweisen. Die Schauerleute sind meist im Taglohn beschäftigt, ihre Arbeit ist außerordentlich unregelmäßig, auch die sogenannten „festen" Arbeiter unter ihnen haben vor den „losen" nur den Vorzug voraus, daß der Stauer, mit dem sie abgeschlossen haben, ihnen die Zusicherung giebt, sie in Jahresfrist immer arbeiten zu lassen, so oft Arbeitsgelegenheit vorhanden. Die Arbeit erfordert gewaltige Muskelleistungen, dabei gilt aber der zwölfstündige Arbeitstag von 16—16, nur durch eine halbstündige Frühstücks- und eine anderthalbstündige Mittagspause unterbrochen. Der Taglohn ist seit 7 Jahren 4,20 M., Nachtarbeit wird höher mit 5,40 M. bezahlt. Die Arbeitsweise ist im höchsten Maße aufreibend, da sehr häufig die Nachtarbeit, die ohne Unterbrechung von 7 Uhr abends bis 4 Uhr morgens dauert, sich an die um 6 Uhr endigende Tagesarbeit anreiht. Recht oft wird dann nach durchgearbeiteter Nacht um 6 Uhr morgens wieder von neuem begonnen. Bei dieser mörderischen und ganz unregelmäßigen Arbeit erzielen die Schauerleute freilich auch einen, das gewöhnliche Arbeitereinkommen übersteigenden Jahresverdienst von etwa 1100 Mark. Doch gilt der nur für „feste" Schauerleute, die „losen", deren Zahl mehr als noch einmal so groß ist, bringen es auf höchstens 900 M. Akkordarbeit findet nur unter den Korn- und unter den Kohlenverladenden (den sogenannten „schwarzen") Schauerleuten statt, die bei enormer Arbeitsleistung dann aber auch im Durchschnitt etwa 1500 M. im Jahre verdienen mögen. Doch gehören nur etwa ein Fünftel aller Schauerleute zu dieser bevorzugten Gruppe. Bei den Ewerführern, deren Arbeit gleichfalls sehr mühsam, besteht durchgehends Tagelohn; der Lohnsatz ist seit 1888 4 M., also um eine Kleinigkeit niedriger als der der gewöhnlichen Schauerleute.

Die richtige Beleuchtung erfahren diese Angaben erst, wenn man sie mit den früheren in Hamburg herrschenden Verhältnissen vergleicht. Die Ewerführer freilich haben in dem Zeitraum seit 1872 eine kleine Lohnaufbesserung erhalten, da der bis zum Jahre 1888 übliche Tagelohn von 3,60 M. damals auf 4 M. heraufgesetzt wurde. Aber der Vortheil verschwindet gegenüber der Lebensmittel-Vertheuerung, welche der in diesem Jahre erfolgte Zollanschluß Hamburgs an das Deutsche Reich zur Folge hatte, und den steigenden Preisen der von der Cholerazeit her berüchtigten Hamburger Arbeiterwohnungen. Auch hat die Arbeit ihren alten mehr handwerksmäßigen Charakter verloren, der Eigenthümer des Ewerkahnes, der früher selbst mit zugriff, ist zum bloßen profithungrigen Zwischenunternehmer geworden. Die Ausbeutung nimmt härtere und rücksichtslosere Formen an.

Bei den Schauerleuten sprechen alle Anzeichen mit vollster Deutlichkeit dafür, daß „ihre ökonomische Lage sich in hohem Maße verschlechtert haben muß". Der für sie bestehende Tagelohn von 4,20 M. ist trotz aller Lebensmittel- und Wohnungstheuerung seit dem Jahre 1873 überhaupt nicht erhöht worden! Wohl aber hat dieser Betrieb, bei welchem sich in der Gestalt des die Schauerleute anwerbenden Stauers gleichfalls ein profithungriger Zwischenunternehmer herausbildete, im Zusammenhange mit der kapitalistischen Entwickelung der Schifffahrt immer schärfere Ansprüche an die beschäftigten Arbeitskräfte gestellt. „Vor zwanzig Jahren", sagt Tönnies, „ging die Arbeit noch ruhiger und „gemüthlicher", die Dampfwinde (beim Verladen) war noch nicht die Regel, man rechnete, daß ein Schiff eine Woche zum Verladen brauche, jetzt, obgleich die Schiffe sehr viel größer, muß es oft in drei Tagen geschehen, zuweilen darf Löschen und Laden zusammen nicht viel länger dauern. Die Anforderungen an die Intensivität der Arbeit nehmen fortwährend zu." Also der nominelle Tagelohn ist auf seinen alten Stand geblieben, während die thatsächliche Verausgabung von Arbeitskraft ebenso wie der Preis der nothwendigen Bedürfnisse gestiegen sind.

Mehr oder weniger ähnlich liegen die Verhältnisse auch in den übrigen Branchen der Hafenarbeit und im seemännischen Berufe. „Man gewährt", so faßt Tönnies das Resultat seiner eingehenden Untersuchungen zusammen, „daß sehr mannigfache Zustände über das ganze Heer der Hafenarbeiter verbreitet sind. Gemeinsam ist aber beinahe der gesammten Menge, daß der Druck des Unternehmerthums durch den Druck eines Zwischen-Unternehmerthums oder gleichartig wirkenden Vermittelungswesens erhöht wird; gemeinsam, daß eine Besserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse während der letzten Jahrzehnte nirgends stattgefunden hat, wohl aber in weitem Umfang eine Verschlechterung." Noch dringender als eine vielfach allerdings auch dringend nothwendige Besserung der Löhne sei vor allem die Regelung der Arbeitszeit, die auf die Löhne günstig zurückwirken und auch die furchtbar hohe Unfallziffer verringern muß.

— — Technischer Fortschritt im Schiffswesen. Die gewaltige kapitalistische Entwickelung der Schifffahrt hat hier, wo sie auf eine garnicht oder ganz ungenügend organisirte Arbeiterschaft traf, die Lage derselben Jahrzehnte hindurch also in keiner Weise gehoben, vielmehr sie wesentlich noch herabgedrückt. Die Technik hat ausschließlich für die Schiffsbesitzer, die Ex- und Importeure und ihren Kundenkreis gearbeitet, die Arbeiter waren von allen Früchten ausgeschlossen. In dem Jahresberichte einer Hamburger Firma finden wir einen zahlenmäßigen Vergleich des ersten regulären Ozeandampfers vom Jahre 1840 mit einem der besten modernen Schnelldampfer; danach hat sich der Kohlenverbrauch, auf die Tonne der beförderten Ladung berechnet, fast um die Hälfte vermindert. 1840 wurden für jede Tonne der beförderten Ladung auf der Reise 2,4 Tons Kohlen, 1896 nur 1,23 Tons verbrannt. Die Minderung der Produktionskosten, die zeitweise natürlich die Profite des Rhederkapitals anschwellte, führte auf die Dauer zu einer außerordentlichen Ermäßigung der Frachttarife. Nach den Berechnungen der Hamburger Handelskammer sind zum Beispiel die Transportkosten für 1000 Kilo Weizen von New-York nach Liverpool, die in der Periode 1873—75 im Durchschnitt 30,68 M. betrugen, in der Periode 1891—1894 auf durchschnittlich 8,10 M., annähernd den vierten Theil des früheren Preises, herabgegangen. „Die Ersparung an Transportkosten, sagt der oben zitirte Jahresbericht, beträgt mithin in den letzten Jahren bei Seetransport zirka 50—72 pCt. Auch hier sollte es leicht sein, wie bei der Fabrikation und dem Tunnelbau, einen beträchtlichen Theil der ersparten 50—72 pCt. an höhere Arbeitslöhne zu wenden." Die Entwickelung treibt rastlos weiter: Nicht nur, daß die Segler von den Dampfschiffen verdrängt werden, die Methode des Dampfschiffbaues selbst unterliegt fortwährender Umwälzung. „Ersparniß an Kohlen und Ersparniß an Bemannung im Verhältniß zu immer vergrößertem Ladungsraum: das sind die Leitmotive dieser Revolution."

Es sollte leicht sein, einen Theil der ersparten Prozente an höhere Arbeitslöhne zu wenden! Leicht? Aber nicht den Unternehmern! Wenn die Arbeiter die Nackenschläge, welche die technische Umwälzung ihnen versetzt, pariren, wenn sie weiter von dieser Umwälzung, die immer höhere Anforderungen an die Anspannung ihrer Arbeitskräfte stellt, einen auch nur bescheidenen Nutzen für sich herausschlagen wollen, dann müssen sie zu hartnäckigstem Kampf sich in gewerkschaftlicher Organisationsform zusammenschließen. Die Sozialdemokratie hat stets auf der Seite des technischen Fortschritts gestanden und jede Auflehnung gegen diesen nothwendigen Entwickelungsgang der freien Konkurrenzwirthschaft als thörichte Utopisterei, ja als reaktionär von sich gewiesen, ist sie doch der Ueberzeugung, daß eben diese gewaltige Entfaltung der produktiven Kräfte der endlichen Sozialisirung der Gesellschaft aufs wirksamste die Wege ebnet. Aber über unsere Stellung zu dem technischen Fortschritt können nicht allein die Zukunftserwägungen entscheiden. Es fragt sich, was die Arbeiterschaft in der Gegenwart von ihnen zu erwarten hat, ob sie machtlos allen diesen Umwälzungen gegenüber steht, oder ob Möglichkeiten vorhanden sind, Schutzwehren aufzurichten, ja innerhalb gewisser Grenzen den technischen Fortschritt als Mittel für die Hebung der Arbeiterlage auch im Rahmen des Lohnsystems zu gebrauchen?

— — Technischer Fortschritt und englische Gewerkvereine. Die Geschichte der englischen Gewerkschaften ist in dieser Beziehung ebenso lehrreich als ermuthigend. Sidney und Beatrice Webb, die ausgezeichneten Kenner der englischen Arbeiterbewegung, haben in einem der letzten Hefte des „Archiv" hierüber interessante Mittheilungen gemacht. Der grundsätzliche Widerspruch der Gewerkvereine gegen die Einführung von Maschinen ist in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts vollständig verstummt. Dagegen sehen sie heute sehr scharf auf die Arbeitsbedingungen, die mit der Einführung neuer Maschinen verbunden sind, und suchen mit aller Energie die Veränderungen der Lohntabelle, die der neue Arbeitsmodus nothwendig macht, ihren Interessen anzupassen. Mit anderen Worten: Sie akzeptiren überall den technischen Fortschritt, aber sie wachen eifersüchtig darüber, daß derselbe ihre realen Lohnverhältnisse nicht verschlechtert, vielmehr nach Möglichkeit hebt. Zuweilen artet dieses Bestreben sogar in direkten Widersinn aus. So, wenn der Anspruch gestellt wird — in dem Webb'schen Artikel sind als Beispiel die Streitigkeiten in der Schuh- und Stiefelfabrikation angeführt — daß der ganze aus neu eingeführten Maschinen fließende Gewinn den Arbeitern als Lohn zugerechnet werde. Abgesehen davon, daß dann der den Unternehmer zur Einführung verbesserter Methoden treibende Profit, mithin auch der technische Fortschritt selbst aufhören müßte, würde durch eine solche Monopolisirung des durch die Technik erzielten Mehrproduktes der Preis der fertigen Artikel künstlich hochgehalten, das Publikum vom Nutzen ausgeschlossen und eine privilegirte Arbeiteraristokratie herangezüchtet werden. Natürlich sind solche Forderungen nur Kuriosa, ohne tiefere Bedeutung. Das, was verlangt werden muß und vielfach wirklich durchgesetzt wurde, ist, daß bei maschineller Umänderung nicht nur der wöchentliche Verdienst des Arbeiters nicht leiden darf, sondern daß auch, sobald durch schneller gehende Maschinerie etwa die Mühe und Anstrengung der Arbeit vermehrt wird, diese Vermehrung durch Lohnzulagen zu kompensiren ist. Der Stückarbeiter sollte eine entsprechende, dem früheren Arbeitsverdienst angepaßte Lohnliste, der Zeitarbeiter den gewohnten Schutz gegen das Hinaustreiben über die normale Geschwindigkeit erwarten dürfen. Dazu kommen dann noch je nach Gelegenheit die Forderungen einer Lohnerhöhung, durch welche der Arbeiter selbst an der Steigerung seiner Produktivität innerhalb gewisser Grenzen partizipirt. Die Verhältnisse in der Baumwollspinnerei z. B. sind typisch für diese Taktik.

Die zielbewußte Lohnpolitik der Gewerkschaften greift dabei, das ist ein anderer interessanter Zug, sehr energisch in die eigenste Machtsphäre des Unternehmers ein. In der Baumwollspinnerei haben sich die Verhältnisse so verkehrt, daß die Gewerkschaften geradezu als Träger des technischen Fortschrittes auftreten und die zurückgebliebenen Unternehmer zu maschinellen Verbesserungen antreiben. Denn wenn die Maschinerie langsamer geht und der Arbeiter daher pro Tag entsprechend weniger herstellt, verlangen die Gewerkschaften entsprechend höheren Stücklohn. Statt sich gegen die Einführung neuer Maschinen zu wehren, legen so die Baumwollspinner den nachhinkenden Arbeitgebern selbst Strafgelder auf! Was würde König Stumm zu einer solchen „Diktatur" sagen?!

— — Englisches Kartellprojekt. Wenn ein Bericht des „Handelsmuseum" über neue englische Kartellbestrebungen den Thatsachen entspricht, dann sind sogar Aussichten vorhanden, daß der große englische Kohlentrust, der gegenwärtig in den Anfangsstadien seiner Vorbereitung steckt, eine Form erhalten wird, die den sonst spezifisch kapitalistischen Charakter solcher Vereinigungen beträchtlich einschränkt.

Die Preisfestsetzungen und Produktionsbestimmungen, die von den unverfälscht kapitalistischen Unternehmerverbänden durchgesetzt werden, sind selbstverständlich nur ein Mittel, um die betreffenden Kapitalisten selbst vor den gefürchteten Wirkungen unbeschränkter Konkurrenz zu sichern und die Profite in die Höhe zu treiben. Insofern sie den Gewinn erhöhen, wirken sie ähnlich, wie die Neueinführung verbesserter Produktionsmethoden. Es wäre in der That nur konsequent, wenn die Gewerkvereine, wie aus den technischen Verbesserungen, so auch aus dieser neuen Form kapitalistischer Entwickelung für sich einen Vortheil herauszuschlagen suchen. Die Sozialdemokratie erblickt in den straff zentralisirten Verbänden der Großindustrie das kapitalistische Gebilde, welches der Aneignung durch die Gesellschaft heut schon am weitesten entgegengereift ist. Aber die Vergesellschaftung kann erst das spätere Ziel sein, fürs erste kommt es darauf an, daß die Arbeiter sich der Uebermacht der neuen Kolosse erwehren und womöglich eine kräftige Einwirkung auf die Bewegungen derselben sich erkämpfen.

Bereits im Herbste 1893 während des großen englischen Kohlenstreiks tauchten in dieser Branche eigenartige Kartellpläne auf, in welchen den vorzüglich organisirten Kohlenarbeitern, mit denen als Machtfaktor gerechnet werden mußte, relativ weitgehende Konzessionen gemacht wurden. Der gegenwärtig betriebene Plan geht zunächst von den mit gleitender Lohnskala arbeitenden Bezirken von Südwales und Monmouthshire aus. Die sog. gleitende Lohnskala, seit längerer Zeit unter den englischen Arbeitern entschieden unpopulär, stellt eine festgeregelte Verbindung zwischen dem Marktpreis des fertigen Produktes und dem Lohnsatz her, so daß zum Beispiel mit steigenden Kohlenpreisen die Kohlengräberlöhne über einen gewissen Mindestlohnsatz hinaus nach einem kontraktmäßig festgesetzten Verhältniß steigen, bei weichenden Preisen aber auch entsprechend fallen. Die Arbeiter sind so an der Waarenpreisgestaltung des offenen Marktes unmittelbar aufs lebhafteste interessirt. Das neue Trustprojekt nun rechnet mit diesem Faktor, es basirt auf einem Zusammenwirken der Unternehmer und Arbeiter, dahingehend, daß die Kohlenpreise durch den geplanten Trust auf einer Höhe gehalten werden sollen, die den Unternehmern einen Gewinn und den Arbeitern Löhne garantirt, die unter einen gewissen Mindestlohnsatz nicht heruntergehen können. Die Unsicherheit einer gleitenden Lohnskala soll so durch Einschränkung der freien Konkurrenz und feste Preisregulirung innerhalb gewisser Grenzen überwunden werden. Für einen Bruch der von dem Trust festzusetzenden Kohlenpreissätze und Produktionsbestimmungen sind hohe Konventionalstrafen vorgesehen. Gegen die Grubenbesitzer, welche die Strafzahlung etwa verweigern, sollen die Arbeiter mit Streiks vorgehen. Nach dem Bericht hat das Projekt, das sich zu einem über ganz England reichenden Kohlentrust leicht auswachsen könnte, günstige Chancen. Die Arbeiter sollen geneigt sein, durch Androhung von Ausständen die etwa renitenten Grubenbesitzer selbst in die Vereinigung hineinzuzwingen.

Es mag sein, daß trotz alledem der Verwirklichung des Planes, dem viele Unternehmer bereits zugestimmt haben, sich in der ersten Zeit noch unvorhergesehene Hindernisse entgegenstellen. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Die hier erst nur in verhüllter, kaum merkbarer Weise angedeutete Tendenz, die entwickeltsten Produktionsformen des modernen Kapitals, die Trusts, wie so manche anderen Institutionen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft umzugestalten im Sinne der vorwärts marschirenden Arbeiterschaft, wird nicht zu unterdrücken sein. Die Verhältnisse treiben und drängen und bereiten überall Bildungen vor, die über die Sphäre der engen kapitalistischen Konkurrenzwirthschaft weit in eine freiere Zukunft hinausweisen.

C. S.

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert

Schuhwaaren en gros & en detail

in eleganter und solider Ausführung.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der **ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt** werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestrasse 98|99

und

Rosenthalerstrasse 63|64

verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:

München, Sendlingerstraße 10. Dachauerstraße 83. Landsbergerstraße 7.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 20.
Düsseldorf, Bismarckstraße 91.
Köln a. Rh., Eigelstein 66.
Bremen, Faulenstraße 75.
Hannover, Klagesmarkt 7a.
Hamburg, Weerstraße 8a.
Leipzig, Zeitzerstraße 37.
Braunschweig, Höhe 4.

Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — **Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.**

Damenstiefel von **M. 3.50, Herrenstiefel** von **M. 5.75.**

In der Bellealliance-Straße bitte genau auf Nummer 98 zu achten.

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Robert Scheere, Restaurant „Sängerheim", O. Blumen-Straße 38. Telephon: Amt VII Nr. 3760.

Arbeitsnachweis der Möbelpolirer, Brauer, Brauerei-Hilfsarbeiter u. s. w. **Gr. Vereinszimmer** noch an mehreren Tagen zu vergeben. **Franz. Billard. Gr. Frühstücks-, Mittags- und Abendtisch.** Jeden Sonntag: **Musikalische Soiree.**

Grosse Berliner Schneider-Akademie.

System Kuhn, **früh. Rothes Schloss,** jetzt Berlin W., **Leipzigerstr. 117/118, Hohenzollernhaus.** Comfortabelste Einrichtung. Gründlichste Ausbildung in der **Herren-, Damen- und Wäsche-Schneiderei.** Mässige Honorare. Neue Kurse am 1. u. 15. jeden Monats. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Schnittmuster. Stellennachweis. Prospekte gratis.

Confirmations-Stoffe

für **Knaben** und **Mädchen** in **grosser Auswahl!**

Unsere reichhalt. **Frühjahrskollektion** in **Herren- u. Damenstoffen** versenden wir auf Wunsch **sofort franco.**

Für unsere sehr beliebten Spezialitäten **„Roland Cheviot"** (zu Herrenanzügen), **„Brunhilde"** (Hauskleiderstoffe) brauchen wir, der starken Nachfrage wegen, ca. 8—10 Tage Lieferzeit u. bitten daher um **rechtzeitige Bestellung.** Alle Aufträge von 20 Mk. an und Muster **stets franco.**

Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. 11.
Weberei und Versand-Geschäft.

Mödling — Wien

Schuh-Fabrik

Inhaber: Alfred Fränkel, Mödling b. Wien.

70 eigene Geschäfte.

Filialen in Berlin:

N. Friedrichstr. 133a, an der Weidendammer Brücke.
SW. Friedrichstr. 242, am Halle'schen Thor.
W. Potsdamerstr. 35, Ecke Lützowstraße.
S. Oranienstr. 161, zwischen Moritz- und Oranien-Platz.

Jedes Paar

ob Arbeits- oder Luxusstiefel:

Vorzügliche Paßform. **8 1/2 Mark.** **Gute solide Waare.**

Wien — Mödling

Direct von Aachen!

weltberühmt durch elegante u. reelle Tuche, versenden wir zu — **anerkannt** niedrigen Preisen — **Herren-Anzug-** und **Paletotstoffe** vom einfachsten bis zum elegantesten. Vorzügliche Musterauswahl **franco** an Jedermann! Zahllose **Empfehlungen** aus allen Kreisen beweisen unsere Reellität!

Monopol-Cheviot, uns. bekannte Spezialität, kosten 3 1/3 Met. schwarz, blau od. braun zu einem gediegenen Anzug **10 M.**

Anerkennungsschreiben u. **Nachbestellungen** tägl.!
Wilkes & Cie, Tuchindustrie, Aachen No. A. 78.
Bitten **genau** zu adressiren.

Hackescher Markt 4, Ecke Neue Promenade.

J. Brünn

Am Stadtbahnhof „Börse".

Nach beendeter Inventur gelangen nunmehr große Lagerbestände meiner

Teppiche! Gardinen! Steppdecken!

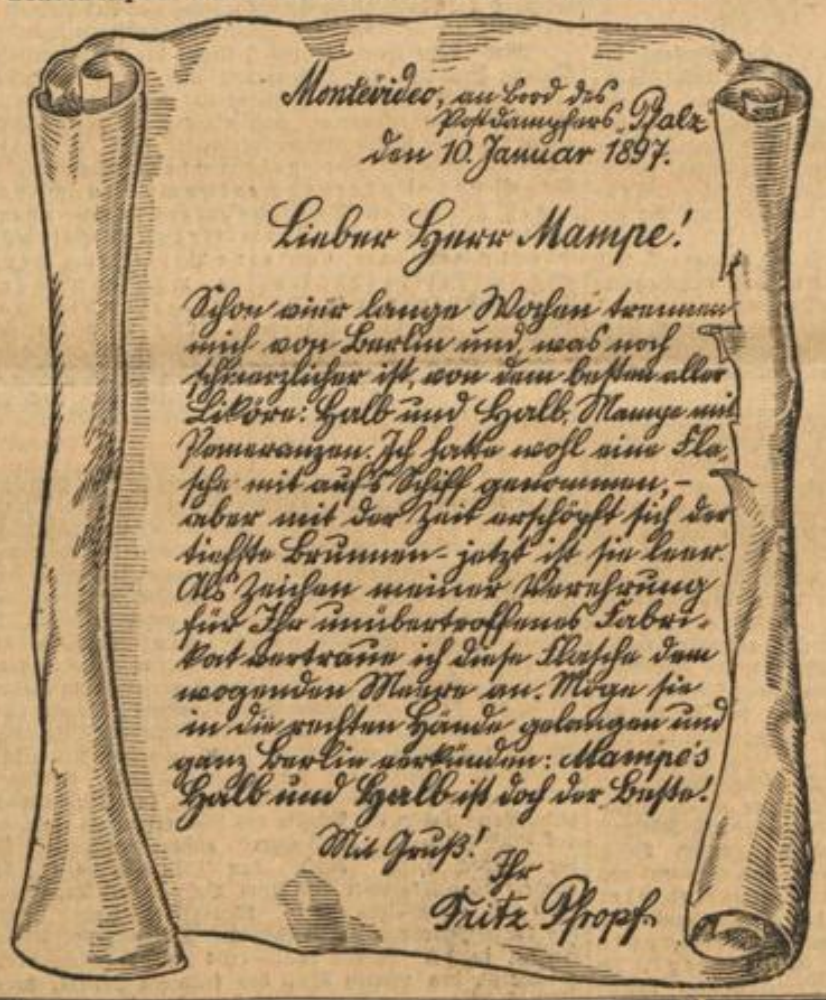
Fertige Wäsche! Leinenwaaren!

zu ganz **aussergewöhnlich billigen Preisen** zum

Ausverkauf!

Was bringt Mampe's Flaschenpost?

Der Flaschenpost wurde nachstehender Brief entnommen:



Montevideo, an Bord des Post-Dampfers „Pfalz"
den 10. Januar 1897.

Lieber Herr Mampe!

Schon eine lange Weile kommt mir vor Berlin und was noch schwärzlicher ist, von dem besten aller Liköre: Halb und Halb, Mampe mit Pommeranzen. Ich habe wohl eine Flasche mit auf's Schiff genommen, — aber mit der Zeit erschöpft sich der tiefste Brunnen — jetzt ist sie leer. Als Zeichen meiner Verehrung für Ihr unübertroffenes Getränk, bei welchem ich diese Flasche dem wogenden Meere an. Mögen sie in die rauhen Hände gelangen und ganz Berlin verkünden: Mampe's Halb und Halb ist doch der Beste!

Mit Gruß!
Ihr
Fritz Propf.

Uhren, Goldwaren — Grosse Auswahl! Billige Preise. — **H. Zimmermann** Uhrmacher u. Juwelier Oranienstrasse 206.

Verehrte Damen!

Sie kaufen bei mir die neuesten und elegantesten

Frühjahrsfaçons, Blumen, Federn, Hüte, Perlfaut: Bänder, Schleier, Tülle, kurz **Alles zum Engrospreise** was zur Garnirung gehört. Federn waschen, kräuseln 25 Pf., nur kräuseln 10 Pf.

Paul Lenige, Kommandantenstr. 77/79, Laden 2, Industrie-Ged.

Einsegnungs-Anzüge

in blau u. schwarz Kammgarn u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen

Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.

Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maaß.

Wo? machen wir unsere Herren-Parthie hin? Zum alten **Freund** auf Pichelswerder. 10772*

Achtung! **O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 26,** echten alten Nordhäuser Liter M. 1,—, 1/2 L. M. 0,50. extra alte Waare „ „ 1,40, „ „ 0,70. **Kleinverkauf von 10 Pfg. an.**

Herren-Hüte 65 Pf.

Bessere Hüte, enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir **Barnim-Straße 4/5, Kastanien-Allee 101.** Sonntags geöffnet.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke,** gegründet 1872, **Skalitzerstr. 12,** Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor.

Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.

Jede Uhr

repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur **1 Mark 50 Pf.** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pincenez.

Carl Lux, Uhrmacher.
35 Chaussee-Straße 35.

Künstliche Zähne.

F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Lanolinseife!

macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefere ich f. 10 Pf. p. Woche. Handtuch-Verleih-Inst. **L. Figner, Neue Königstr. 17.** Fernsprech-Amt VII. Nr. 2087.

Musikinstrumente aller Art. Vortheilhafteste Bezugsquelle. Garantie. Illustr. Prachtkatalog 112 Seiten portofrei.

G. Schubert & Co.
Berlin SW., Beuthstr. 17. I.
(Kein Laden.) 9825*

Album- u. Lederwaaren-Fabrik

Oskar Gundau, Oranien-Str. 30. Ecke Adalbertstraße.

Großes Lager aller Arten Lederwaaren und Schmucksachen zu billigsten Preisen

In Sammet oder Leder **2,75 Mark** in größter Auswahl

Für 36 Mark

feinste Anzüge nach Maaß. Für 30 M. f. Sommer-Paletot nach Maaß. Für 8—12 M. feinste Hosen nach Maaß. Gehrock-Anzüge zu billigsten Preisen. Groß-Stoffleger. 11359*

Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Herrenhüte

in neuesten Formen und Farben

Engl. Haarhüte 4,— M.

Einsegnungshüte 1,— M. verkauft wieder **einzeln** zu bekannt billigen Preisen 11102*

Die Fabrik, Grüner Weg 2, 1. Etage.

Patentamtlich geschützt ist

Koska's Lebens-Elixir.

Dieser wohlschmeckende, den Appetit anregende u. die Verdauung befördernde **Tafel-Liqueur** ist aus Kräutern und Sämereien genau nach Vorschrift des **im Alter von 114 Jahren verstorbenen Försters Chr. Koska** zubereitet. Magenleidenden sehr zu empfehlen. **Preis pr. Literflasche 1.50 M. exkl.**

Groß-Destillation Berlin C.
Lettau & Keil,
Sophienstr. 12, an der Rosenthalerstr.

Muschelmöbel, preisw. verkäuflich Rosenthalerstr. 4, III l., Bildhauer.

Einsegnungs-Anzüge

in **blau, schwarz, Cheviot-, Satin-, Kammgarn- rc.** feinsten Stoffen **v. 10—30 M.** Streng reelle Bedienung, auch n. Maaß i. eleg. Ausf.

A. Wormann, Dresdenerstr. 2, am Kottb. Thor, 2. Haus von der Skalitzerstraße.

2. Geschäft: **Skalitzerstraße, Ecke Manteuffelstraße.**

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren **Compl. Wohnungseinrichtungen** Reelle Waare, empfiehlt Tischlermeister,

Franz Tutzauer, Berlin SW., Blücherstr. 14.

Schleuniger Räumungs-Ausverkauf.

Die noch vorhandenen Waaren aus der

M. Pinkus & Co.'schen Konkursmasse

Wilsnackerstraße 48

bestehend in **fertiger Herren- und Knaben-Garderobe, Konfirmanden- und schwarzen Herren-Anzügen, modernen Stoffen und Stoffresten zu Anzügen, Paletots und Hosen** sollen schleunigst geräumt werden.

Sämmtliche Waaren werden bis zum

Schluß des Ausverkaufs

zu **Taxpreisen** abgegeben.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.